

Termine:

Bd. XXXVIII

folgt Bd. XXXVIII a

Protokollband

Justizprüfungsamt?

Ja - nein

Falls ja: P - K - V - R

Unterschrift:

Mitteilungen nach Nrn.

MiStra.

Benötigt werden Abschriften von:

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht Berlin~~

~~Kammergericht~~

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

RA. Scheid Vollmacht Bl.

Hombachke

gegen Wöhrn

Fritz

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. — aufgehoben Bl.

Anklage Bl. Bd. XXV

Eröffnungsbeschluß Bl. 198 Bd. XXVI

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl. 3-98 Bd. XXXVIIIa

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl. 4-6 Bd. XXXII

Entscheidung über die Revision Bl.

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4665

Strafvollstreckung im

Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

1 Ks 15 Ms 1/69
A 7s 7/65 (RSHA)

AU 57

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

500 - 26/68
500 - 51/70

[illegible]

Öffentliche Sitzung
des Schwurgerichts Berlin

Berlin 21, den 9. März 1971
Turmstraße 91

Geschäftsnummer: (500) 1 Ks 1/69 (RSA)(51/70)

Gegenwärtig:

Strafsache

Landgerichtsrat Palhoff

als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Hoyer

Landgerichtsrat Zastrow

als beisitzende Richter,

Verwaltungsbeamter Karl Leupold

Elektroingenieur Kurt Pfeiffer

Maler Walter Otte

Sozialarbeiterin Hilde Neukrantz

Maschinenbaumeister Walter Nochowitz

Verwaltungsangestellte Gerda Rahn

als Geschworene,

Oberstaatsanwalt Klingberg

Staatsanwalt Stief

als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizhauptsekretärin Rahn

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Beginn: 9.00 Uhr

Ende: 14.45 Uhr

Pause von 11.45 bis 12.45 Uhr

Landgerichtsrätin Weinhagen
als Ergänzungsrichterin,

~~Urteilsfassen:~~

Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Charlotte Neumann,

Buchdrucker Walter Neumann
als Ergänzungsgeschworene,

gegen den Handelsvertreter

Fritz Oskar Karl Wöhrn,
geboren am 12. März 1905 in
Berlin,
wohnhaft in Bad Neuenahr,
Hemmisser Strasse 4

-Z.Zt. in Untersuchungshaft
in der Untersuchungshaftan-
stalt Moabit, Gef.B.Nr.
1983/67-

wegen Mordes

Bei Aufruf der Sache ~~erschienen~~ — wurde

vorgeführt — der Angeklagte

Wöhrn.

Als Verteidiger erschienen
Rechtsanwalt Scheid und
Rechtsanwalt Hentschke.

~~Es meldeten sich ferner:~~

~~D~~ ~~Zeug~~ wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der Person der Angeklagten bekanntgemacht, zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beeidigen ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt.

Er — Sie wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen und unvollständigen eidlichen und uneidlichen Aussage sowie darauf hingewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

~~D~~ ~~Zeug~~ entfernte sich darauf aus dem Sitzungssaal.

Der Angeklagte , über die persönlichen Verhältnisse vernommen, gab an:
wie Bd.11 Bl.218

Der Staatsanwalt verlas den Anklagesatz aus der Anklageschrift vom 10. Juli 1968
(~~Blatt~~ ~~unter Beachtung des § 243 Abs. 3 StPO.~~)

Durch Beschluss vom 15. Januar 1969 wurde die Anklage zur Hauptverhandlung zugelassen (Bd. 26, Bl. 198).

Der Urteilstenor des Urteils des Schwurgerichts (500-26/68) vom 13. Oktober 1969 (Bd. 38 Urteilsband) wurde verlesen.

Der Tenor des Urteils des Bundesgerichtshofs vom 29. September 1970 sowie die Gründe, soweit sie den Fall Wagner betreffen (Bd. 39 Seite 9), wurden verlesen

Der Angeklagte wurde darauf hingewiesen, daß es ihm freistehe, sich zu der Anklage zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen.

Der Angeklagte erklärte :

Ich bin bereit, mich zu äußern.

Der Angeklagte erklärte sich damit einverstanden, dass aus dem Urteil des Schwurgerichts vom 13. Oktober 1969 sein dort festgestellter Lebenslauf (Seiten 4 bis 6) verlesen wird (Urteilsband 38, Bl. 7-9).

Der Angeklagte erklärte:

"Der mir soeben vorgelesene Lebenslauf aus dem Urteil des Schwurgerichts vom 13. Oktober 1969 ist mit den Ausnahmen zutreffend, dass mein Vater nicht Steinsetzer, sondern Steindrucker war und dass ich in Neuenahr kein Grundstück erworben habe und dass ich mich nicht verborgen gehalten habe.

Der Angeklagte erklärte sich zunächst zum Aufbau und zur Organisation der Geheimen Staatspolizei und des Reichssicherheitshauptamtes.

Er erklärte weiter:

"Ich war im Amt IV des RSHA tätig. Bis Ende 1940 war ich mit der Abwicklung der Freimaurerlogen befasst. Von Juli bis September 1940 habe ich mit die Sache Grünspan bearbeitet."

Aus Dokumentenband 15, Bl. 81, wurde verlesen das Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936 (§§ 1-5).

Es wurde weiter aus Dokumentenband 15, Bl. 114, verlesen der Erlass über die Gründung des RSHA soweit Rotklammer vom 27. September 1939.

Der Angeklagte erklärte weiter:

"Im Oktober 1940 verblieb ich in der Kurfürstenstrasse.

Moes und ich waren Sachbearbeiter. Anfang 1942 kam Kryschak dazu. Ich hatte diesen Posten bis Kriegsende inne. Meine wesentlichste Aufgabe bestand in der Freistellung von Mischlingen vom OT-Einsatz. Vertretungsweise habe ich manchmal auch die Sachen von Moes mitgemacht. Es handelte sich dabei um Einzelanträge auf Einstufungen, Schutzhaftanträge. Es ist richtig, dass ich auch zum Teil mit Grunderlassen befasst war. Ich hatte auch Prominentenfälle zu bearbeiten. Die Judenpolitik ging dahin, dass die Juden auswandern sollten. Es ist richtig, dass sie nach der Machtergreifung aus allen Bereichen der Wirtschaft hinausgedrängt wurden."

Es wurden verlesen:

Die 1.Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 aus Dokumentenband 7A, Seite 1,

Das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 aus Dokumentenband 7A Seite 2, §§ 1-3,

Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 aus Dokumentenband 7 A Seite 3.

Die 1.Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 aus Dokumentenband 7 A, Seiten 4 und 5.

Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26. April 1938 aus Dokumentenband 7 A, Seite 7ff.

3. Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23. Juli 1938 aus Dokumentenband 7A, Seite 9.

2. Verordnung durch Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 aus Dokumentenband 7 A, Seite 9.

10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 aus Dokumentenband 7A, Seite 16, § 1.

11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 aus Dokumentenband 7A, Seite 24.

Besprechungsprotokoll über die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 aus Dokumentenband 7A, Seite 79 soweit Rotklammer; ferner die Seiten 83 soweit Rotklammer, 85, 86 soweit Rotklammer, 88 soweit Rotklammer.

Besprechungsniederschrift über die "Endlösungskonferenz" vom 6. März 1942 aus Dokumentenband 7 A, Seite 96 soweit Rotklammer und Seite 102 soweit Rotklammer.

Besprechungsniederschrift vom 27. Oktober 1942 betreffend Endlösung der Judenfrage aus Dokumentenband 7 A, Seite 121 soweit Rotklammer.

Der Angeklagte erklärte:

"Von den Besprechungen habe ich nichts erfahren. Der Begriff Evakuierung war mir bekannt. Von der systematischen Vernichtung der Juden im Osten habe ich nichts gewusst."

Es wurde weiter verlesen

aus dem ~~Kohert~~-Bericht aus Dokumentenband 7 die Seiten 50 ff soweit Rotklammer.

Der Angeklagte erklärte:

"Mir war bekannt, dass es Konzentrationslager gab.

Der Aufbau und die Funktion dieser Lager war mir jedoch nicht bekannt. Ob mir damals der Name Auschwitz bekannt war, kann ich nicht mehr sagen.

Handexemplare für Erlasse gab es nicht. Über jeden neuen Erlass musste ich mich in der Registratur informieren.

Man kann nicht sagen, dass jedem Mitarbeiter ein Handbuch mit Erlassen zur Verfügung stand!"

Es wurden weiter verlesen:

Schreiben der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
vom 16. Mai 1941 aus Dokumentenband 8,
Seite 107.

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung
der Juden vom 1. September 1941 aus
Dokumentenband 7 A, Seite 19.

Schnellbrief des Reichsministers des
Innern vom 15. September 1941 -Pol.-
S IV B 4 Nr. 940/41-6- aus Dokumenten-
band 8, Seite 76 ff. soweit Rotklammer.

Um 11.10 Uhr entfernte sich Rechtsanwalt
Henschke.

Der Angeklagte erklärte sich grundsätzlich
damit einverstanden, dass er während der
Dauer der Hauptverhandlung nur von einem
der beiden Verteidiger vertreten wird, falls
sich der andere entfernt hat.

Der Angeklagte erklärte:

"Aus der Beglaubigung ergibt sich, dass dies nicht von mir stammt. Die erwähnte Schreibkraft hat nicht für mich gearbeitet."

Es wurden weiter verlesen:

Schnellbrief des Reichsminister des
Innern vom 30.September 1941 -Pol.-S IV B 4b-
940/41-37- aus Dokumentenband 8, Seiten 145,
147 sowie Rotklammer, Seite 148.

Schnellbrief des Reichsminister des Innern
vom 24.März 1942 -Pol.IV B 4b (940/41-6.-)
1155/41-33- aus Dokumentenband 8 sowie
Rotklammer Seite 93, 95, 96, 97 sowie
Rotklammer, Seite 99.

Um 11.30 Uhr erschien erneut
Rechtsanwalt Hentschke.

Es wurden weiter verlesen:

Schreiben des RSHA -IV B 4b-1027/41-
vom 24.Oktober 1941 aus Dokumentenband 8
Seite 112a.

Schnellbrief des RSHA vom 13.November 1941
-IV B 4b-355/41 (750/41)- aus Leitzordner
20 Heft 41 sowie Rotklammer.

Schnellbrief der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf vom
12. Januar 1942 aus Dokumentenband 8, Seite 118.

Schreiben der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
vom 2. Juli 1942 aus Dokumentenband 8,
Seite 124.

Schnellbrief des RSHA -IV B 4b-859/41-vom
12. Mai 1942 aus Dokumentenband 8, Seiten
123a, 123b soweit Rotklammer.

Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei
und SD vom 13. März 1942 -IV B 4b-1025/41-60-
aus Dokumentenband 8, Seite 139 bis 142 soweit
Rotklammer.

Schreiben des Chefs der Sicherheitspolizei
und des SD -IV B 4a-1-190/40-19- vom 9. April
1942 aus Dokumentenband 8, Seiten 120, 121
soweit Rotklammer.

Um 11.45 Uhr trat eine Pause
ein bis 12.45 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die
Hauptverhandlung um 12.45 Uhr
wurde diese fortgesetzt.

Es wurden weiter verlesen:

Runderlass des Preussischen Ministers
des Innern betreffend Vollstreckung der
Schutzhaft vom 14. Oktober 1933 aus
Dokumentenband 8, Seite 1 soweit Rotklammer.

Erlaß des Preussischen Ministerpräsidenten
vom 11. März 1934 aus Dokumentenband 8,
Seite 10 soweit Rotklammer.

Erllass des Reichsministers des Innern
vom 25. Januar 1938 aus Dokumentenband 8,
Seite 60 ff.

Runderlass der Gestapa vom 18. August 1936
aus Dokumentenband 8, Seite 54.

Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei
vom 4. Oktober 1939 aus Dokumentenband 23,
Seite 34 ff. soweit Rotklammer.

Erllass IV C 2 vom 10. April 1940 aus
Dokumentenband 7, Seite 3b.

Der Angeklagte erklärte:

Lagerstufen kannte ich. Den Stufenerlass selbst kannte
ich nicht."

Es wurden weiter verlesen:

Runderlass des RSHA -IV C 2- vom 10. Juli 1942
aus Dokumentenband 7, Seite 5 soweit Rotklammer.

Funkspruch vom 3. Oktober 1942 aus Dokumentenband
7, Seite 16 ff.

Runderlass des RSHA vom 5. November 1942
aus Dokumentenband 7, Seite 18.

Runderlass des RSHA vom 12. April 1944
aus Dokumentenband 7, Seite 26.

Der Angeklagte erklärte:

"Todesmitteilungen habe ich lediglich bei Interventionen
gesehen. Todesmitteilungen wurden mir nicht vorgelegt."

Es wurden weiter verlesen:

Runderlass des RSHA vom 21. Mai 1942
aus Dokumentenband 7, Seite 20a und 20d
soweit Rotklammer.

Schreiben des SS Wirtschafts-Verwaltungs-
hauptamts vom 21. November 1942 aus
Dokumentenband 7, Seite 21, 22.

Der Angeklagte erklärte:

"Der jeweilige Antrag auf Schutzhaft wurde von
den Stapoleitstellen gestellt. Die Sache kam dann
zum Schutzhaftreferat des RSHA. Von dort aus wurde
dann die Stellungnahme des Sachreferats eingeholt.
Die Stellungnahmen waren überwiegend negativ."

Aus Beistück VII wurde die Akte
der Stapoleitstelle Düsseldorf
betreffend Elfriede Sarah Falkner
zum Gegenstand der Hauptverhandlung
gemacht.

Der Angeklagte äusserte sich
auch anhand dieser Akte.

Es wurden weiter verlesen aus

den Akten der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf
über Gustav Weinberg (Dokumentenband
1, Seite 127ff.) Bl. 129,

~~aus~~ den Akten der Geheimen Staatspolizei
Aussenstelle Essen über Max Saupe (Dokumenten-
band 1, Seite 150 ff.) Bl. 152, 157,

6

den Akten der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf,
Aussenstelle Wuppertal, über Manie Kaufmann
(Dokumentenband 2, Seite 68 ff.) S.77,78,

den Akten der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf, Wuppertal,
über Josef Marx (Dokumentenband 2 ,Seite 93 ff.)
Seite 102,

den Akten der Geheimen Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Düsseldorf über Leo Rindskopf
(Dokumentenband 2,Seite 104 ff.) Seite 109,111,

den Akten der Geheimen Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Düsseldorf über Siegfried Meyer
(Dokumentenband 3, Seite 55 ff.) Seite 57,66,64,

den Akten der Geheimen Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Düsseldorf über ^{Selma Frank}~~Anna Hermes~~
(Dokumentenband 4, Seite 97 ff.) Seite 102,107,

den Akten der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf über
Anna Hermes (Dokumentenband 4, Seite 123 ff.)
Seite 125,149,143,

den Akten der Geheimen Staatspolizei,
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf,Wuppertal,
über Karl Markus (Dokumentenband 16, Seite 82 ff.)
Seite 96,98,

den Akten der Geheimen Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Düsseldorf über
Erich Singer (Dokumentenband 16, Seite 115 ff.)
Seite 126, 130,

den Akten der Geheimen Staatspolizei, Staats-
polizeileitstelle Düsseldorf über Friedrich
Sternberg (Dokumentenband 21, Seite 84 ff.)
Seite 120, 125.

Es wurden ferner verlesen:

Schreiben der Geheimen Staatspolizei
vom 18. Oktober 1938 aus Dokumentenband
23, Bl. 18 ff.

Schreiben der Geheimen Staatspolizei
vom 20. Oktober 1939 aus Dokumentenband
23, Seite 33.

Der Angeklagte erklärte:

"Hinsichtlich der Dienstaufsicht über das Krankenhaus
erkläre ich, dass eine Dienstaufsicht ihrem Sinne
nach gar nicht bestand. Bei der Einführung in diese
Dienstaufsicht hat Günther geäußert: "Herr Wöhrn wird
ab und zu kommen und sehen, dass äusserlich alles in
Ordnung ist." Das habe ich getan. Ausser diesem einen
Mal habe ich das Krankenhaus nicht mehr betreten. Alle
acht bis zehn Wochen habe ich das Krankenhaus äusserlich
besichtigt."

Der Angeklagte erklärte:

"Zu dem eigentlichen Schuldvorwurf möchte ich mich vorerst nicht äussern."

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Scheid, stellte den aus der Anlage zum Protokoll ersichtlichen Beweisantrag, der verlesen wurde.

Die Staatsanwaltschaft

erklärte, sie werde zu dem Beweisantrag am nächsten Verhandlungstag Stellung nehmen.

B.u.v.

1. Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.
2. Fortsetzung

am 12. März 1971, 9.00 Uhr, Saal 500,

zu der die Prozessbeteiligten bereits geladen sind.

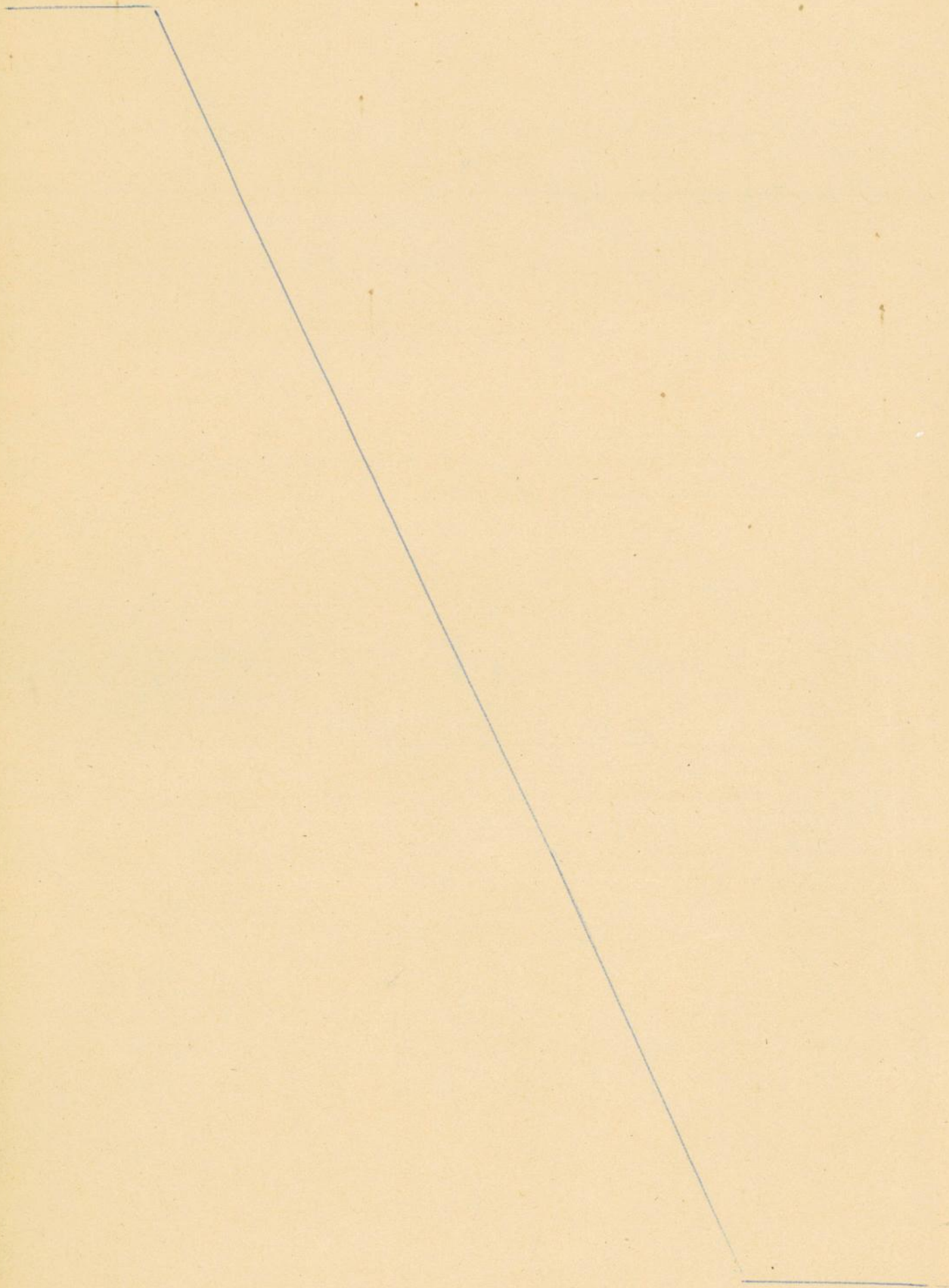
Rahn

Palluff

10.3.

Protokoll fertiggestellt

Rahn 9/3.71



*Anlage zum Protokoll v. 4.3.71
Palluf*

8

DIETRICH SCHEID
RECHTSANWALT

1 BERLIN 33 (GRUNEWALD), HERBERTSTR. 17 (ECKE HERTHASTRASSE) - FERNRUF: SAMMEL-NR. 8 85 80 66
FAHRVERBINDUNG: AUTOBUS A 10 UND A 29 - HUBERTUSSPORTPLATZ

Rechtsanwalt Dietrich Scheid 1 Berlin 33 Herbertstraße 17

An das
Schwurgericht bei dem
Landgericht Berlin

1 Berlin 21
Turmstraße 91



Berlin, den 5. 3. 1971
3/ki

In der Strafsache

././ Fritz Wörn
wegen Mordes

- (500-51-70) 1 Ks 1/69 (RSA) -

beantrage ich als der Verteidiger des Angeklagte
Wörn, die Ladung des Präsidenten a.D. des Ober-
verwaltungsgerichts Berlin des Herrn Ruppert
Freiherr vom Stein wohnhaft in 6 Frankfurt am
Main, Lilienthalallee 19.

Bereits in der Voruntersuchung wurde durch den
damaligen Verteidiger, der Zeuge Freiherr vom
Stein geladen.

Der Zeuge Freiherr vom Stein war während der
Zeit der Auflösung der Freimaurervermögen - etwa
von der zweiten Hälfte des Jahres 1935 an bis
ca. Ende 1939 Anfang 1940 - als Rechtsanwalt tä-
tig und Justiziar des Herrn Dr. jur. Mahnecke
aus Hamm, Kaldendorfer Weg 47, des Liquidators
der Logenvermögen.

Der Angeklagte war in dieser Zeit Sachbearbeiter

im damaligen geheimen Staatspolizeiamt und hatte den Ablauf der Liquidation zu überwachen.

In dieser Zeit hatte der Angeklagte aus dem Auftrage der der Überwachung der Logenvermögen heraus, laufend Besprechungen mit dem Zeugen Freiherr vom Stein.

Der Zeuge Freiherr vom Stein wird bestätigen, daß der Angeklagte bei der Durchführung seiner Aufgaben den Zeugen Freiherr vom Stein in keiner Weise behinderte und ihn für sämtliche Vorgänge Entlastung erteilte, ohne jemals Beanstandungen zu erheben.

Der Zeuge Freiherr vom Stein wird bestätigen, daß der Angeklagte trotz der damaligen Problematik, gerade der Frage der Auflösung der Logenvermögen dem Zeugen Freiherr vom Stein immer entgegenkommend gegenüber trat und über das übliche Maß hinaus und unter Zurückstellung seiner eigentlichen Aufgaben, dem Zeugen vom Stein behilflich in der Liquidation des Logenvermögens war.

Die Anhörung dieses Zeugen ist erforderlich, damit das Schwurgericht sich ein Bild über den Angeklagten macht, nachdem aus der Ladungsverfügung für die Hauptverhandlung feststellbar ist, daß zahlreiche Zeugen nur deshalb geladen wurden, um festzustellen, daß der Angeklagte in der Verfolgung der Ziele des Nationalsozialismus geradezu skrupellos mit seinen Mitbürgern umging.

Abschrift für die Handakten der Staatsanwaltschaft anbei.


(Scheid)
Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung
der ~~Strafkammer~~
des ~~Landgerichts~~ *Schwurgerichts*
des ~~Schöffengerichts~~ *Tiergarten*

Berlin, den *13. März 1971*

10

Fortsetzung
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen *Kobru*

wegen *Mordes*

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / ~~Schöffen~~, derselben Vertreter der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom *9.3.1971* fortgesetzt. *mit demselben Ergänzungsrichter und denselben Ergänzungsgeschworenen*

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~an~~ —
d. *an* Angeklagte *Kobru*.

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt *Scheid*
2. Rechtsanwalt *Heutcliffe*

Beginn: *9⁰⁰* Uhr
Ende: *14⁴⁵* Uhr
Pause von *10⁵⁵* *11³⁵* Uhr
bis *11⁰⁰* *13⁰⁰* Uhr

Geschäftsnummer:
(500) 1ks i/64(RSHA)(51/70)

Der Vorsitzende las einen Entwurf der Geschäftsstelle vom 8. März 1971, der als Anlage 1) zum Protokoll genommen wurde.

Nach Beratung wurde der aus der Anlage 2) zum Protokoll entnommene Beschluß einstimmig beschlossen.

Der Vorsitzende und der Staatsanwalt wurde
je eine Besichtigung des Beschlusses ausgehändigt.

Die Staatsanwaltschaft

Es soll eine Ortsbesichtigung im Jüdischen Krankenhaus durchgeführt werden.

Nach Beratung

b. u. r.

Es soll eine Ortsbesichtigung im Jüdischen Krankenhaus in Berlin 65, Französische Straße 2, durchgeführt werden, und zwar am 16. März 1971, Abfahrt vom Kriminalgericht, Türkenstraße 91, Haupteingang, 13⁰⁰ Uhr.

11

Die Staatsanwaltschaft

beauftragte den Beweis antrag der Verteidigung vom 5. März 1971 (Anlage zum Protokoll vom 2. März 1971) auf Vernehmung des Freiherren vom Heim zurückzuführen, da die Tatsache, die bestritten werden soll, für die Entscheidung ohne Bedeutung ist.

Die Entscheidung über den Beweis-
antrag wurde zurückgestellt.

Erschienen waren zunächst die Zeugen Kleeemann
und Dr. Radlauer.

Die Zeugen wurden mit dem Gegenstand der
Anklage und der Person des Angeklagten
bekanntgemacht, zur Wahrheit ermahnt und
darauf hingewiesen, daß die Aussage zu beidigen
ist, wenn keine im Gesetz bestimmte oder
zugelassene Ausnahme vorliegt. Sie wurden
ferner auf die Bedeutung des Eides, die strafrecht-
lichen Folgen eines Unrichtigen und unvoll-

ständigen eidlichen und uneidlichen Aussage sowie darauf hinzuwirken, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der Fragen zur Person und der sonst im § 68 der StPO vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Zeuge Dr. Radlauer rückte sich wieder aus dem Sitzungssaal.

1. **Zeuge**
Zur Person Siegfried Kleeemann
Ich heiße
bin 40 Jahre alt, **Pensionär** Wohnhaft in Berlin,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.
Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

„Ich meine, ich kam 1943 zum Jüdischen Krankenhaus. Ich war Personal- und Verwaltungsführer. Herrn Köberle kannte ich schon von der Oranienburger Straße her. Er kam mal in Uniform und mal in Zivil. Wenn ich ihn sah, war er allein da. Wir hatten Angst vor ihm. Er herrschte vor, wenn er kam. Sein

Auftreten war sehr falsch. Herr Teumann begleitete Höber meistens durch das Haus. Ich selbst habe ihn bis auf einen Fall, wobei es nur eine Gleichbereinigung, mir brüllen hören. Von seinem Herrn brüllen hörte ich nur von außen.

Zur Überprüfung dahin gehend: Daun wollen wir mal dieses Ratten Nest "ausräuchern" ist gefahrlos. Ob jedoch diese Überprüfung von Höber kam, kann ich nicht mehr sagen.

Der Zeuge Kleemann äußerte sich auch anhand der Lichtbildmappe, Beistück 6, die in Augenschein genommen wurde.

Der Zeuge erklärte weiter:

"Ich erkenne Herrn Höber heute wieder. Vom Hörensagen weiß ich, daß er das Gebäude nicht nur äußerlich besichtigte, sondern, daß er auch in die Räume kam."

Der Fall Büchse ist mir bekannt. Dr. Lütig hat ihm mir erzählt.

Ellen Wagner habe ich erkannt."

Das Lichtbild (Bd. 8 Bl. 106b)
wurde in Anzenschrein genommen.

Die Zeuge äußerte sich auch
anhand des Lichtbildes

Die Zeuge erklärte weiter:

"Fäulein Wagner war Schreibkraft. Wir waren alle
verpflichtet, den Stow auch im Bankenkass zu
tragen.

An dem fraglichen Tage kam Herr Böhm ins
Haus. Man hörte plötzlich Geschrei vom Korridor
her. Plötzlich erschien Krumm in meinem
Zimmer und erklärte mir, daß Herr Böhm
die Wagner erwischte habe. Sie habe keinen
Stow getragen. Ich solle die Wagner in mein Zimmer
nehmen und sie abfeigen. Ich ließ Fäulein
Wagner kommen und sagte ihr, daß ich
sich fürchtbar mit ihr brüllen würde und
sie, wenn sie hinaus gehe, sich den Kopf
halten solle, damit es so aussähe, als ob ich
sie geschlagen hätte. Ich brüllte dann mit

ihm und sie verließ das Zimmer. Danach sah Herr
Herrmann und sagte mir, Herr Höber habe
mich beobachtet, ich hätte Fräulein Wagner gar
nicht geahndet.

Von Höber weiß ich dann, daß sie zunächst
festgesetzt wurde und dann über zum Lager gebracht
wurde. Von dort aus kam sie dann weg. Wir haben
nichts mehr von ihr gehört.

Dem Zeugen wurde zur
Stärkung seines Gedächtnisses
vorgelesen seine Aussage vor
dem Schwurgericht vom 26.
Juni 1969 (Protokollband III
Seite 141 (weil Klammer)).

Der Zeuge erklärt hierzu:

„Wenn ich es damals so gesagt habe, ist es
richtig. Heute kann ich mich nicht mehr
daran erinnern.“

Von Dr. Lützig hatte ich den Eindruck,
daß er einigermaßen gut mit Höber auskam.

Um 10⁵⁵ Uhr trat eine Pause ein
bis 11⁰⁰ Uhr.

Da es sich dabei nicht in die Hauptver-
handlung um 11⁰⁰ Uhr würde
diese fortgesetzt.

Der Vorsitzende
gab bekannt, daß es beabsichtigt, dem Zeugen
zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Kleemann wurde verurteilt.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Zeuge
Kleemann um 11⁰⁵ Uhr entlassen.

2. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 86 Jahre alt

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

D. Gust Radlauer

~~Ministerial- und Senatsrat a.D.~~, wohnhaft in Berlin,

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

„Ich bin zwei oder dreimal mit Böhm zusammengekommen. Als ich zur Reichsvereinigung kam, wurde mir gesagt, ich solle mich vor Böhm in Acht nehmen; es sei einer der Gefährlichsten. Böhm kam immer unangemeldet. Vom Hörensagen weiß ich, daß er im Hause gebrüllt hat. Den Fall Birkhofer kenne ich vom Hörensagen. Au den Fall Wagner kenne ich mich zuvorn. Ich stand mit Dr. Königsberger vor den Büöräumen im Korridor als Fräulein Wagner kam.“

Der Zeuge äußerte sich auch anhand des Bildbildes des Ellen Wagner (Bd. 8, Bl. 106b).

Er erklärte:

„Fräulein Wagner ging hastig in ein Zimmer. Böhm ging hinterher. Ich glaube Böhm war allein.“

Jeschke hat sich nicht gehört. Vom Hörsaal
weiß ich dann, daß Fräulein Wagner eine Kollegin
gebeten hatte, ihn den Stuhl auszuweichen. Wöhr
sei dann in das Zimmer gestürzt und habe
gesehen, daß sie den Stuhl nicht sahen hatte.
Fräulein Wagner wurde dann abgeholt.
Ich komme Wöhr heute wieder.

Der Zeuge äußerte sich auch
Anhand der Lichtbildmappe.

Der Zeuge erklärte:

"Ich komme niemand wieder. Ich bin also
Kurzweilig."

Der Angeklagte überreichte
drei Fotos von ihm aus dem
Jahre 1939, die in nichtsoliden
Aufhängen genommen und
zurückgegeben worden.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger
gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Dr. Radlauer wurde verurteilt.

Dem Zeugen Dr. Radlauer wurde bekannt-
gegeben, daß er von seiner Verpflichtung
zum Erscheinen am 16. März 1971,
9⁰⁰ Uhr pünktlich zu sein. Er wurde
jedoch nicht zum 16. März 1971
um 13³⁰ Uhr zum jüdischen Kranken-
haus geladen.

Im alleinigen Einverständnis wurde der Zeuge
Dr. Radlauer um 11³⁵ Uhr entlassen.

Um 11³⁵ Uhr trat eine Pause ein
bis 13⁰⁰ Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptver-
handlung um 13⁰⁰ Uhr wurde
diese fortgesetzt.

Rechtsanwalt Heutschke war nicht erschienen.

Erschienen waren nunmehr die Zeugen
Pagel, Borchers, Cops
und Holz.

Die Zeugen wurden befragt wie die Vorzeugen.
Sie traten sich wieder aus dem Sitzungssaal
mit Ausnahme des Zeugen Pagel.

3. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 64 Jahre alt.

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Heinz Pagel

Vernehmungsbekannter a.D., volenkraft
in Berlin

Er erklärte:

„Ich war Pförtner im jüdischen Krankenhaus
und zwar von März 1943 bis Kriegsende. Wenn
Herr Böhm kam, handelte es sich jeweils um
eine Inspektion. Meistens kam er mit Begleitung.
Sein Wagen hielt in einiger Entfernung vom
Eingang. Sein Fahrer hielt sich dann bei
uns auf. Es kam auf vor, daß Böhm von
einem jüdischen Fahrer abgeholt wurde und
zum Krankenhaus gebracht wurde.“

Meistens blieb er zunächst im Fluß stehen,
und sah sich den ganzen Krankenhaus betrieb
an. Er beobachtete ins Haus und rein ging.
Den Fall Bückhofer kenne ich. Ich befand mich
gerade oben im Haus bei einem Kollegen, als der
Fall geschah. Später habe ich gesehen wie Benschel
Bückhofer abholte. Gerüchte liefen immer über
Höbner um. Er war der gefürchtetste Mann im
Haus."

Der Zeuge äußerte sich auch
anhand des Bildnisses
Bd. 8, Bl. 106b.

Der Zeuge erklärte weiter:

"Eines Tages nahm Höbner eine Inspektion der
Reichsvereinigung vor. Ich habe ihn gesehen.
Ich habe gehört, daß es bei Jänlein Wagner
um den Judenbau ging. Er ließ sie festsetzen
und später holte er Benschel ab. Wir haben
nichts mehr von Jänlein Wagner gehört."

"Ich kenne Herrn Höbner heute wieder. Er hat
Angst und Schrecken verbreitet."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige
den Zeugen Pafel zu beidigen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Der Verteidiger gab keine Erklärung ab.

Der Zeuge Pafel wurde beidigt.

Der Zeuge Pafel wurde für den
16. März 1971, 13³⁰ Uhr zum
Ostbrunn geladen.

Für allezeitigen Einverständnis wurde der Zeuge
um 13⁴⁵ Uhr entlassen.

4. **Zeuge** in

Zur Person

Ich heiße

bin 60 Jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Stella Borchers geborene Heller
Rentnerin, Wohnhaft in Berlin,

✓ Sie erklärte:

„Ich kam im Juni 1943 zur Reichsvereinigung.

Herr Böhm kam öfter zur Kontrolle. Herr Neumann

begleitete ihn dann durchs Haus. Wöhr kam
immer allein. Wie oft ich ihn gesehen habe,
weiß ich nicht. Wenn Wöhr kam, wurden wir
in dem Haus gewinkt. Wir hatten ^{vor} SS-angehörigen
allgemein Angst. Ich erkenne Herrn Wöhr heute
nicht. Am dem Tage, als es mit Ellen Wagner
geschah, befand ich mich auf dem Flur als
Wöhr und Herr Kaumann kamen. Ich wurde
gefragt, was ich hier machte und wurde auf-
gefordert ins Zimmer zu gehen. Die Herren kamen
dann auch ins Zimmer. Die Kollegen erzählten
dann, was passiert war. Fräulein Wagner hatte
entweder gar keinen Stuhl am Tisch oder es war
nicht fest angenäht gewesen. Das weiß ich nicht
mehr genau. Eine Kollegin wollte ihn den
Stuhl annähen; das hat Wöhr gesehen.
Geschrei auf dem Flur habe ich nicht gehört.
Das Mädchen soll dann abgeholt worden sein.
Das soll Wöhr veranlaßt haben."

Die Zeugin äußerte sich
auch anhand des Lichtbildes
Bd. 8, Bl. 106b.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige
die Zeugin zu befragen.

Die Staatsanwaltschaft
beantwortete Verteidigung.

Der Verteidiger gab keine Erklärung ab.

Die Zeugin Borchers wurde befragt.

Die Zeugin Borchers wurde für
den 16. März 1971, 13³⁰ Uhr
zum Ortskomm. geladen.

Für allseitigen Einverständnis wurde die
Zeugin um 14⁰⁰ Uhr entlassen.

5. ~~Zeuge~~

Zur Person

Ich heiße

bin ~~67~~ Jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

„Ich war im Krankenhaus im Büro als Registrar.“

Wenn Herr Böhm kam, sah er auch in die
Zimmer. Der Pförtner rief meistens durch, wenn
Böhm im Hause war. Er war mehr gefürchtet
als andre. Neumann führte ihn durch die
Räume. Wenn er im Zimmer war, ging er
von Platz zu Platz. Schnupfworte habe ich
von ihm nicht gehört.

Von Fraulein Wagner wurde erzählt, daß sie
an dem fraglichen Tage keinen Stou getragen
hatte. Als man versuchte, einen Stou auszu-
messen, sei Böhm dazugekommen. Fraulein
Wagner ist dann abgeholt worden.

Das Zeug äußerte sich auch
anhand des Lichtbildes
Bd. 8, Bl. 106^b.

Für Bd. 21, Hülle Bl. 188²
wurden neben die ausgestellten
Verdachtungskarte Nr. 3 und die
Scheidekarte 1942 des Ellen
Wagner.

Am 14.10.1940 produziert Rechtsanwalt Heutschke.

Der Zeuge Loper erklärte weiter:
"Der Fall Buchner kenne ich vom Hörensagen."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen Loper zu befragen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Loper wurde befragt.

Der Zeuge Loper wurde für den
16. März 1971, 13³⁰ Uhr zum
Ostkorridor geladen.

Im alleinigen Einverständnis wurde
der Zeuge Loper um 14²⁰ Uhr entlassen.

Aus Bd. 8, Bl. 106 CR wurde
die Skizzenzeichnung des Konzen-
trationslagers Auschwitz gelesen.

6. **Zeuge**
Zur Person Manfred Holz
Ich heiße Manfred Holz
bin 63 Jahre alt, Beamter, Volkshaus in Berlin,
mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.
Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

Ich kam anlässlich der sogenannten Fabrikaktion
als Angestellter in das jüdische Krankenhaus.

Höbner hat einmal bei mir mit einem Bleidift
nachgesehen, ob der Stein auch fest angehängt war.

Kreimann war bei den Inspektionen immer
dabei. Herrn Höbner kenne ich heute wieder.
Für mich war dieser Mann ein Tier in Menschen-
gestalt. Die Fälle Büchse und Wagner kenne
ich vom Hörensagen. Ich selbst habe Höbner
zwei bis dreimal gesehen. Ellen Wagner kannte ich.

Der Zeuge äußerte sich auch
aufgrund des Lichtbildes
(Bd. 8, Bl. 106b).

Der Verteidiger gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen Holz zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Holz wurde verurteilt.

Der Zeuge Holz wurde für den
16. März 1971, 13³⁰ Uhr, zum
Ostkreuz geladen.

Der Zeuge Holz wurde im allseitigen Einverständnis
um 14⁴⁰ Uhr entlassen.

Der Verteidiger gab bekannt, daß Termin
zur Vernehmung des Zeugen Katharina Wagner
vom Gerichtsstellen, Landgerichtsrat Hoyer,
abgeändert worden ist auf den 17. März 1971
10⁰⁰ Uhr in der Arrestanstalt für chronisch Kranke
in Berlin 51, Stargardtstraße 12/14.

Die Staatsanwaltschaft und die Verteidiger
Abschieden auf Terminladung.

Der Angeklagte wurde gemäß
§ 224 Abs. 2 StPO darauf
hingewiesen, daß er keinen
Anspruch auf Anwesenheit
im vorgenannten Termin hat.

B. u. V.

1. Die Hauptverhandlung wurde ausgeschrieben.
2. Fortsetzung

am 16. März 1971, 9.00 Uhr, Saal 707,

zu der die Prozeßbeteiligten bereits geladen sind.

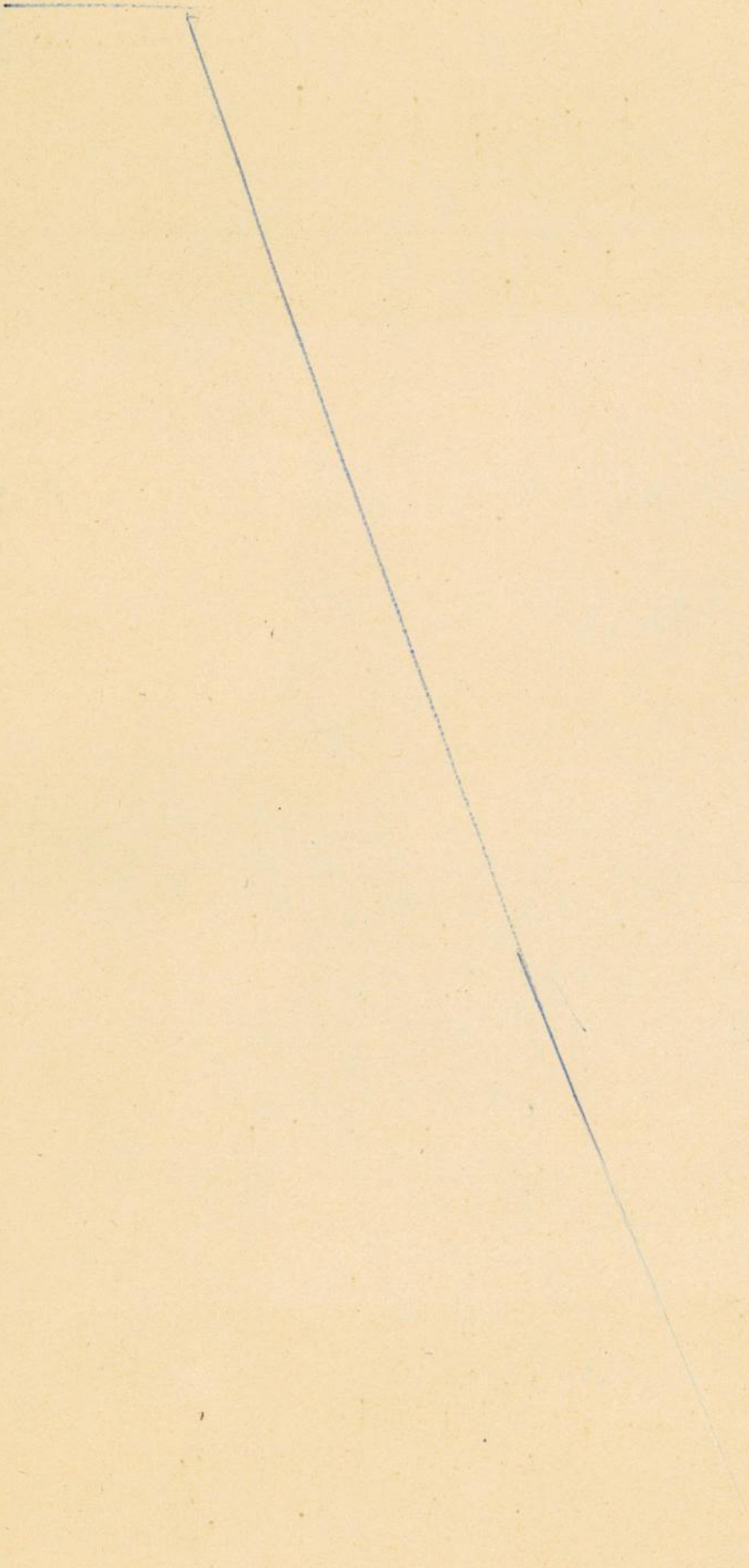
Palmer

Palmer

15.3.

Protokoll fertiggestellt

Palmer 12/371



500 - 51/70

Anlage i) zum Protokoll v. 12.3.71
Reiter 21

durch den Ausfall für

chronisch Kranker, Sozialpfleger Herr
Poszwinski, 1 Berlin 51, Stargardstr. 12/4:

"Frau Catharina Wagner ist
voll vernunftfähig aber nicht
transportfähig."

Tel. 49 20 51
(415 10 64)

8. MRZ. 1971

N.

AKs 1/69

Vermutl.:

tel. Rücksprache mit Herrn Poszinski (inns.):

- a) Frau Wagner ist nach ärztl. Befund wegen ihres Alters u. ihrer Gebrechlichkeit nicht transportfähig (Anstrengung, Aufregung). Als sie von Herrn P. hörte, sie solle ins Gesicht schreiben, ist sie vor Aufregung gleich zusammengebrochen.
- b) ärztl. Attest wird entweder eingereicht oder liegt bei der kammriss. Vernehmung vor.
- c) Vernehmung im Heim ist möglich; vorher endgültige Absprache tel. Räum u. Termin.

8/3.71 *lt*

Vermutl.: tel. Rücksprache mit Herrn Poszinski: ärztl. Attest wird morgen abgesandt.

9/3.71 *lt*

Landgericht Berlin

Strafkammer

Schwurgericht - 4. Tagung

Geschäftsnummer:

(504) - 1 Ks 1/69 (RSHA)/(57/70)

1 Berlin 21, den 12. März 1971
Turmstraße 91

22
Anlagen) zum Protokoll v. 12.3.71
Palluff Rader

Beschluß

In der Strafsache gegen

den Handelsvertreter Fritz Oskar Karl Wöhm,
geboren am 12. März 1905 in Berlin,
Zf. in der VHA Morabit, BBNr. 1983/67,

wegen Mordes

soll

* Frau Catharina Wagner geb. Förste,
1 Berlin 51, Stargardtstraße 12/H (Anstalt für Chronisch Kranke),

als Zeugin

— Sachverständige

— durch einen

beauftragten

— Richter

vernommen werden, weil — ~~seinem~~ / ihrem Erscheinen in der Hauptverhandlung für eine —
längere, # ungewisse # Zeit — ~~Krankheit~~ — Gebrechlichkeit —

entgegensteht

(§ 223 Abs. 1 StPO).

ihm / ihr das Erscheinen wegen großer Entfernung nicht zugemutet werden

kann.

Palluff

Zastrow

Hoyer

1) Beschl. 7x anfertigen - 1 Lesabschrift für die Akten heften

2) Weit. vfg. bes.

HV 1524

Beschluß und Ersuchen um kommissarische Vernehmung
von Zeugen und Sachverständigen (§§ 223, 224 StPO)

STAT

1000 4. 64

12.3.71

gef. zu 1)
12.3.71

Lamm

Der Vorsitzende

Vfg.

1. Urschriftlich mit Akten

dem Generalstaatsanwalt,

im Hause

übersandt mit der Bitte, von dem umstehenden Beschluß Kenntnis zu nehmen und zu vermerken, ob auf Terminsnachricht verzichtet wird.

2. Sodann urschriftlich mit Akten

an das Amtsgericht

mit

dem Ersuchen, d in dem Beschluß bezeichnete Zeug — Sachverständige — zu vernehmen, und zwar eidlich, soweit nicht Ausnahmen vorgeschrieben oder zugelassen sind, und von dem zum Zwecke dieser Vernehmung anberaumten Termin die Staatsanwaltschaft hier, d Angeklagte und d Verteidiger

unter förmlicher Zustellung vorher zu benachrichtigen. Die Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft ist nicht erforderlich, wenn diese darauf verzichtet hat.

3. Nach Wochen.

Berlin 21, den

Gesehen

Auf Terminsnachricht wird — nicht — verzichtet.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Landgericht Berlin

Öffentliche Sitzung
der ~~Strafkammer~~
des ~~Landgerichts~~ *Schöffengerichts*
~~des Schöffengerichts Tiergarten~~

Berlin, den 16. März 1971

23

Fortsetzung
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen *Höbner*

wegen *Mordes*

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen/~~Schöffen~~, desselben Vertreters der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 12.3.1971 fortgesetzt. *sonst derselben Ergänzungsschöffen und desselben Ergänzungspräsidenten*

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~er~~ —
d *x* Angeklagte *Höbner*.

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt *Scheid*
2. Rechtsanwalt *Hentschke*.

Beginn: *9⁰⁰* Uhr
Ende: *14⁴⁵* Uhr
Pause von *11⁴⁵* Uhr
bis *13⁰⁰* Uhr

Geschäftsnummer:
(500) 1 Ks i / 69 (RS 4A) (51/70)

Erduinen war zuerst der Zeuge Ueemann
Erduinen war der Zeuge Selma Kertmann.
Er wurde bekehrt wie die Torzeugen.

7. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 72 Jahre alt

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Selma Kertmann

Kaufmann, Wollschaff in Berlin,

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

"Im Oktober 1942 war ich Kommandant im Jüdischen
Krankenhaus. Habru kam sehr oft in das
Krankenhaus. Er kam mal in Uniform und
mal in Zivil. Jeder wußte, daß mit Habru
der Tod kam. Der Fall Bückner ist mir bekannt.
Habru ging durch das Krankenhaus und auch
durch den Garten. Ich habe Habru nie herun-
gerufen. Bei dem Fall Wagner war ich nicht dabei.
Ich weiß, daß sie ohne Sten angetroffen wurde.
Sie ist dann abgeholt worden und nicht
zurückgekehrt. Ich kannte Fräulein Wagner
vom Sehen."

Der Zeuge sagte auch aus anhand
des Lichtbildes der Ellen Wagner
(Bd. 8, Bl. 106 b).

Der Zeuge Keimann erklärte weiter:

„Ich war nicht auf dem Korridor, als der Fall Wagner geschah. Es kann nicht sein, daß Herr Kleinmann von mir von dem Tofall erfahren hat. Ich kann mich daran nicht erinnern. Ich kenne den ganzen Tofall mit Fäulein Wagner von Dr. Radlauer.“

Dem Zeugen Keimann wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgehalten aus dem Ordre „Sonstige Zeugen“, Zeuge Keimann, Seite 3 soweit Kollkammer.

Er erklärte:

„Ich erinnere mich, daß es so war.“

Der Zeuge Keimann äußerte sich auch anhand der Lichtbildmappe.

Der Zeuge erklärte weiter:

„Ich komme heute wieder.“

Der Zeuge äußerte sich auch
anhand der Foto, die der Angeklagte
überreichte und die ihm zurück-
gegeben wurden.

Der Zeuge erklärte:
"Auf diesen Bildern erkenne ich Wabow nicht wieder."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen Kleinmann zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Kleinmann wurde verurteilt.

Kochmals vorgeworfen wurde der Zeuge Kleinmann.
Er ergänzte seine Aussage und erklärte:
"Ich bleibe bei meiner Aussage."

Der Zeuge Kleinmann wird verurteilt
die Richtigkeit seiner ergänzten Aussage

unter Überprüfung auf den bereits
geleisteten Eid.

Das Vermerk des Geschäfts stelle hinsichtlich des
Zeugens Pape wurde gelesen und als (Anlage 1)
zum Protokoll genommen.

Ermitteln was nunmehr die Zeugin Kahan.
Sie wurde befragt wie die Vorzeugin.

8. Zeugin

Zur Person

Ich heiße

bin

mit de

verehwägert.

Die Zeugin

Hilda Kahan

bin 60 Jahre alt,

mit de

verehwägert.

Die Zeugin

wurde zur Sache vernommen.

Die Zeugin

überreichte eine nach

ihres Erinnerung gefestigte Skizze

des jüdischen Krankenhauses,

die in Aufzeichnung genommen

und als (Anlage 2) zum Protokoll

genommen.

Die Zeugin

überreichte eine nach

ihres Erinnerung gefestigte Skizze

des jüdischen Krankenhauses,

die in Aufzeichnung genommen

und als (Anlage 2) zum Protokoll

genommen.

Die Zeugin

überreichte eine nach

ihres Erinnerung gefestigte Skizze

des jüdischen Krankenhauses,

die in Aufzeichnung genommen

und als (Anlage 2) zum Protokoll

genommen.

Sie erklärte:

"Ende 1941 kam ich in das Jüdische Krankenhaus.
Ich wurde später die Sekretärin von Dr. Lushig. Ich
saß im Vorzimmer."

Die Zeugin überreichte eine nach
ihres Erinnerung gefestigte Skizze
des jüdischen Krankenhauses,
die in Aufzeichnung genommen
und als (Anlage 2) zum Protokoll
genommen.

genommen wurde.

Die Zeugin erklärte sich auch
anhand der Skizze.

Die Zeugin erklärte weiter:

"Wenn Höber kam, sind wir meistens vorher benachrichtigt
worden. Höber ist immer gleich zu Dr. Lushig
durchgegangen. Höber war der Mann, der am
meisten gefürchtet war. Anschließend an einen Besuch
von Höber ist meistens jemand abgeholt worden.
Ich erkenne Höber heute wieder. Wenn Höber da war,
ging^{er} doch das Krankenhaus. Für ihn war nur
interessant, was die Juden machten.
Den Fall Birkhofer kenne ich. Ich kenne auch den
Fall Wagner."

Die Zeugin äußerte sich auch
anhand des Lichtbildes der
Ellen Wagner (Bd. 8, Bl. 106 b).

Die Zeugin erklärte:

"Ich erkenne Sie auf dem Bild wieder. Ich kann
mich erinnern, daß an dem fraglichen Tage
Höber ins Zimmer zu Dr. Lushig ging."

Ich wurde dann aufgefordert, das Mädchen,
das aus dem Fenster stürzte, rein zu holen. Es war
Fräulein Wagner. Ich holte sie rein. Kurz darauf
kam sie wieder aus dem Zimmer von Dr. Lushig.
Sie ^{war} sehr aufgeregt. Sie sagte, sie hätte zeigen sollen,
daß der Skow festgenäht sei. Sie ging hinaus.
Ich brachte ihn schnell zum Skow und Kähzang
in ihr Zimmer. Ich war gerade wieder in meinem
Zimmer angekommen, als beide aus dem Zimmer
von Dr. Lushig kamen.

Ich weiß dann nur, daß Fräulein Wagner weg-
kommen ist. Ich habe sie nicht mehr gesehen.
Wabro hat dies veranlaßt.

Dr. Lushig war nicht beliebt. Eine bevorzugte
Stellung hatte er beim RSHA nicht. Ich hatte
es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Lushig auch
jemand angezeigt hätte, d. h. er hätte ihn
auf die nächste Transportliste gesetzt. Es war
ihm überlassen, über Leben und Tod zu
entscheiden."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige
die Leutjen zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft beantragte Verurteilung.

Die Verteidiger geben keine Erklärung ab.

Die Zeugin Kahane wurde verurteilt.

Die Zeugin wurde zum Ostrakum
geladen.

Erneuerung des Urteils der Zeuge Löwenthal.
Er wurde befreit wie die Vorzeugen.

9. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 49 Jahre alt,

mit der Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwägert.

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

Ich kam 1943 als Pförtner zum Krankenhaus.
Ich erinnere mich, daß ich einmal Nachtdienst
hatte. Morgens wurde ich beauftragt, eine
Akte zum RSHA, zu Herrn Böhm, zu bringen.
Man übergab mir eine Aktentasche. Im RSHA
erklärte ich, daß ich zu Herrn Böhm wollte.
Ein Posten brachte mich in das Zimmer von
Herrn Böhm. Herr Böhm beschuldigte mich

die Tasche geöffnet zu haben. Daraufhin mußte ich auf den Korridor. Ich mußte mich mit dem Gesicht zur Wand stellen. Ich stand dort von 9⁰⁰ Uhr bis 13⁰⁰ Uhr. Anschließend wurde ich dann von zwei Ordnen abgeholt und in das Auffanglager gebracht. Dort verblieb ich 8 bis 9 Tage und kam dann wieder zurück zum Krankenhaus.

Vom Fall Birkhofer weiß ich nichts Genaues.
Den Fall Wagner hat uns Herr Pagel erzählt.

gemäß § 249 StPO wurde aus
den Beisakten Pks 9/48 zur Fest-
stellung des Inhalts (lesen)
das Schreiben vom 17. Juli 1946
(Bl. 7, Bd. I).

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen Löwenthal zu beidigen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Beidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge Löwenthal wurde befragt.

Indem als vorgeworfen wurde der Zeuge Löwenthal.

Der Zeuge überreichte eine von ihm gefertigte Skizze des Zimmers, in dem er d. Zt. dem Angeklagten die Aktenuappe überreichte.

Die 2. Skizze wurde in Augenschein genommen.

Der Zeuge äußerte sich auch anhand der Skizze und der Lichtbildmappe.

Die Skizze wurde als Anlage 3) zum Protokoll genommen.

Der Zeuge Löwenthal versichert die Richtigkeit seiner ergänzten Aussage unter Berufung auf den bereits geleisteten Eid.

Im allseitigen Einverständnis wurde der Zeuge Löwenthal um 11³⁰ Uhr entlassen.

Der Vorsitzende überreichte einen
Beweisantrag vom 10. März 1971
nebst Anlagen, der gelesen und als
Anlage 4) zum Protokoll genommen
wurde.

Die Staatsanwaltschaft

beauftragte, den Beweis Antrag abzulehnen, da
die in das Wissen des Senats gestellten Behauptungen
als wahr nicht festgestellt werden können.

Die Entscheidung wurde vorerst zurückgestellt.
Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten

b.ü.t

Der Zeuge Adolf Walffsky, Bismarck, Pfalzburger-
Straße 60, soll durch das Landesinstitut
für gerichtliche und soziale Medizin
- Obmedizinalrat Dr. Skphau - auf seine
Trennungsfähigkeit untersucht werden.

Der Brichtstatter gab bekannt,
daß sich die Prozeßbeteiligten
~~zum~~ zur beabsichtigten Trennung
der Katharina Wagner am 17. März
1971, 10⁰⁰ Uhr, beim Pförtner der
Anstalt für Chronisch Kranke
melden müssen.

Um 11⁴⁵ Uhr trat eine Pause
ein bis 13⁰⁰ Uhr.

Fortsetzung der Hauptverhandlung
zum Osterschein im Jüdischen
Krankenhaus, Berlin 65, Franische
Straße 2 um 13³⁰ Uhr.

Um 13³⁰ Uhr wurde die Verhandlung
im Jüdischen Krankenhaus
fortgesetzt.

Es waren erschienen:

Das Gericht und die Vertreter der Staatsanwaltschaft
sowie die Ergänzungsgeschworenen und der
Ergänzungsrichter.

Vorgeführt wurde der Angeklagte im Beistand
seiner Verteidiger Rechtsanwalt Scheid und
Rechtsanwalt Heutschke.

Ferner waren folgende Zeugen erschienen:

Holz, Kleemann, Neumann, Coper, Kahaw,
Borchers und Dr. Radlauer.

Die Örtlichkeiten des jüdischen
Krankenhauses wurden in
Anwesenheit genommen.

Die Zeugen Holz, Kleemann, Keimann, Coper,
Kahaw, Borders und Dr. Radlauer ergänzten
einzeln und nacheinander ihre Aussagen.

Die H. Zeugin Kahaw ergänzte
ihre Aussage auch anhand
der von ihr gefertigten Skizze.

Die Zeugen Holz, Kleemann, Keimann,
Coper, Kahaw, Borders und
Dr. Radlauer besicherten die Richtigkeit
ihrer ergänzten Aussage unter Berufung
auf den bereits geleisteten Eid.

Für allseitigen Einverständnis wurden die Zeugen
um 13⁵⁰ Uhr entlassen.

Fortsetzung der Hauptverhandlung

am 19. März 1971, 9⁰⁰ Uhr Saal 700

im Kriminalgerichtsgebäude,

zu der die Prozeßbeteiligten bereits geladen sind.

Protokoll fertiggestellt
Rahm 16.3.71

Palluff Rahm
18.3.

500-51/70

Anlage i) zum Protok. v. 16.3.71 30
Pallert Ruhn

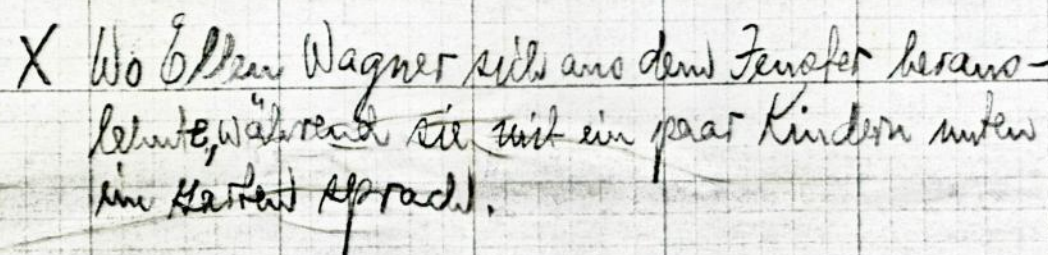
Vermerk

Herr Heinz Pagel teilt mit, daß
er zum Ortstermin nicht erscheinen könne,
da ihm der Arzt strenge Ruhe verordnet habe.
Sein Herz und der Kreislauf seien nicht in Ordnung.
Er solle jede Aufregung meiden.
Ein ärztl. Attest wird umgehend nachgereicht.

16. MRZ 1971

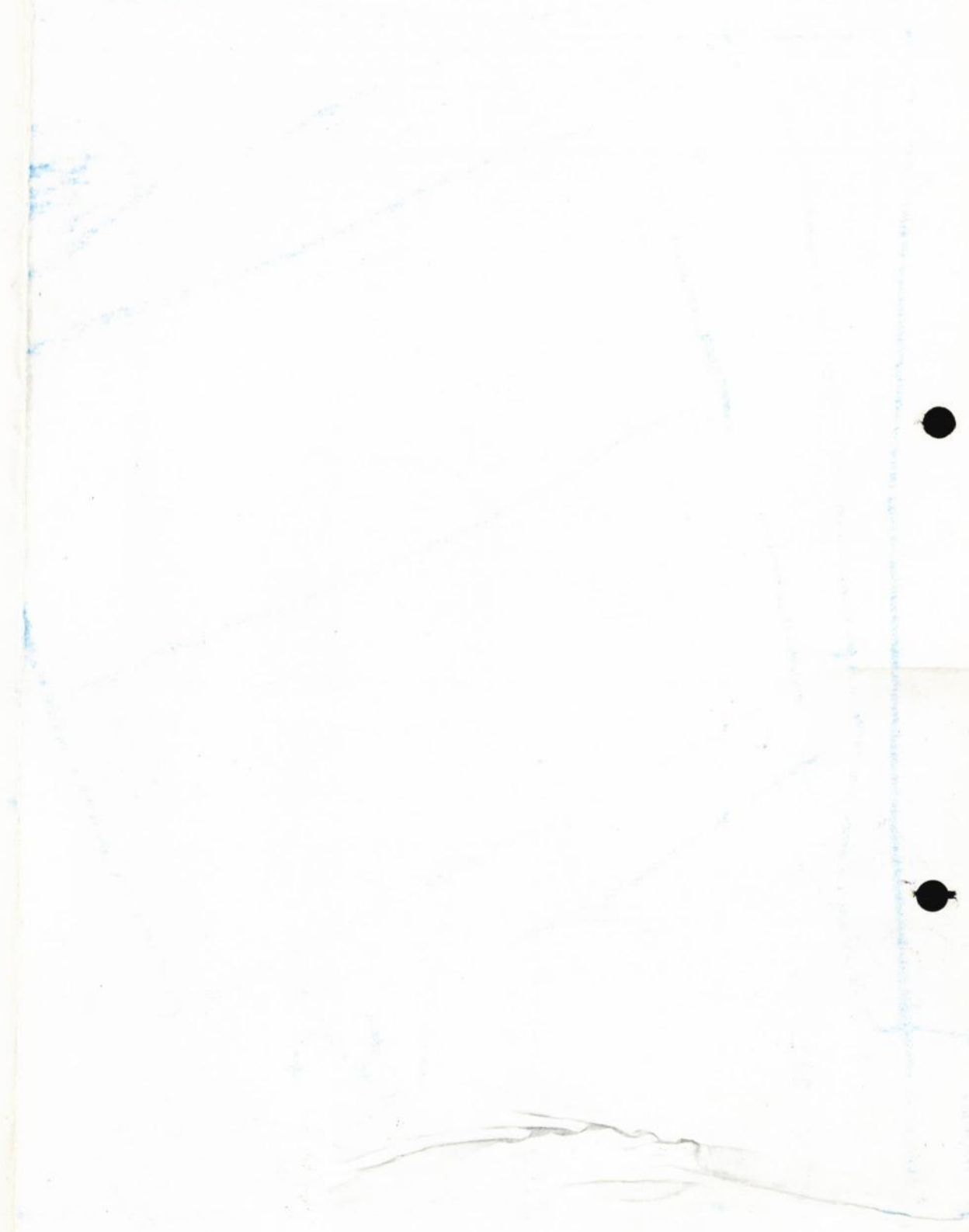
A. Dingus

(Tut. age 2) zum Parkkeller 16.3.75
 Puller
 Rucksack
 HAUPTINGANG

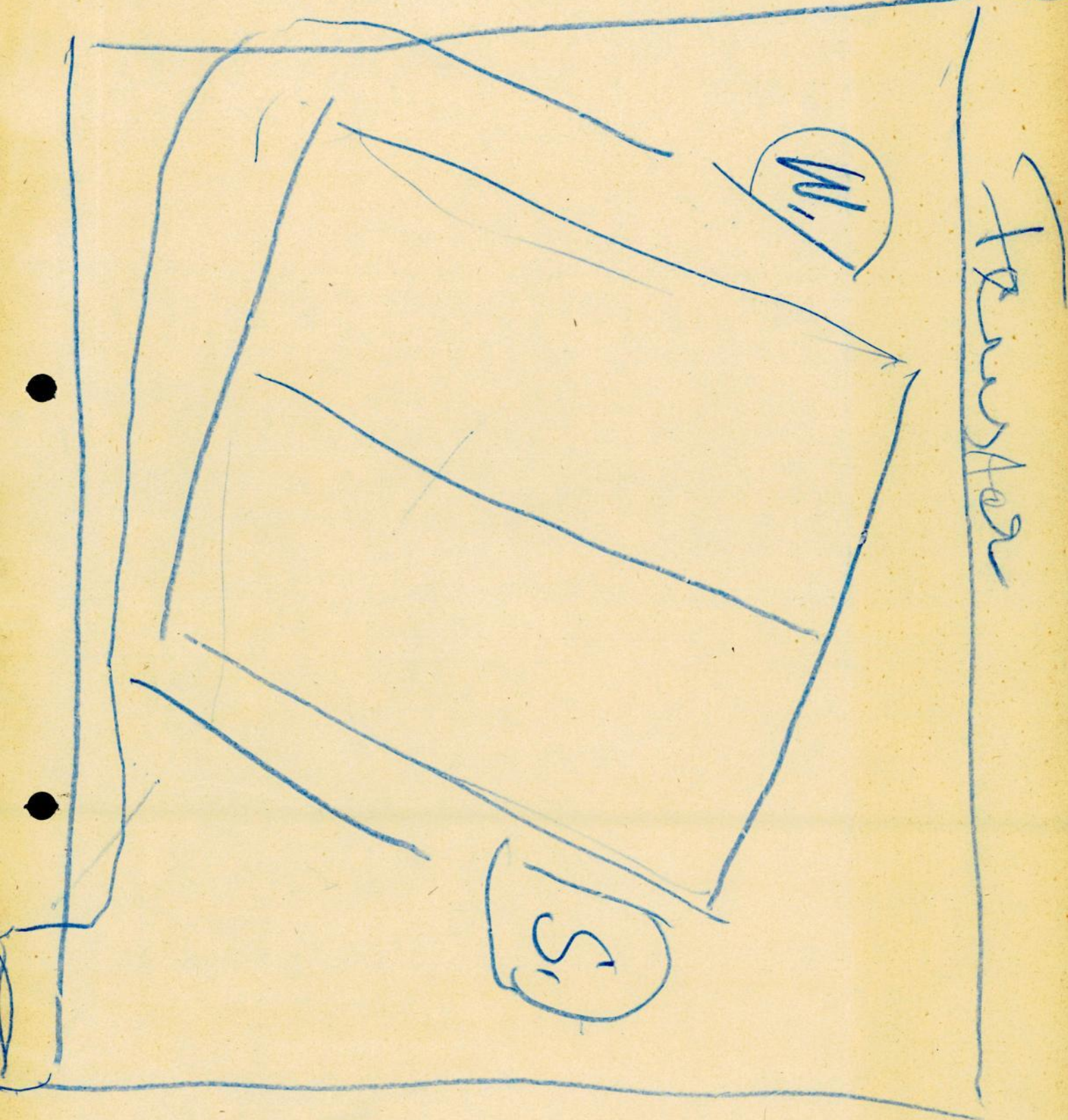


Ohne Angaben von Dimensionen,
nur nach Erinnerung skizziert.
Hilke Kahane
Februar, 1971

34



Thulages / Zim Prolokoll 6.16.3.71
Ralluol Ralluol
32



Anlage zum Protokoll v. 16.3.1971
Vollst. Recht
33

DIETRICH SCHEID
RECHTSANWALT

1 BERLIN 33 (GRUNEWALD), HERBERTSTR. 17 (ECKE HERTHASTRASSE) - FERNRUF: SAMMEL-NR. 8 85 80 66
FAHRVERBINDUNG: AUTOBUS A 10 UND A 29 - HUBERTUSSPORTPLATZ

Rechtsanwalt Dietrich Scheid 1 Berlin 33 Herbertstraße 17

An das
Schwurgericht bei dem
Landgericht Berlin

1 Berlin 21
Turmstraße 91




Berlin, den 10. 3. 1971
3/ki

In der Strafsache
./.. W ö h r n
- 500-26/68 -

Überreiche ich in Fotokopie das Schreiben
des Professors Lutz Heck vom 5. 10. 1963 und
beantrage, diesen Zeugen zur Hauptverhandlung
zu laden.

Abschrift ■ für die Handakten der Staatsan-
waltschaft anbei.


(Scheid)
Rechtsanwalt

5.10.1963

34

7. Okt. 1963

Herrn
Fritz Woehr

4 Düsseldorf- Nord
Kaiserswerther Str.175

Sehr geehrter Herr Woehr!

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2.10.-

Gern bestätige ich Ihnen hiermit, daß Sie im Sommer 1942 und 1943 auf Grund Ihres persönlichen Einsatzes für Fräulein Arthen, die als Halbjüdin für Arbeitszwecke eingezogen werden sollte, die Freistellung vom manuellen Arbeitseinsatz erreicht haben. Fräulein Arthen blieb bis Kriegsende im Berliner Zoologischen Garten und hat sich persönlich später gern an diese Freistellung erinnert, und mir auch noch ein Dankschreiben, ebenso für die Hilfe, die ich ihren Eltern angedeihen ließ, zukommen lassen.

In vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Lutz Heck

Öffentliche Sitzung
~~der Strafkammer~~
~~des Landgerichts~~ *Schöffengerichts*
~~des Schöffengerichts Tiergarten~~

Berlin, den 19. März 1977

35

F o r t s e t z u n g
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen *Köhne*

wegen *Mordes*

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / *Schöffen*, derselben Vertreter der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 16.3.1977 fortgesetzt. *mit denselben Ergänzungspräsidenten und denselben Ergänzungsgeschworenen*

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~er~~ —
d *ss* Angeklagte *Köhne*

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt *Scheid,*
2. Rechtsanwalt *Hentelike.*

Beginn:	<i>9⁰⁰</i>	Uhr
Ende:	<i>14⁰⁰</i>	Uhr
Pause von	<i>11³⁰</i>	Uhr
bis	<i>13⁰⁰</i>	Uhr

Geschäftsnummer:
(507) 145 i / 69 (RSHA) (St/70)

Der Vorsitzende wies informativ aus, dass
ein Bericht der Hildegard Heuschel
aus Ordnung 12, Heft 6 sowie rote
Spitzklammer.

Die Verteidiger erklärten, zu dem informativ ab-
gelesenen Bericht der Hildegard Heuschel, dass ihre
Auffassung nach, die Zeugen für das Schwurgericht
nicht gegeben sei, die Zeugen zu vernehmen.

Der Vorsitzende der Staatsanwaltschaft

Oberstaatsanwalt Klingberg, äußerte sich dahin, dass
die Vernehmung der Zeugen im Interesse der Sach-
aufklärung dienlich sein könnte. Er erklärte
weiter, so habe bereits in Israel auf Fragen lassen,
ob Frau Heuschel bereit sei, vor dem Schwurgericht
zu erscheinen. Frau Heuschel hat erklären lassen,
dass sie erst Ende Juli 1971 bereit sei, überhaupt
nach Berlin zu kommen, bis dahin aber zu
einer Vernehmung an ihrem Wohnort zur
Verfügung steht.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Scheid, erklärte, daß es einer kommissarischen Festnehmung der Zeugin Henschel widerspreche und für den Fall, daß das Schwurgericht eine Festnehmung der Zeugin beschließen sollte, der Antrag gestellt werde, dies Ende Juli 1971 durchzuführen und das Verfahren bis zu diesem Zeitpunkt fortzusetzen.

Rechtsanwalt Heutschke schloß sich dem Antrag an.

Der Verteidiger Vertreter der Staatsanwaltschaft
Oberstaatsanwalt Klingberg, stellte einen Antrag auf Vorlesung von Akten, den er zuvor (vorlesen hatte und der als Anlage i) zum Protokoll genommen wurde.

Die Verteidiger widersprechen der Vorlesung der Akten unter Hinweis darauf, daß sie aus dem Zentralarchiv in Potsdam, einem Gebiet außerhalb des Geltungsbereiches des StPO, stammen.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Klingberg, erklärte, daß ^{durch} den Historiker Dr. Kunka in Jerusalem nachgewiesen werden könnte, daß die Ablichtungen der im Auftrag der Staatsanwaltschaft aufgefundenen Urkunden von ihm im Zentralarchiv in Potsdam aus den Akten der Reichsbereinigung ordnungsgemäß vorgefunden worden seien.

Dr. Kunka sei erreichbar über die Hebräische Universität in Jerusalem.

Die Verteidiger erklärten, falls das Schwurgericht eine Feststellung des Dr. Kunka beschließen würde, ^{daß} sie dem widersprechen würden, da der Zeuge ^{für} kein ungeeignetes Beweismittel sei.

Das Gericht zog sich zur Beratung zurück.

Der Vorsitzende erklärte, daß die Beratung unterbrochen worden sei, um die Feststellung der Zeugen nicht zu verzögern.

Erstinstanz waren nunmehr die Zeugen Baesecke und Albrecht.

Sie wurden befragt wie die Vorzeugen. Die Zeugin Albrecht rutschte nicht wieder aus dem Sitzungssaal.

10. Zeugin

Zur Person

Ich heiße

bin 69

jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Liesbeth Baesecke geborene Tillke

Rechtsanw., Volontärin in Berlin

Die Zeugin wurde gemäß § 55 StPO befragt.

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Die Zeugin Baesecke wurde befragt wie die Vorzeugen. Sie erklärte:

„Ab 1937 war ich im RSHA. Ich habe eine Zeitlang für Wäbrow geschrieben. Zunächst waren Feindmännchen-Angelegenheiten zu schreiben. Ab 1941 war ich im Judenreferat tätig.“

Für Wäbrow habe ich allgemeine Erlasse geschrieben, die er diktiert hat. Schutzhaftnahmen waren auch dabei. Zu der persönlichen Einstellung von Herrn Wäbrow kann ich nichts sagen.

In der Stellungnahme zur Schutzhaft würde diese meistens für sofortlich gehalten.

Der Begriff der Sondersbehandlung war mir bekannt.
Ich wußte, daß Sondersbehandlung meistens zum
Tode führt. An Todesmeldungen kann ich mich
nicht erinnern. An Refatsbesprechungen hat Bölow
teilgenommen."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
die Zeugin gemäß § 60 Nr. 2 StPO unverschiedigt zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte dies.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des
Vorsitzenden blieb die Zeugin
Baesecke gemäß § 60 Nr. 2 StPO
unverschiedigt, weil sie aufgrund
ihrer Tätigkeit im RSHA der
Beteiligung an der Tat, die den
Gegenstand der Untersuchung bildet,
verdächtig ist.

AA **Zeugni**
Zur Person Erika Albrecht geborene Knechtling
 Ich heiße Erika Albrecht geborene Knechtling
 bin 58 Jahre alt, Sekretärin, wohnhaft in Berlin
 mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
 verschwägert.

Die Zeugin wurde gemäß § 55 StPO. befragt.
 Sie wurde zur Sache vernommen. Sie erklärte:
 "Im Februar 1944 kam ich zum RSHA. Ich schrieb
 für Herrn Wöhr nur kurzfristig, ausserdem schrieb
 ich nur für Luers. Ich war dort sehr monatslang.
 Bei den Schreibarbeiten handelte es sich um Schreiben.
 Schutzhaftbefehle habe ich nichtlich auf auch
 für Wöhr geschrieben. Es war bekannt, daß die
 Juden in Lager kamen. Bei Luers kamen die
 Überführungen meistens nach Bogen-Belsen und
 Theresienstadt. Sterbemitteilungen habe ich nie
 gesehen, gehört habe ich davon. Auf meine
 Frage, was Sonderbehandlung bedeutete, hat mir
 Luers erklärt: "Wer nicht mehr lebt, kann mir
 nicht mehr schaden."

Wöhr äußerte sich auch mal im Zusammenhang
 mit dem. 20. Juli, daß er die Bestrafung viel

zu laden finde. Ich hatte auch in Zusammenhang
mit einer Schutzhaftkammer einen Zusammenhang
mit Hören, in deren Verlauf es u.a. äußerte,
daß die Juden sowieso ausgekostet werden.
Allgemein wirkte allgemein ^{Hören} inhumaner als zuvor.
Ich hatte von Hören den Eindruck, daß ihm
seine Tätigkeit nicht belastet.

Der Zeuge wurde zur Stützung
seiner Gedächtnisses vorgehalten
ihre Vernehmung vom 24. Oktober
1967 (Zeugenordner Albrecht,
Bl. 17-18 sowie rote Klammern).

Die Zeugen erklärten:
„Was ich gesagt habe, ist richtig.“

Der Vorsitzende gab bekannt, daß es habe nichtige,
die Zeugen zu beidigen. In beidigt zu lassen
gemäß § 60 St. G. B. O.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte dies.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb die Zeugin Albrecht wegen
Aussagefähigkeit im RSHA gemäß
§ 60 St. u. StPO, ^{unverzüglich} weil sie der Be-
teiligung an der Tat, die den Gegen-
stand der Untersuchung bildet,
verdächtig ist.

Im allseitigen Einverständnis wurden die
Zeugen Baescke und Albrecht zum 12.10.1940 über-
lassen.

Erschienen 1940 nunmehr die Zeugin Erler.
Sie wurde beauftragt wie die Vorzeugin.

12. Zeug in

Zur Person

Ich heiße

bin 47 Jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Erna Erler geborene Friesenagel
Sekretärin, wohnhaft in Frankfurt,

Die Zeugin Erler wurde gemäß § 55 StPO beauftragt.

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen. Sie erklärte:

"Ich war ab 15. August 1942 im Rekrat IV B4.
Ich habe für Bophammer und Kowak geschrieben.
Bei Bophammer war ich nur einmal. Ich wurde zu
ihm geschickt, um ein Skizzenalbum aufzunehmen.
Er war sehr aufgeregt. Er schnippte sehr über
die Juden, soweit ich mich entsinne. Ich bekam
daraufhin Angst und lief aus dem Zimmer."

Die Zeugin wurde zur Stützung
ihres Gedächtnisses vorgehalten
ihre Aussage vor der Staats-
anwaltschaft (Zeigenheft Ende,
Seite 23 soweit rote Klammer).

Die Zeugin erklärt:
"Das ist richtig."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
die Zeugin Ende gemäß § 60 Nr. 2 StPO
unverurteilt zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft

beauftragte Verteidigung, da ein Zusammenhang zwischen
der Tätigkeit der Zeugin für Bophammer und Kowak und
dem hier mündlich stehenden Beweissthema nicht gegeben ist.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Nach Beendigung

h. u. r.

Die Zeugin Zuber bleibt gemäß § 60 Nr. 2 StPO
im Beside, weil sie im Hinblick auf ihre Tätigkeit
im RSHA wegen ihrer Schreibarbeiten für die ehemaligen
Angehörigen des RSHA Boßhammer und Nowak
der Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand der
Anklage bildet, verdächtig ist.

Im allseitigen Einverständnis wurde die Zeugin
Zuber um 11³⁰ Uhr entlassen.

Um 11³⁰ Uhr trat eine Pause
ein bis 13⁰⁰ Uhr.

Nach Wiedertritt in die
Hauptverhandlung um 13⁰⁰ Uhr
wurde diese fortgesetzt.

Rechtsanwalt Scheid war nicht zuzulassen.

Zuzulassen waren die Zeugen Teiber und Hochhaus.
Sie wurden bekehrt wie die Vorzeugen und
zitterten sich wieder aus dem Sitzungssaal.

Nach Beratung
für

1. Die Beweisurteile der Verteidigung vom
5. März 1971 auf Vernehmung des Freiherrn
Ruppert von Stein und vom 10. März 1971
auf Vernehmung des Professors Gutz Heck
als Zeugen werden gemäß § 244 Abs. 3 StPO
abgelehnt.

Die in das Wissen der Zeugen gestellten
Behauptungen können zu Gunsten des
Angeklagten so behandelt werden, als wären
sie wahr.

2. Das Schlussgericht hält nach dem bisherigen
Beweisergebnis eine Vernehmung der Frau
Hildegard Henschel als Zeugin nicht für erforderlich.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft
erklärte, daß sein Auftrag auf Lesung der
Urkunden vorerst zurückgestellt wissen will.

Der Vorsitzende las ein Schreiben des Zeugen
Pagel vom 17. März 1944 mit Anlage. Das
Schreiben und die Anlage wurden als Anlage 2)
zum Protokoll

Das Fortbleiben des Zeugen Pagel im Ortstermin
wird als entschuldigend angesehen.

13. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 47 Jahre alt,

mit den Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Robert Zeiler

~~Hausleiter~~ wohnhaft in Berlin,

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.
Er erklärte:

Ich kenne Herrn Wabow. Am 10. März 1944

bin ich zum RSHA zu Herrn Höber gegangen. Ich wollte, daß meine Mutter vom Transport zurück gestellt würde. Von Dabbske hatte ich den Namen Höber erfahren. Von ihm wurde ich zu Höber geschickt. Nachdem ich ihm mein Anliegen vorgetragen hatte, erklärte er mir, ich könnte so viel erreichen wie ich wollte, es hinge doch alles in der Hand seiner Güte. Für übriges käme meine Mutter nach Theresienstadt. Er meinte dann weiter: „Wir hätten sie auch gleich todschlagen können.“

Als ich dann das nächste Mal zu Höber ging, erklärte er mir, ich solle bei dem Besuche meiner Mutter meinen Bruder gleich mitnehmen, damit nicht jeder einzeln nach einer Besuchslaubnis käme. Als wir meine Mutter besuchen wollten, wurden wir beide verhaftet, und zwar auf Anweisung des RSHA. Dabbske bestätigte mir dies. Ich kam dann nach Buchenwald, wo ich bis Kriegsende blieb.

Der Zeuge äußerte sich auch anhand der Lichtbildmappe (Beistück VI).

Nur 13³⁰ Uhr erschien erneut
Rechtsanwalt Scheid.

Der Zeuge Zeiber äußerte sich auch
anhand eines von dem Angeklagten
gefertigten Skizze seines Arbeitszimmers,
die in Thugenschein genau neu
und als Anlage 3) zum Protokoll
genau neu wurde.

Der Zeuge Zeiber erklärte weiter:

"Der Angeklagte ist der Mann mit dem ich s.Zt.
im RHA. behandelt habe."

Der Vorsitzende

gab bekannt, daß er beabsichtige, den Zeugen zu
beidigen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte Verteidigung.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Der Zeuge wurde befragt.

14. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

Harald Hochhaus

bin 59 Jahre alt,

beruflich Landwirt, Wohnhaft in

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Mannheim

Der Zeuge wurde zur Sache vernommen. Er erklärte:
"Als meine Mutter in das Lager Schulstraße gekommen
war, schickte mich Dabbske zum RSHA. Damals
habe ich schon den Namen Höbner erfahren. Ich
weiß nur nicht von wem. Mir wurde gesagt
wegen der Zurückstellung vom Transport müßte
ich mich an Höbner wenden. Ich wurde von
meinem Posten im RSHA ins Zimmer zu Höbner
gebracht. Höbner erklärte mir, wir sollten froh sein,
daß meine Mutter nach Theresienstadt kommt.
Auf meinen Einwand, daß wir gar nicht froh
daran sein, erklärte er mir: "Wir können sie auch
gleich habschlagen". Als ich dann später mit meinem
Bruder meine Mutter besuchen wollte, wurden wir
verhaftet. Ich kenne Höbner heute mit Sicherheit
nicht."

Der Zeuge äußerte sich auch anhand
der vom Angeklagten überreichten
Skizze.

Der Zeuge äußerte sich ferner auch
anhand der Unterschrift aus Ordnung I,
Heft I Bl. 34 und anhand der Unterschrift
aus Ordnung 19, Heft 32^e, Schreiben
vom 3. September 1943.

Er erklärte:

„Diese Unterschrift war auf dem Passierschein.“

Der Zeuge wurde beidigt.

In allseitigem Einverständnis wurden die
Zeugen zum Laib und Hochhaus zum 1350 Uhr
entlassen.

Der Verteidigung und der Staatsanwalt-
schaft wurden von den je zwei Ablichtungen
der kommissarischen Konfirmierung des
Zeugen Catharina Taguer übergeben.

-77-

F.ä.r.

1. Die Hauptbehandlung wird unterbrochen.

2. Fortsetzung

am 23. März 1977, 9⁰⁰ Uhr, Saal 500

Zu der die Prozeß beteiligten bereits
geladen sind.

P. Müller

23.3.

Rahn

Protokoll fertiggestellt

Rahn 19/3.77

Staatsanwaltschaft
Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

Gesch.-Nr.: 1 Ks 1/69 (RSHA)

Bitte bei allen Schreiben angeben!

18. März 1971
Nur in dieser Sache 1 Berlin 21. des. 1309
(weil RSHA) Anschrift: Turmstr. 91.
1 Berlin 19 (Charlottenburg), den 30.01.11 (933.....)
Amtsgerichtsplatz 1
Fernruf: 306 00 11 (App.:)
(Im Innenbetrieb: 968)
Telex 182 749
Sprechstunden: Montags bis freitags von 8.30 - 13.00

In der Strafsache
gegen Fritz W ö h r n
wegen Mordes
wird

die Verlesung der bei den Gerichtsakten
befindlichen, in den Leitzordnern 37-39
in chronologischer Reihenfolge abgehefte-
ten Urkunden beantragt, nämlich

- a) der Aktennotiz 4/41 betreffend
"Anruf des Reichssicherheits-Haupt-
amtes (Oberinspektor Woern)
30. 1. 1941, 15 Uhr"
(gez. Dr. Eppstein),
- b) der Aktennotiz Nr. 12 betreffend
"Besichtigung der Zentrale der
Reichsvereinigung am 26. Februar 1941,
8.30, durch die Herren Untersturm-
führer Hartmann, Oberinspektor Woern,
Frau Baesecke, Reichssicherheitshaupt-
amt, Herren Prüfer, Pastewka und ein
weiterer Sachbearbeiter, Staatspoli-
zeileitstelle Berlin"
(gez. Dr. Eppstein),

- 2 -

An das
Schwurgericht
bei dem Landgericht Berlin
- 4. Tagung 1971 -

45

- c) der Aktennotiz Nr. 17 betreffend
"Besichtigung der jüdischen Kultus-
vereinigung Berlin, am 6. März 1941,
8.30, durch Oberinspektor Woehr, n,
Frau Baesecke, Reichssicherheitshaupt-
amt, Herren Prüfer, Pastewka, Schra-
der, Staatspolizeileitstelle Berlin,
ferner anwesend die 7 Mitglieder des Vor-
standes der jüdischen Kultusvereinigung
Berlin, für die Reichsvereinigung:
Dr. Eppstein"
(gez. Dr. Eppstein),
- d) der Aktennotiz Nr. 33 betreffend
"Anruf des Reichssicherheitshaupt-
amts, Oberinspektor Woehr, n, am
24. 3. 1941, 14.20 Uhr"
(gez. Dr. Eppstein),
- e) der Aktennotiz vom 25. Februar 1942
betreffend "Besichtigung durch Herren
Oberinspektor Woehr, n und Hauptsturm-
führer Gutwasser vom Reichssicher-
heitshauptamt und Kriminalobersekre-
tär Prüfer von der Geheimen Staats-
polizei, Staatspolizeileitstelle Berlin"
(gez. Moritz Israel Henschel),

Die Verlesung der Urkunden weist aus, daß

zu 1)a und d der Angeklagte W ö h r n
der zuständige Bearbeiter
des Judenreferates des
Reichssicherheitshauptamtes
für Angelegenheiten der
Reichsvereinigung - nur mit
Ausnahme solcher wanderungs-

446

technischer Art - war und nur
in Fällen seiner Verhinderung
insoweit von seinem Kollegen
Moes vertreten wurde,

zu 1)b und c die Zuständigkeit des Ange-
klagten W ö h r n für Ange-
legenheiten der Reichsver-
einigung^{sowohl} die Besichtigung der
Gebäudekomplexe der Reichsver-
einigung und der ihr zugeordneten
Kultusvereinigung Berlin als
auch die Überprüfung von deren
personellen Besetzung und sach-
lichen Aufgaben umfaßte,

zu 1)e der Angeklagte W ö h r n
Aufsichtsfunktionen betreffend
das Verhalten jüdischer Mitar-
beiter der Reichsvereinigung
wahrnahm.

(Klingberg)

Oberstaatsanwalt

H einz Pagel
Sonnenallee 197
Tel: 687 4230

5	1	Anlage
	/	Absch.
	/	DM Kost M.

Berlin 44, den 17. März 1971

Anlage 2 / zum Protokoll v. 19.3.71
Pallf. Pawl
47

An die
Geschäftsstelle Einschreiben!
des Schwurgerichts
1 Berlin 21
Turmstrasse 91



Betr: Geschäftsnummer
1Ks 1/ 69 (RSHA)
(500- 51/ 70)

Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache mit Ihrem Herrn Bading, übersende ich Ihnen einliegend ein ärztliches Attest des Herrn Dr. med. Raimund Radochla zur gefl.

Kenntnisnahme. Wie Sie aus dem Inhalt des Attestes ersehen, lässt es mein Gesundheitszustand nicht zu, an gerichtlichen Verhandlungen teilzunehmen.

Au diesem Grund, bitte ich mein Fehlen am Lokaltermin im Jüdischen Krankenhaus am 16. März 1971 zu entschuldigen.

Hochachtungsvoll

1. Anlage

Heinz Pagel.

Zur Vorlage bei der Geschäftsstelle der Staatsanwalt -
schaft bei dem Kammergericht Berlin 21

Dr. med. Raimund Radochla

Arzt und Geburtshelfer

Berlin-Neukölln, Sonnenallee 180

Ruf: 6 87 42 07

Berlin 44, am

16.3.71

48

Betr. A.Z. 1 Ke 1/69 (RSA)
(500 - 52/70)

Ärztliches Attest !

Herr Heinz P a g e l , geb.13.8.06, wohnhaft Berlin -
Neukölln, Sonnenallee 197 befindet sich hier in Behand-
lung.

Er leidet u.a. an einer sehr erheblichen Herzerkrankung
und an labilem Bluthochdruck.

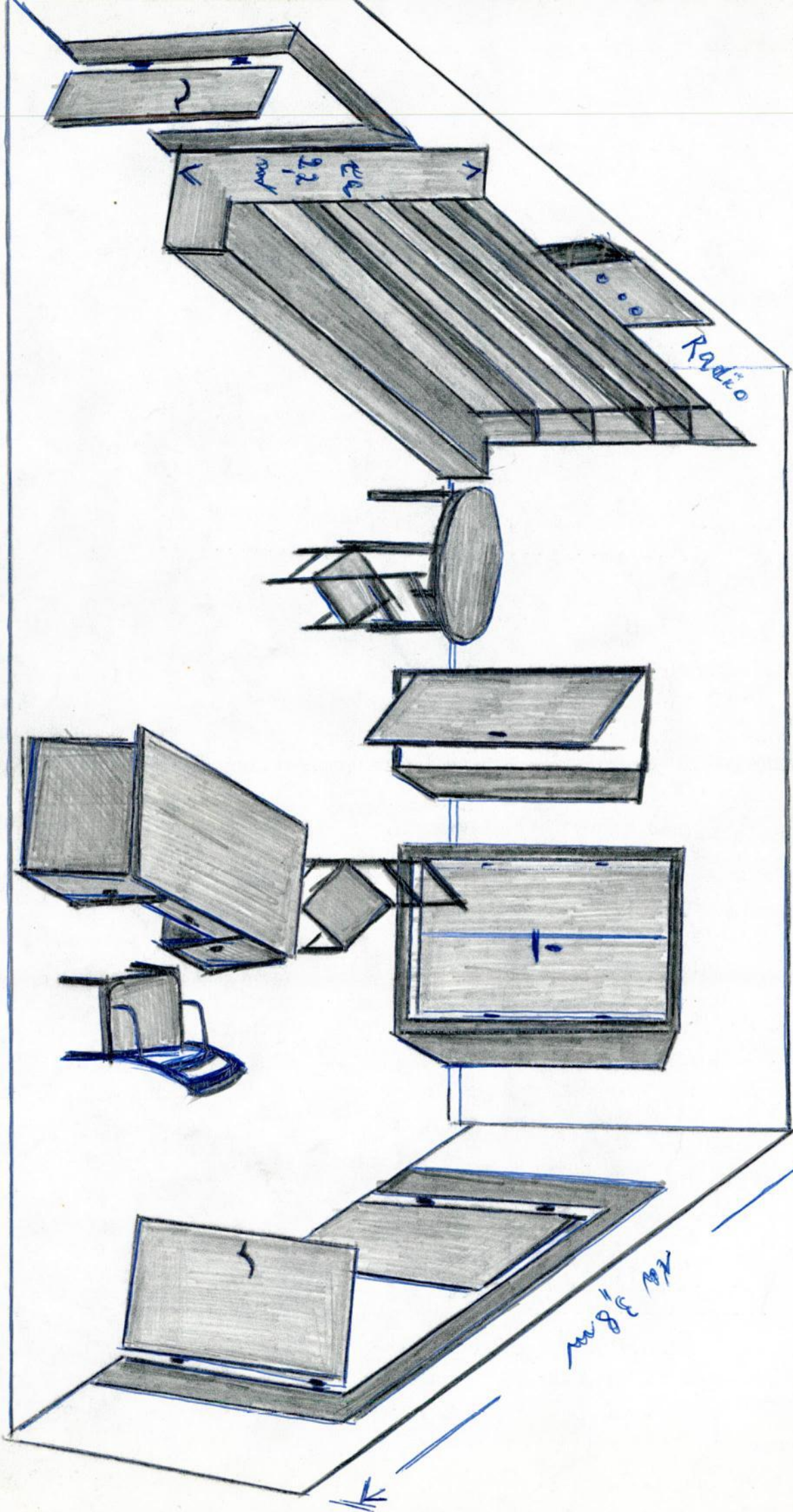
Aufgrund seiner Leiden ist Herr Pagel für die Teilnahme
an gerichtlichen Verhandlungen n i c h t geeignet.

Dr. med. Raimund Radochla

Arzt u. Geburtshelfer

1 Berlin 44, Sonnenallee 180

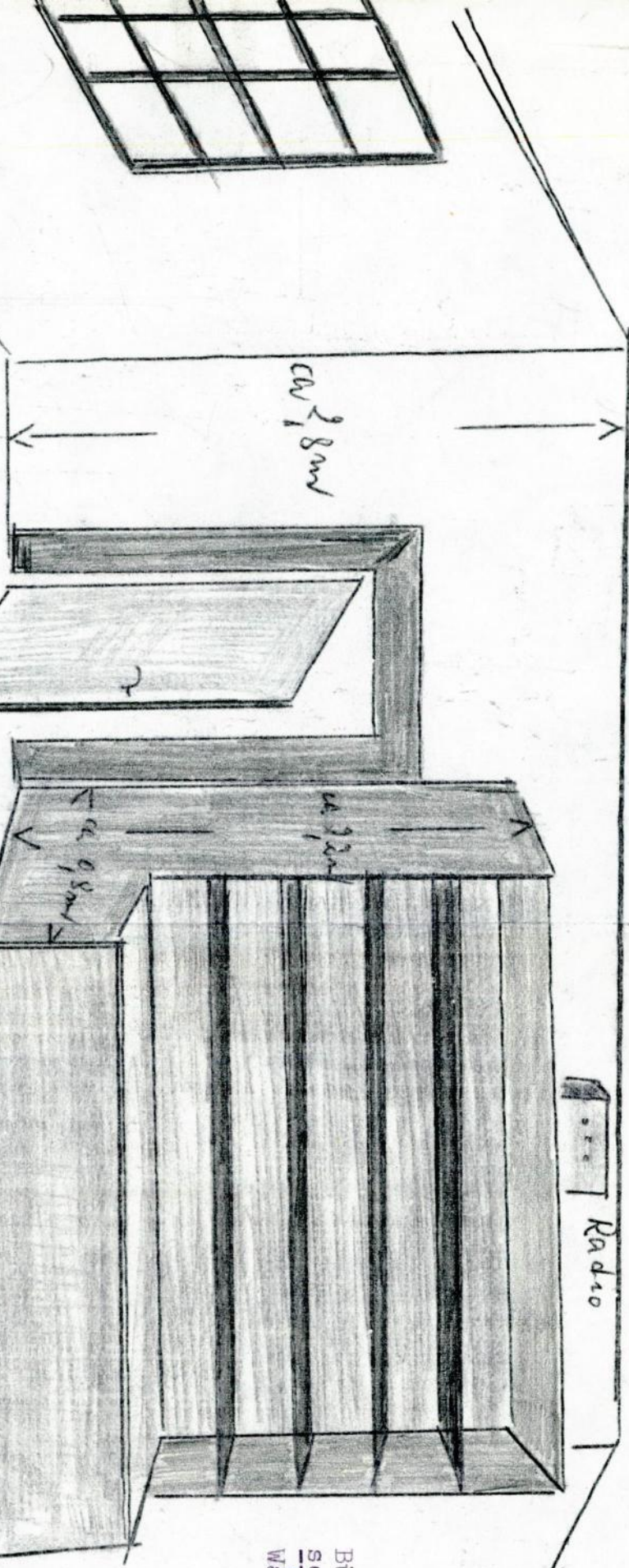
Raimund Radochla



K

ca 4,8 m

V



Bücherregal war
schwarz gebeizt
Wände hell getüncht

4
Anlage 3) Zum Protokoll v. 19.

Vauv Rader

1 Skizze
(Übersicht vom Aufgeklagten)

500-51/70

Öffentliche Sitzung
~~der Strafkammer~~
~~des Landgerichts~~ *Schwurgerichts*
~~des Schöffengerichts Tiergarten~~

Berlin, den 23. März 1971
50

Fortsetzung
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen *Höhr*

wegen *Mordes*

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / ~~Schöffen~~, desselben Vertreters der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 19.3.1971 fortgesetzt. *mit demselben Ergänzungsrichter und denselben Ergänzungsgeschworenen.*

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~er~~ —
d. ~~x~~ Angeklagte *vorgeführt.*

Als Verteidiger waren erschienen:
Rechtsanwalt *Heutscheke.*

Beginn: *9⁰⁰* Uhr
Ende: *13⁴⁵* Uhr
Pause von *10⁰⁰ 11⁴⁰* Uhr
bis *10³⁰ 13⁰⁰* Uhr

Geschäftsnummer:
(500) Ks i/69 (RSHT) (51/70)

Es meldeten sich folgende Zeugen:

1. Knispel,
2. Borchert,
3. Krause.

Die Zeugen wurden beehrt wie die Torzeugen.
Sie entfernten sich wieder aus dem Sitzungssaal
mit Ausnahme des Zeugen Knispel.

15. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 73 Jahre alt.

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Quirin Knispel geborene Febrmann
Reutman, Buchhalter in Berlin,
Die Zeugen wurde gemäß § 55 StPO beehrt.
Der Zeuge wurde zur Sache vernommen.

Sie erklärte:

" Ab 1939 war ich in RSHA als Registraturkraft
fähig. Ab November 1943 war ich im Judenreferat
fähig. Wobei war mir der Name nach bekannt.
Täglich kamen Mitteilungen über Befehle.
Es handelte sich meistens um dieselben
Todesurteile."

Der Zeuge wurde zur Stützung
ihres Gedächtnisses vorgehalten
ihre Erinnerung vor der Staatsanwaltschaft

Vom 3. November 1967, Zeugenheft
Kunzpel, Seite 4 und 5 sowie
Protokoll aus.

Die Zeugin erklärte:
„Was ich damals gesagt habe, ist richtig.“

Der Vorsitzende gab bekannt, daß so beabsichtige,
die Zeugin Kunzpel gemäß § 60 Nr. 2 StPO
nur beidseitig zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte dies.

Der Verteidiger gab keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden bleibt
die Zeugin Kunzpel gemäß § 60 Nr. 2
StPO nur beidseitig, weil sie der
Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand
der Untersuchung bildet, verdächtig ist.

Für alle übrigen Einverständnisse wurde die Zeugin
Krispel nun 920 Uhr entlassen.

16. Zeugin
Zur Person: Else Borchert geborene Stephan
Ich heiße: Prunianaru, Wollkuch in Berlin
Ich bin 75 Jahre alt.
mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht
verschwiegen. Die Zeugin wurde gemäß § 55 StPO befragt.
Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Sie erklärte:

„Ich war ab 1941 im Judenrat des RSt A
tätig, und zwar als Stenotypistin. Ich habe
nur für Anwes geschrieben. Wobau keine ich.
Für Anwes habe ich Scheinhaftsaachen, Ausdehnungs-
sachen u. a. v. ^{geschrieben.} Zu Anwes kamen Stobemittelungen
aus den Konzentrationslagern. Die Todesurteile
waren meistens dieselben. Ich hatte nicht
den Eindruck, daß die Juden absichtlichlich
umgebracht wurden. Ich meine, sie starben
infolge der schlechten Lebensumstände.
Mir ist bekannt, daß Wobau kein Judenhasse-
war.“

Die Zeugin wurde zur Stützung
ihres Gedächtnisses vorgehalten
ihre Treueprüfung vorge-
Staatsanwaltschaft vom 11. Oktober 1967
Seite 7 sowie Protokoll war.

Die Zeugin erklärte:

"Was ich damals gesagt habe, ist richtig."

Nun § 35 über seinen Rechtsanwalt
Scheid.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige
die Zeugin gemäß § 60 Nr. 2 StPO unbeschiedigt
zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragt dies.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb die Zeugin Bescheid
gemäß § 60 Nr. 2 StPO unbeschiedigt,
weil sie der Bekräftigung der Tat,
die den Gegenstand der Untersuchung
bildet, verdächtig ist.

Für alleinstehenden Kündigungsstandes wurde die
Zeugin Bescheid nun § 40 über entlassen.

17. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 67 Jahre alt

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert. Der Zeuge wurde gemäß § 55 StPO befragt.

D. & Zeuge

Alfred Krause

Mediziner Wohnhaft in Berlin

wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

" 1941/42 kam ich als Registrator zum Judenreferat. Wöben hatte Allgemeinachen, Einzelsachen und auch Schicksalsachen zu bearbeiten. Es kamen tägliche Stebermittellungen. Diese wurden mit einem Torjaug dem Sachbearbeiter zur Kenntnisnahme vorgelegt. Ich hatte den Eindruck, daß nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Man konnte den Eindruck haben, daß die Sachbearbeiter wußten, was geschah. Ausländische Pressemitteilungen wurden den Sachbearbeitern vorgelegt.

Es kann sein, daß Wöben auch Fikasse bearbeitet hat."

Dem Zeugen wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgelegt vorgehalten seine Konvention vor der Staatsanwaltschaft vom 24. Juli 1967, Zeugenheft Krause, Seite 9 sowie Rotklammer.

Der Zeuge erklärte:
"Konkret kann ich die Prüfung nicht mehr
wiedergeben."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen Krause gemäß § 60 Nr. 2 StPO
unbeideitig zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte dies.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb der Zeuge Krause gemäß
§ 60 Nr. 2 StPO unbeideitig, weil
er der Beteiligung an der Tat, die
den Gegenstand der Untersuchung
bildet, verdächtig ist.

Im Allseitigen Einverständnis wurde der
Zeuge Krause zum § 50 über entlassen.

Das Akten des Thustalt für Chronisch-
kranke vom 10. März 1971 wurde
abgelesen und als Anlage i) zum
Protokoll genommen.

Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten und in deren
Einverständnis
b. u. r.

Die Niederschrift über die richterliche Vernehmung
der Zeugin Katharina Wagner vom 17. März 1971
soll gemäß § 251 Abs. 1 Ziffer 4 StPO abgelesen werden.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die
Zeugin Wagner beeidigt worden ist.

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft und die
Verteidiger sowie der Angeklagte erklärten, daß
sie auf die Vernehmung der Zeugin vom Hof
verzichten.

Nun 10⁰⁰ Uhr trat eine Pause
ein bis 10³⁰ Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Haupt-
Verhandlung um 10³⁰ Uhr wurde
diese fortgesetzt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge Alfred Wagner
verstorben ist.

Die Sterbetrkunde (Bd. 33, Bl. 41) wurde gelesen.

Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten
b. u. r.

Es sollen die polizeiliche Vernehmung des Zeugen
Alfred Wagner vom 20. Juni 1969 und die eidliche
Vernehmung vor dem Schwurgericht vom
27. August 1969 gelesen werden (Bd. 28, Seite 12 ff.
und Bd. 87 Seite 311-312) gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 1 Abs. 2 StPO.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge
beidigt worden ist.

Es wurde festgestellt, daß die Zeugin
Brünhilde Sylten-Selcher verstorben ist.

Die Aktenurkunde (Bd. 33, Bl. 44) wurde gelesen.

Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten
b. u. b.

Es sollen gelesen werden die polizeiliche
Ermittelung der Zeugin Sylten-Selcher vom
20. Juli 1967 (Bd. 11^b, Seite 89ff.) und die
Ermittelung vor dem Schwurgericht vom
11. Juni 1969 (Bd. 35 Seite 104-108) gemäß
§ 251 Abs. 1 ^{Str. i. Abs.} 2 StPO.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die
Zeugin verstorben ist.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge Goldstein
verstorben ist.

Die Aktenkunde aus Bd. 28, Bl. 9 wurde gelesen.

Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten
h. u. b.

Es sollen gelesen werden die Niederschrift über
die polizeiliche Vernehmung des Zeugen Goldstein
vom 9. November 1946 aus dem Personenheft
Goldstein und die richterliche Vernehmung
vom 2. Juli 1947 aus den Beakten Ples 3/48
Bd. I, Bl. 48 ff. gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 StPO.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Um 11⁴⁰ Uhr trat eine Pause
ein bis 13⁰⁰ Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Haupt-
behandlung um 13⁰⁰ Uhr wurde
diese fortgesetzt.

Rechtsanwalt Scheid hatte sich entfernt.

Erst nachdem waren die Zeugen Marks, Hanke und Jänisch.

Sie wurden befragt wie die Vorzeugen. Die Zeugen Hanke und Jänisch traten sich wieder aus dem Sitzungssaal.

18. Zeug in

Zur Person

Ich heiße

bin 63 Jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Die Zeugin

Elizabeth Marks geborene Herzog, Rentnerin, wohnt in Steinboogen, 5581 PO befragt. Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Sie erklärte:

1942/43 kam ich zum Judenfest des RSHA. Ich war in der Registrierfahig. Dabei konnte ich. Stabe mitteilungen zu geben. Man wußte, was mit den Juden geschah. Ich nehme an, daß auch die Sachbearbeiter das wußten, denn ihnen wurden die Akten vorgelegt. Von der systematischen Tötung müssen meine Meinung nach alle bei uns gestupft haben.

Die Zeugin wurde zur Stützung ihres Gedächtnisses vorgehalten über Vorzeichnung vom Oberstaatsanwaltschaft vom 8. September 1966 Seite 9 sowie Protokoll aus dem.

Die Zeugen skizzierte:

"Was ich damals gesagt habe, ist richtig."

Wohin war ich nervös, aber ein prima Kamerad.

Ich habe jemandem mal erzählt, wer
es jedoch war, weiß ich nicht.

Es sind zu kommen auch ausländische Presse-
mitteilungen durch."

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
die Zeugen gemäß § 60 Nr. 2 StPO unversehrt
zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte dies.

Der Verteidiger gab keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb die Zeugen Anwesenheit gemäß
§ 60 Nr. 2 StPO unversehrt, weil
sie der Beteiligung an der Tat,

die den Gegenstand der Untersuchung bildet, bedächtig ist.

Im allseitigen Einverständnis wurde die Zeugin Moske zum 13¹⁵ über entlassen.

19. Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 58

Jahre alt,

mit der

Angeschuldigten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Der Zeuge

wurde zur Sache vernommen.

Dudolf Hauke

Wafffabrik, Wohnhaft in
Möglitz, 1917

Er erklärte:

"Ab Januar 1941 war ich im Jüdischen Institut des RSHA in der Registrierungsabteilung. Ich kannte Woborn als Sachbearbeiter. Woborn hatte n.a. mit der Reichsvereinigung zu tun. Ich nehme an, er hatte auch mit Schutzhaftabsachen zu tun."

Dem Zeugen wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgelesen seine mündliche Vernehmung vom 29. August 1967 Bl. 6 (vorw. Klammern).

Er erklärte:

"Was ich damals gesagt habe, ist richtig."

Das Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
den Zeugen gemäß § 60 Nr. 2 StPO nur beidseitig
zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragte dies.

Der Beschuldigte
gab keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb der Zeuge Hauke gemäß
§ 60 Nr. 2 StPO nur beidseitig, weil
er der Beteiligung an der Tat, die
den Gegenstand der Untersuchung
bildet, verdächtig ist.

Im allseitigen Einverständnis wurde der
Zeuge Hauke zum 13²⁵ Uhr entlassen.

20

Zeuge

Zur Person

Ich heiße

bin 65 Jahre alt, bfm.

mit der Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Der Zeuge

Rudolf Jänisch

geb. 18. 10. 1854

wohnhaft in Hameln

Das Zeugnis wurde gemäß § 55 StPO beibeh.

wurde zur Sache vernommen.

Er erklärte:

„Ich war ab Mitte 1940 im Judentraf. Ich war Geschäftsführer. Wobon kannte ich. Er hatte Einzelfälle, Schutzhaftnahmen u.a. zu bearbeiten. Zu den Presse mitteilungen kann ich nichts sagen. Ich hatte keine Akten zu bearbeiten.“

Dem Zeugen wurde zur Stützung seines Gedächtnisses vorgehalten seine polizeiliche Vernehmung vom 10. Januar 1966 Bd. IV, Seite 52 ff., Bl. 6i soweit Klammern.

Er erklärte:

„Das ist richtig.“

Es war klar, was mit den Juden geschah. Ausländische Presse mitteilungen kamen als Journalmeldungen durch.“

Der Vorsitzende

gab bekannt, daß er beabsichtige, dem Zeugen förmlich gemäß § 60 Nr. 2 StPO im Verteidigt zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beauftragt dies.

Der Verteidiger
gab keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
bleibt der Zeuge Jämsch gemäß
§ 60 Nr. 2 StPO zurück, weil er
der Beteiligung am Tat, die den
Gegenstand der Untersuchung
bildet, verdächtig ist.

Für alleseitigen Einverständnis wurde der
Zeuge Jämsch zum 13⁴⁵ Uhr entlassen.

Der Vorsitzende ordnete an,
daß die Zeugin vom Hoff
noch heute abzuholen
ist.

Z.ü.t.

1. Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.

2. Fortsetzung

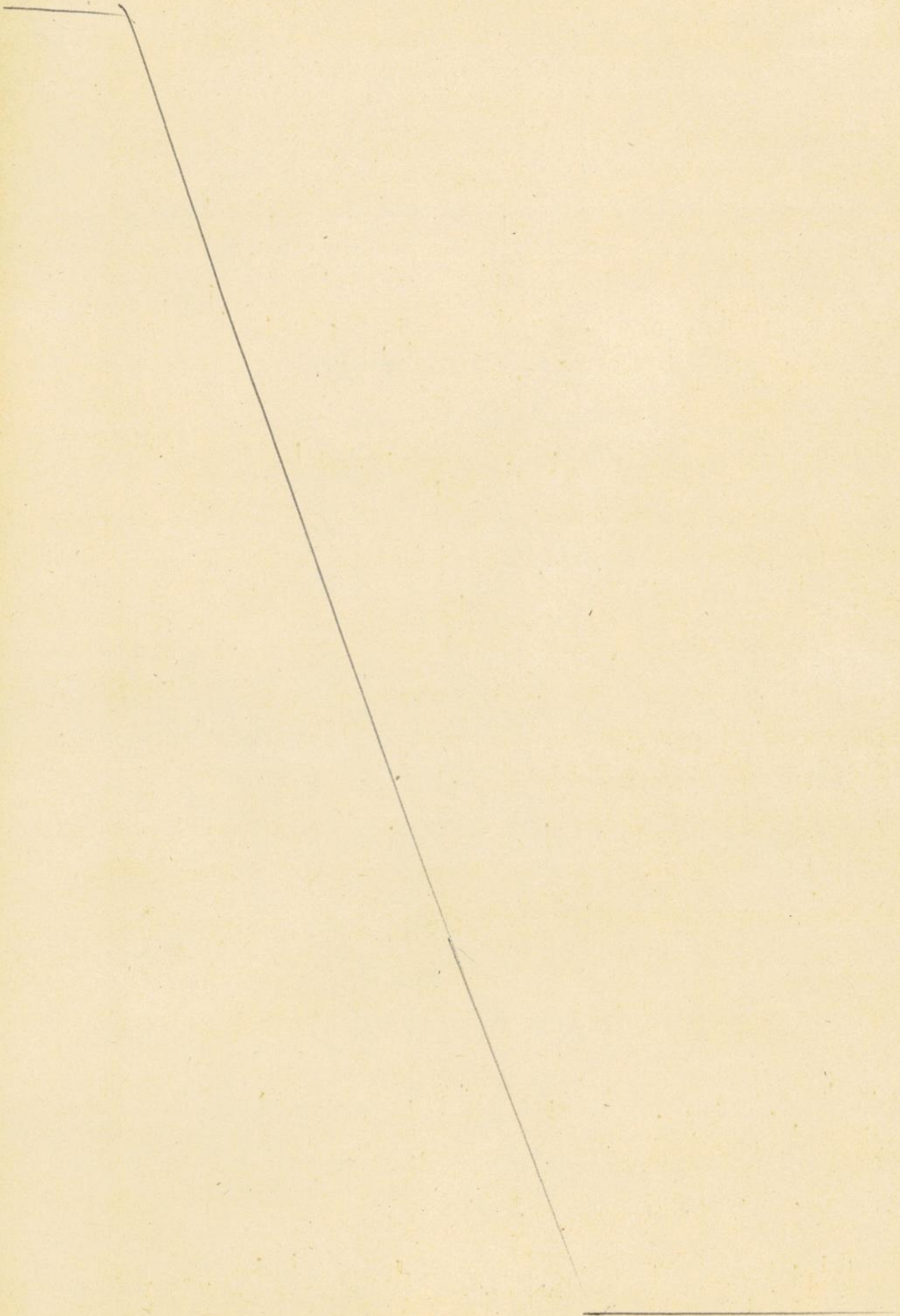
am 26. März 1971, 10⁰⁰ Uhr, Saal 500

Zu der die Prozeßbeteiligten bereits geladen sind.

Protokoll gefertigt
Rahm 23/3.71

26.3. Vollert

Rahm



Anstalt für Chronischkranke am Schäfersee

Senioren-Betreuungsgesellschaft

Medico Privatklinik GmbH & Co. KG.

Ärztliche Bescheinigung zur Vorlage
bei der Geschäftsstelle der
Staatsanwaltschaft Berlin

And age i / zum Protokoll v. 23.3.71
1 Berlin 51, den 10.3.1971
Stargardtstraße 12-14
Telefon 49 20 51

Recht
Palluy


Betrifft: Frau Catharina W a g n e r, geb 20.1.92 in Berlin.

Die vorgenannte Patientin wurde am 3.3.1971 nach einem 14-wöchentlichen Krankenhausaufenthalt (St. Gertrauden - Krankenhaus) in unser Hospital verlegt.

Die 79 jährige Patientin ist bereits seit ihrem 1. Schlaganfall 1948 überwiegend bettlägerig und leidet ausserdem an schwerer Herzschwäche und Kreislaufkollaps. Den letzten Schlaganfall erlitt sie am 29.11.70, wobei Lähmungen verblieben sind.

Die Patientin ist nicht mehr in der Lage, sich allein zu versorgen.

Ein Transport mit dem Krankenwagen zu einer Gerichtsverhandlung muss ärztlicherseits abgelehnt werden.


Dager
(Chefarzt)

500-51/70

6. Verhandlungstag

Öffentliche Sitzung
der ~~Strafkammer~~
des Landgerichts ~~Schlusgericht~~
des Schöffengerichts Tiergarten

Berlin, den 26. März 1977
60

Fortsetzung
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen Trabow

wegen Mordes

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / ~~Schöffen~~, desselben Vertreters der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 23.3.1977 sowie ~~desselben Ergänzungsschöffen~~ und ~~desselben Ergänzungsgeschworenen~~ fortgesetzt.

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~er~~ —
d. x Angeklagte vorgeführt.

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt Scheid,
2. Rechtsanwalt Heitschke.

Beginn: 900 Uhr
Ende: 1405 Uhr
Pause von 1140 Uhr
bis 1300 Uhr

Geschäftsnummer:
(500) 165 1/69 (RSHA) (ST/70)

Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die
Lesung der Niederschriften über die Vernehmungen
der Zeugin Hering werden vorgelesen die amtliche
Bescheinigung des Gesundheitsamts der Stadt
Bielefeld vom 22. Juni 1970 und die fachärztliche
Bescheinigung des Facharztes für Innere Krankheiten
Dr. Dekker aus Bielefeld vom 1. März 1971.
aus Bd. 33, Bl. 43^a, 43^b und Bl. 61

Die Vertreter der Staatsanwaltschaft, die Verteidiger
und der Angeklagte erklärten sich damit einver-
standen, daß die Niederschriften über die beiden
mündlichen Vernehmungen der Zeugin Hering
vom 3. Juli 1967 und vom 22. Oktober 1967
(Zeugenheft Hering) sowie die Aussage der
Zeugin Hering vor dem Schwurgericht Berlin
vom 14. August 1969 (Bd. 37, Bl. 272 ff.)
vorgelesen werden.
Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten
B. u. T.

Die vorgenannten Niederschriften sollen gemäß
§ 251 Abs. 1 Nr. 4 sowie gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 2
StPO vorgelesen werden, weil dem Erschienenen

61

der Zeugin vor dem Schwurgericht für längere Zeit infolge ihrer Krankheit ein Hindernis entgegensteht.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die Zeugin Herzig gemäß § 60 Nr. 2 StPO unbeschädigt geblieben ist, weil sie der Beteiligung an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, bedächtig ist.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige, die Zeugin Herzig gemäß § 60 Nr. 2 StPO unbeschädigt zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft
beantworte dies.

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb die Zeugin Wenzel gemäß
§ 60 Nr. 2 StPO unbedingt, weil
sie aufgrund ihrer Fähigkeit im Rötta
der Beteiligung an der Tat, die den
Gegenstand der Untersuchung bildet,
verdächtig ist.

Zur Vorbereitung einer Entscheidung über die
Zuverlässigkeit der Aussagen der Zeugin Woffsky
wurde der Befundbescheinigung über die Untersuchung
unfähigkeit der Zeugin Woffsky vom Landes-
institut für gerichtliche und soziale Medizin
Berlin vom 23. März 1971 vorgelesen. Der Befund-
bescheinigung wurde als Anlage¹⁾ zum Protokoll genommen.

Die Staatsanwaltschaft

beauftragte im Hinblick auf die Untersuchungsunfähigkeit
der Zeugin ^{die} Wenzel die Niederschriften über seine ^{Staatsanwaltschaftliche} polizeilichen
und richterlichen Untersuchungen zu vorgelesen.

Die Verteidiger und der Angeklagte schlossen sich dem Antrage an.

Nach Anhörung der Prozeßbeiliegten
b.ü.t

gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 1 Abs. 2 sowie Abs. 1 Nr. 4 StPO
sollen die polizeilichen, richtlichen und staats-
anwaltschaftlichen Vernehmungsprotokolle des
Zeugen Adolf Wölffky aus dem Zeugenschaft Wölffky
(Ordner 13, Heft 82) gelesen werden, und zwar:

1. Polizeiliche Vernehmung vom 27. Juni 1953,
2. polizeiliche Vernehmung vom 26. März 1965,
3. polizeiliche Vernehmung vom 1. Dezember 1965,
4. Staatsanwaltschaftliche Vernehmung vom 11. Juli 1966,
5. richtliche Vernehmung vom 12. Oktober 1967.

Der Beschluß wurde ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß der Zeuge Wölffky nicht
verurteilt worden ist und daß eine Verurteilung
nicht mehr machbar ist, weil er für immer
Vernehmungsunfähig ist.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
die konsularischen Vernehmungen der Zeugen
Safirovski, Rischowsky, Dr. Cohen, Skow und Marcus

gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 3 StPO zu verlesen.

Die Staatsanwaltschaft
stellt Entscheidung anheim.

Die Verteidiger
stellen ebenfalls Entscheidung anheim
nach Anhörung der Prozessbeteiligten

^{b.ü.r.}
Die genannten konsultatorischen Vernehmungen
sollen gemäß § 251 Abs. 1 Nr. 3 StPO verlesen werden,
und zwar:

1. Vernehmung des Zeugen Sefir Stein
vom 10. September 1969, Bd. 31, Bl. 1-8,
2. Vernehmung des Zeugen Günter Rischowsky
vom 10. September 1969, Bd. 31, Bl. 9-17,
3. Vernehmung des Zeugen Dr. Helmut Cohen
vom 11. September 1969, Bd. 31, Bl. 18-22,
4. Vernehmung des Zeugen Minna Stern
vom 11. September 1969, Bl. 23-28.

5. Vernehmung der Zeugin Anna Maria Marcus
Am 16. September 1969, Bd. 31, Bl. 29-35;

~~6. Vernehmung der Zeugin Leonore Schiff
Am 15. September 1969, Bd. 31, Bl. 34-39.~~

Der Beschluß wurde ausgeführt
zu 1-3.

Es wurde festgestellt, daß die Zeugen
Safirstein, Rischowsky und Dr. Cohen
beideiigt worden sind.

Am 11⁴⁰ Uhr trat eine Pause
ein bis 13⁰⁰ Uhr.

Nach Wiedertritt in die Haupt-
behandlung am 13⁰⁰ Uhr
wurde diese fortgesetzt.

Erschienen waren die Zeugen Heyen und
Fischer. Sie wurden befragt wie die Vorzeugen.
Frau Fischer rief sich wieder aus dem
Sitzungsraum.

21. ~~Zeug~~ in

Zur Person

Ich heiße

bin 57 Jahre alt,

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwiegen.

Johanna Heyen
Hausfrau, wohnhaft in Braunschweig,
Die Zeugin wurde gemäß § 55 StPO befragt.
Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Sie erklärte:

Ich war als Schreibkraft im Sammelkammer bei
Herrn Dobske tätig und zwar von Februar 1943
bis Juni 1944.

Herrn Tobon habe ich einmal gesehen auf dem
Hof des jüdischen Krankenhauses. Meiner
Meinung nach bestanden sich Dobske und
Dr. Lustig über das Verhältnis des Angeklagten
Tobon zu Dr. Lustig kann ich nichts sagen.

Uns war bekannt, daß Thüschütz als Lager
mit schwerer Arbeit galt. Theresienstadt
galt als Lager mit Erleichterungen.

Der Begriff Sonderbehandlung war uns bekannt;
es bedeutete Todesurteil. Todesmeldungen

beide gesehen."

Der Vorsitzende

gab bekannt, daß er beabsichtige, die Zeugen
gemäß § 60 Str. G. StPO einseitig zu lassen.

Die Staatsanwaltschaft

beauftragte dies

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Auf Anordnung des Vorsitzenden
blieb die Zeugin Heyen gemäß
§ 60 Str. G. StPO einseitig,
weil sie aufgrund ihrer Fähigkeit
im Zusammenhang der Beteiligung
an der Tat, die den Gegenstand
der Untersuchung bildet, verdächtig
ist.

Im alleinigen Einverständnis konnte die
Zeugin Heyen um 13²⁰ Uhr entlassen.

22. ~~...~~ in

Zur Person

Ich heiße

bin 65 Jahre alt

mit dem Angeklagten nicht verwandt und nicht

verschwägert.

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Herta Fischer geborene Lehder,

Hausfrau, wohnhaft in Kassel,

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Die Zeugin wurde zur Sache vernommen.

Zeigenerklärung:

„Im Auftrage meiner Schwester suchte ich Herrn
Wobow und KSTHA auf. Den Namen Wobow muß
ich von meiner Schwester erfahren haben. Ich wurde
in ein Zimmer geführt. In dem Zimmer befanden
sich Herr Wobow und eine Dame. Ich trug mein
Anliegen vor. Zunächst vor Herr Wobow sehr
unfreundlich und höhnisch. Sein Benehmen wurde
ander, als ich auf meinen gefallenen Mann hinwies.
Ich wirkte schließlich einen Sprechschein für
Pfarrer Sylten.“

Die Zeugin äußerte sich auch
anhand der vom Angeklagten
gefertigten Skizze seines toten Zimmers.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß er beabsichtige,
die Zeugin Fischer zu verurteilen.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte dies

Die Verteidiger gaben keine Erklärung ab.

Die Zeugin Fischer wurde verurteilt.

Im alleinigen Einverständnis wurde die Zeugin Fischer um 13³⁰ Uhr entlassen.

Der Beschluß vom heutigen Tage
(Protokoll Bl. 94) zu 4) und 5)
wurde weiter ausgeführt.

Es wurde festgestellt, daß die
Zeugen Stein und Marcus verurteilt
worden sind.

B.i.r.

- 1.) Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.
- 2.) Fortsetzung

am 30. März 1971, 10⁰⁰ Uhr, Saal 500,
zu der die Prozeßbeteiligten bereits geladen sind.

Protokoll fertiggestellt
Rahn 26/3.71

Palmer
29.3.

Rahn

**Landesinstitut
für gerichtliche und soziale Medizin
Berlin**

GeschZ.: 130/70/Ste.-

Durch Fach

An das
Schwurgericht
bei dem Landgericht Berlin

Anlage 1 Zum Protokoll v. 26.3.75
Reilly
1 BERLIN 21, den 23. März 1971
Invalidenstraße 52 (am Lehrter Bhf.)
Fernruf: 35 01 41, App. 289
Innerbetrieblich: (988)



Betr.: Strafsache gegen Fritz W ö h r n ,
hier: Adolf W o l f f s k y
Az.: (500) 1 Ks 1/69 (RSHA) (51/70)

Herr Adolf W o l f f s k y , geboren am 16.10.1898, wohnhaft Berlin 31, Pfalzburger Str. 60, wurde am 18.3.1971 im Landesinstitut auf seine Vernehmungsfähigkeit untersucht. Seine Angaben zur Vorgeschichte und der Untersuchungsbefund sind in den Akten unseres Institutes niedergelegt.

Herr Wolffsky leidet weiterhin an den Folgen eines Herzinfarktes, den er im Jahre 1958 erlitten hat. Außerdem leidet er an den Folgen einer Vorsteherdrüsenoperation aus dem Jahre 1968. Er befindet sich in einem stark herabgesetzten Allgemeinzustand. Es findet sich bei ihm ein allgemeiner fortgeschrittener Altersabbau. Er zeigt eine deutliche Konzentrationsschwäche, sein Gedankenablauf ist sprunghaft und verworren.

Herr Wolffsky ist nicht mehr in der Lage, einer Hauptverhandlung körperlich oder geistig zu folgen. Er kann weder in der Wohnung noch an Gerichtsstelle eine Zeugenaussage abgeben.

(Dr. S t e p h a n)
Obermedizinalrat

No.-

Öffentliche Sitzung
der ~~Strafkammer~~
des ~~Landgerichts~~ *Schwurgerichts*
des ~~Schöffengerichts Tiergarten~~

Berlin, den 30. März 1971
67

F o r t s e t z u n g
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen *Wobbe*

wegen *Mordes*

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / ~~Schöffen~~, desselben Vertreters der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 26.3.1971 fortgesetzt. *vor dem selben Ergänzungsschlichter und demselben Ergänzungsschlichter*

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~er~~ —
d 28 Angeklagte *vorgeführt.*

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt *Scheidt*
2. Rechtsanwalt *Heutcher*

Beginn:	<i>10⁰⁰</i>	Uhr
Ende:	<i>13⁰⁵</i>	Uhr
Pause von	<i>11³⁰</i>	Uhr
bis	<i>12³⁰</i>	Uhr

Geschäftsnummer:
(500) 1451/69 (RSHA) (51/70)

Die Gründe des Betrils des Schwurgerichts vom
13. Oktober 1969 gegen den Angeklagten wurden
vorgelesen, soweit sie rechtskräftig geworden sind.

Um 11³⁰ Uhr trat eine
Pause ein bis 12³⁰ Uhr.

Nach Wiedertritt in die
Hauptverhandlung um 12³⁰ Uhr
wurde diese fortgesetzt.

Nach der Vernehmung eines jeden Zeugen sowie
nach der Vorlesung eines jeden Schriftstücks
wurde der Angeklagte befragt, ob er etwas
zu erklären habe.

Der Angeklagte erklärte:

"Den Fall Wagner habe ich nicht angezeigt.
Ich erkläre es mir nur so, daß Dr. Lühig nach dem
Geschehen Günther angerufen hat."

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft

erklärte, daß er seinen Antrag vom 18. März
1971 auf Vorlesung von Urkunden zurücknehme.

Auf ausdrückliches Befragen wurden Anträge
zur Beweisaufnahme nicht gestellt.

Die Beweisaufnahme wurde geschlossen.

Die Staatsanwaltschaft und sodann der
Angeklagte und die Verteidiger schickten zu ihren
Ausführungen das Wort.

Die Staatsanwaltschaft

beauftragt, den Angeklagten im Fall Tager
wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheits-
strafe und in den übrigen vier Fällen,
die bereits rechtskräftig sind, zu einer Gesamt-
freiheitsstrafe von zehn Jahren zu verurteilen und
ferner die Untersuchungshaft aus den Gründen
über Thordnung aufrechtzuerhalten.

Die beiden Verteidiger des
Angeklagten erklärten, daß sie
sich heute nicht mehr in
der Lage sehen, ihre Plädoyers
zu halten.

B. u. V.

1. Die Hauptbehandlung wird unterbrochen.

2. Fortsetzung

am 2. April 1971, 18⁰⁰ Uhr, Saal 700

Zu der die Prozeß beteiligten bereits geladen
sind.

Palluff

Kalw

1. 4.

Protokoll fertiggestellt

Kalw 30/3.71

Öffentliche Sitzung
der ~~Strafkammer~~
des ~~Landgerichts~~ *Schwurgerichts*
des ~~Schöffengerichts~~ Tiergarten

Berlin, den 2. April 1971

68

Fortsetzung
der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen

Wobru

wegen

Mordes

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, desselben beisitzenden Richter, desselben Geschworenen *und Staatsanwalt Stief als Richter* / ~~Schöffen~~, ~~desselben Vertreters~~ der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 30.3.1971 *ohne denselben Ergänzungsrichter und denselben Ergänzungsgeschworenen* fortgesetzt.

Bei Aufruf der Sache erschien — ~~an~~ —

d *a* Angeklagte *vorgeführt*.

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt *Scheid*
2. Rechtsanwalt *Heutscheke*

Beginn: <i>10⁰⁰</i>	Uhr
Ende: <i>13³⁰</i>	Uhr
Pause von <i>12¹⁵</i>	Uhr
bis <i>13¹⁵</i>	Uhr

Geschäftsnummer:

(500) 1165 i/69 (RSHA) 57/70

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heutschke,
beauftragte, den Angeklagten im Fall Wagner
freizusprechen; im übrigen ihm zu einer
angemessenen milden Freiheitsstrafe zu verurteilen.

Um 11⁵⁰ Uhr entfernte sich
Rechtsanwalt Heutschke.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Scheid,
beauftragte, den Angeklagten im Fall Wagner freizusprechen
und ihm im übrigen zu einer angemessenen
milden Gesamtfreiheitsstrafe, die nicht wesentlich
über sechs Jahren liegen möge, zu verurteilen
und den Haftbefehl aufzuheben oder Haftver-
sicherung zu gewähren;

Hilfswise sollte es den aus der Anlage zum
Protokoll ersichtlichen & Hilfbeweisuntersuchung vom
14. 1971, den es zuvor vorgelesen hat, auf
Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Globke
und der Frau Hildegard Heutschel als Zeugen.
Hinsichtlich seines Antrages auf Vernehmung
des Staatssekretärs ^{a. D.} Globke verlas Rechtsanwalt
Scheid ergänzend seinen Beweisuntersuchung
vom 5. September 1969 Seite 1-5 sowie

rote Spitzklammer, der sich als Anlage zum Protokoll vom 8. September 1969 Bd. 37 des Akten befindet.

Eine Durchschrift des Hilfsantrages wurde dem Vertreter der Staatsanwaltschaft vom Verteidiger übergeben.

Um 12¹⁵ Uhr trat eine Pause ein bis 13¹⁵ Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Hauptverhandlung um 13¹⁵ Uhr wurde diese fortgesetzt.

Erneut erschienen vor Rechtsanwalt Hentschke.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Staatsanwalt Stief, gab zu dem Hilfsbeweis - Antrag keine Erklärung ab.

Der Angeklagte hatte das letzte Wort.

Der Angeklagte, befragt, ob er selbst noch etwas zu seiner Verteidigung auszuführen habe, erklärte:

Ich schließe mich den Vorführungen und
Anträgen meiner Verteidiger an.

3. u. 4.

1. Die Hauptbehandlung wird unterbrochen.
2. Fortsetzung

am 6. April 1971, 11¹⁵ Uhr, Saal 500

zu der die Prozeßbeteiligten hiermit
geladen werden.

Der Angeklagte ist wieder vorzuführen.
Die Staatsanwaltschaft hat Kenntnis
vom Termin.

Vallhoff

6. 4.

Rahn

Protokoll fertiggestellt

Rahn 4. 71

DIETRICH SCHEID

RECHTSANWALT

1 BERLIN 33 (GRUNEWALD), HERBERTSTR. 17 (ECKE HERTHASTRASSE) - FERNRUF: SAMMEL-NR. 8 85 80 66
FAHRVERBINDUNG: AUTOBUS A 10 UND A 29 - HUBERTUSSPORTPLATZ

Rechtsanwalt Dietrich Scheid 1 Berlin 33 Herbertstraße 17

An das
Schwurgericht bei dem
Landgericht Berlin

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

71 -
Anlage zum Protokoll v. 2.4.71
Rahs
Pallung

Berlin, den 1. 4. 1971
3/ki

In der Strafsache
././ Fritz Wöhrn
- (500) 1 Ks 1/69 (RSHA)(51/70) -

stelle ich für den Fall, daß das Schwurgericht
nicht meinem Antrage auf Freisprechung des Ange-
klagten im Falle "Ellen Wagner" folgt, folgende
Eventualbeweisanträge:

1. auf Vernehmung des Zeugen Staatssekretär a.D.
Dr. Globke, 53 Bonn, Langenbachstraße 28.

Ich nehme Bezug auf meinen Beweisantrag vom
5. 9. 1969, den ich inhaltlich voll wiederhole.

Der Beweisantrag wurde am 8. 9. 1969 in der
Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht verlesen.

Ich nehme Bezug auf die Verlesung dieses Beweis-
antrages und beantrage, falls das Schwurgericht
Bedenken hat, den Eventualantrag in dieser von

mir hiermit vorgetragenen Form zur Kenntnis zu nehmen und zu prüfen, mir aufzugeben, erneut den Beweisantrag vom 5. 9. 1969 zu verlesen.

Weiter nehme ich Bezug auf meinen Eventualbeweisantrag vom 9. 10. 1969, der in gleicher Richtung vor dem Schwurgericht in der damaligen Besetzung gestellt wurde und wiederhole auch diesen Eventualbeweisantrag. /

Ich beantrage, falls das Schwurgericht es für erforderlich hält, daß dieser Eventualbeweisantrag erneut in vollem Umfange verlesen wird, mir aufzugeben, den Eventualbeweisantrag zu verlesen.

Der Sinn meines Eventualbeweisantrages auf Vernehmung des Zeugen Dr. Globke ist, durch die Vernehmung des Zeugen Dr. Globke nachzuweisen, daß für den Fall, daß das Schwurgericht dem Angeklagten einen Kausalzusammenhang an dem Tode der Ellen Wagner im Gegensatz zu meinem Antrage auf Freisprechung anzulasten beabsichtigt, festzustellen, daß dem Angeklagten insoweit das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlte-

Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung steht fest, daß Ellen Wagner zum Tragen des sogenannten Judensternes verpflichtet war und daß sie diesen Stern nicht getragen hat.

Die Verpflichtung zum Sterntragen war durch Verordnungen vom Reichsbürgergesetz festgelegt und unter Strafe gestellt.

An der Schaffung dieser Verordnung hatte der Zeuge Globke mitgewirkt.

Der Zeuge Globke war leitender Beamter des damaligen Reichsministeriums des Innern.

Das Reichsministerium des Innern war Vorgesetzter und weisungsgebende Behörde der Dienststelle des Angeklagten.

Wurden dort aber entsprechende Verordnungen geschaffen, die die jüdischen Bürger und die Geltungsjuden zu denen Ellen Wagner gehörte zum Sterntragen verpflichteten, so kann der Angeklagte nicht bestraft werden, wenn er Ellen Wagner seinerzeit zur Rechenschaft zog, als er feststellte, daß Ellen Wagner den Judenstern nicht getragen hat.

Der Zeuge Globke muß vielmehr bekunden, daß die Verordnung zum Sterntragen, die der Angeklagte anwandte, Gesetzeskraft hatte, und daß bei Verletzung dieser Verordnung - wie durch Ellen Wagner geschehen - die Schutzhaft angeordnet wurde.

Der Zeuge Globke wird ferner bekunden, daß die Anordnung der Schutzhaft in einem solchen Falle der Verletzung der Verordnung des Sterntragens zu den seinerzeit üblichen gehörte.

Hatte der Angeklagte aber als nachgeordneter Beamter nach dieser Verordnung gehandelt, und entsprechend dem Zeitgesetz die seinerzeit bei Verletzung der Verordnung über das Sterntragen übliche Schutzhaft, durch sein Verhalten bei Ellen Wagner in Gang gesetzt, so ist der Angeklagte aufgrund der damal^S~~igen~~ geltenden Gesetze straffrei.

Den Überblick über Anwendung und Geltungsbereich der entsprechenden Verordnungen, die für den Fall Ellen Wagner Anwendung finden, wird der Zeuge Globke dem Schwurgericht geben.

Aus diesem Grunde ist die Vernehmung des Zeugen Globke für den Fall erforderlich, daß das Schwurgericht den Angeklagten im Falle Ellen Wagner für strafbar hält.

2. Beantrage ich für den Fall, daß das Schwurgericht meinem Antrage auf Freisprechung des Angeklagten im Falle Ellen Wagner nicht folgt, im Rahmen des hiermit gestellten Even-

tualantrages die Zeugin Frau Hildegard Henschel zu vernehmen.

In der Hauptverhandlung vom 19. 3. 1971 berichtete der Herr Vorsitzende aus den, dem Gericht vorliegenden Akten über einen Bericht der in Israel lebenden Zeugin Frau Hildegard Henschel.

Bei diesem Bericht aus den Akten gab der Herr Vorsitzende dem Schwurgericht, auch die ladungsfähige Anschrift der Zeugin Henschel bekannt.

Aus dem Bericht der Zeugin Henschel, den auch der Herr amtierende Oberstaatsanwalt Klingberg in seinem Schlußvortrag vom 30. März 1971 zum Gegenstand seiner Ausführungen machte, ergibt sich, daß der damalige Chefarzt des jüdischen Krankenhauses in Berlin, in dem sich der Vorfall Ellen Wagner zugetragen hat, Dr. Dr. Lustig von antisemitischen Geiste beseelt war, und daß die Zeugin Henschel ihm jede Vernichtungsmaßnahme gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern, die seiner Fürsorge als Angestellter des Krankenhauses und der sogenannten Reichsvereinnigung unterstanden, zutraute.

In seiner Stellungnahme zu dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat der Angeklagte Wöhrn eingeräumt, daß er es für durchaus möglich hielt, daß im Falle Ellen Wagner Dr. Dr. Lustig unmittelbar die vorgesetzte Behörde des Angeklagten, nämlich das Reichssicherheitshauptamt von dem Vorfalle in Bezug auf Ellen Wagner, nämlich deren Sterntragen unterrichtete und daß Dr. Dr. Lustig selbst die Maßnahme gegen Ellen Wagner ohne zutun des Angeklagten in die Wege leitete.

Die Zeugin Hildegard Henschel wird bekunden, daß Dr. Dr. Lustig die Möglichkeit hatte, ^{mit} unmittelbar mit der vorgesetzten Behörde des Angeklagten, dem Reichssicherheitshauptamt, in Verbindung zu treten und insbesondere Telefonge-

75

sprache mit dieser Behörde ohne Wissen des Angeklagten zu führen.

Dies bestätigte der Angeklagte in seiner Stellungnahme vom 30. März 1971 dadurch, daß er erklärte, er sei überrascht gewesen, wie genau sein Vorgesetzter, der damalige SS-Sturmbaführer Günther, immer über jeden Besuch des Angeklagten im jüdischen Krankenhaus immer Bescheid gewußt hätte, ehe der Angeklagte ihm hierüber Bericht erstattete.

Aus der Bekundung der Zeugin Henschel wird sich ergeben, daß sehr wohl die Möglichkeit besteht, daß Dr. Dr. Lustig durch unmittelbaren Anruf bei dem Reichssicherheitshauptamt die Maßnahme der Schutzhaft gegen Ellen Wagner aus Anlaß des Vorfalls - ^{weil} ~~xxx~~ Ellen Wagner nicht den vorgeschriebenen Judenstern getragen hatte - unmittelbar in die Wege geleitet hat, ohne zutun des Angeklagten.

Die Zeugin wird weiter bekunden, daß die Einleitung einer derartigen Maßnahme nicht nur im Bereiche des Möglichen für Dr. Dr. Lustig lag, sondern daß dieses Verhalten des Dr. Dr. Lustig seinem Wesen und seiner Einstellung gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern entsprach.

Die Bekundung der Zeugin Henschel ist für den Fall, daß das Schwurgericht nicht meinem Antrage auf Freisprechung des Angeklagten im Falle Ellen Wagner folgt, deshalb von entscheidender Bedeutung, weil in der Hauptverhandlung kein Zeuge bekunden konnte, daß es der Angeklagte war, der die Weisung zum Abtransport oder zur Inhaftierung der Ellen Wagner gegeben hat, und der Angeklagte ein solches Verhalten mit Entschiedenheit von jeher in Abrede gestellt hat.


(Scheid)
Rechtsanwalt

Öffentliche Sitzung

~~der Strafkammer~~~~des Landgerichts~~~~des Schöffengerichts Tiergarten~~

Berlin, den

6. April 1971 76

Fortsetzung

der Hauptverhandlung in der Strafsache

gegen

Böhrer

wegen

Mordes

Die Verhandlung wurde in Anwesenheit desselben Vorsitzenden, derselben beisitzenden Richter, derselben Geschworenen / ~~Schöffen~~, desselben Vertreters der Staatsanwaltschaft und desselben Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wie in der Sitzung vom 2.4.1971 fortgesetzt. sowie denselben Ergänzungsschöffen und denselben Ergänzungsgeschworenen

Bei Aufruf der Sache erschien — em —

d. x Angeklagte

vorgeführt

Als Verteidiger waren erschienen:

1. Rechtsanwalt Schind
2. Rechtsanwalt Heitschke.

Beginn: 11¹⁵ UhrEnde: 11⁵⁰ Uhr

Pause von 1/2 Uhr

bis 1/2 Uhr

Geschäftsnummer:

(500) 1165 n/69 (RSAA) (51/70)

Der Urteil würde nunmehr durch mündliche Mitteilung
des wesentlichen Inhalts des Urteilsgründe dahin verkündet:

77

Im Namen des Volkes!

Der Angeklagte ist der Beihilfe zum Mord schuldig.
Er wird deshalb unter Berücksichtigung der rechts-
kräftigen Einzelstrafen wegen Beihilfe zum Mord
in vier Fällen aus dem Urteil des Schwurgerichts
bei dem Landgericht Berlin vom 13. Oktober 1969
- (500) 1 Ks 1/69 (RSHA) (26/68) zu einer Gesamt-
freiheitsstrafe von
Zwölf Jahren

verurteilt.

Dem Verurteilten wird auf die Dauer von fünf
Jahren die Fähigkeit abgenommen, öffentliche
Ämter zu bekleiden. Die weiteren Folgen des
§ 31 Abs. 1 StGB treten nicht ein.

Der Verurteilte hat die Kosten des Verfahrens ein-
schließlich seiner notwendigen Auslagen zu
tragen.

Die durch die Revision der Staatsanwaltschaft
entstandenen Kosten des Verfahrens werden der

Landeskasse Balmi auflegt, die auch die
insoweit vorhandenen notwendigen Auslagen
des Angeklagten zu tragen hat.

B. u. v.

Die Haftverhältnisse des Angeklagten bleiben aus
den Gründen ihrer Anordnung aufrechterhalten.

- Rechtsmittelbelehrung ist erfolgt -

Der Angeklagte erklärte nach Rücksprache mit seinem Verteidiger:
„Ich nehme das Urteil an und verzichte auf die Einlegung eines Rechtsmittels.“
Beide Verteidiger erklärten ausdrücklich ^{von S.} Rechtsmittelverzicht.

Ralm

Ralm

Protokoll fertiggestellt

6. 4.

Ralm 6. 4. 21

V

Sofort

78

1) Kennz. Stt. Stief bat um Übersendung einer vollstreckbaren Vollstreckungsanordnung zurücks.

2) Herrn Vollstreckungsbeamten

Sch bitte, anhand des ~~Kass~~ Protokollbandes die vollstreckbare Anordnung zu erteilen und sie Herrn Stt. Stief unmittelbar zu übersenden.
Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

17/4.71 *Ur*

B.w.

Vh.

Eilt!

1. Vermutl. Den Urteil v. 6. April ist nachträgl.

2. Entwurf der Vollstreckungsbescheid - seit fester
(Hinterlassene Seite in d. d. Protokollen).

3. 4 begl. Abschied von 2. Instanz.

4. Uhr aus Londoner W. v.

Off. zu 2+3
20.4.71

ham

Berlin, den 19. 4. 71
Die Geschäftsstelle des Landgerichts

Justizoberinspektor

Vh.
4. 1. d. d. Vollst. Bes. unter begl. Abschied - Straßensystem St. 4
über d.

3. 1. d. d. 20. 4. 71 21

Endat 20. APR. 1971

23. APR. 1971

Eingegangen
Geschäftsstelle Abt.
des Landgerichts Berlin (Moabit)

12. MAI 1971

(500) 1 Ks 1/69 (RSHA) (51/70)

K. Valioli
T.O.S.'in

79

I M N A M E N D E S V O L K E S

Strafsache

g e g e n den Handelsvertreter Fritz Oskar Karl
W ö h r n,
geboren am 12. März 1905 in Berlin,
wohnhaft in Bad Neuenahr, Hemmischer Straße 4,
22. in der UHAA. Moabit, GBNr. 1933/67,
w e g e n Mordes.

Rechtskräftig
nach dem 14. April 71
1. Inst. 12. 3/22 VIII 204/2212
28. 5. 71
Justizh.-Kontroll

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat ^{auf Grund}
der ~~Hauptverhandlung~~ vom 9., 12., 16., 19., 23., 26., 30. März,
2. und 6. April 1971, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsrat Paßhoff
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Hoyer,
Landgerichtsrat Zastrow
als beisitzende Richter,

Verwaltungsbeamter Karl Leupold,
Elektroingenieur Kurt Pfeiffer,
Maler Walter Otte,
Sozialarbeiterin Hilde Neukrantz,
Maschinenbaumeister Walter Nochowitz,
Verwaltungsangestellte Gerda Rahn
als Geschworene,

Staatsanwalt Stief in allen Sitzungen,
Oberstaatsanwalt Klingberg
in den Sitzungen vom 9., 12., 16., 19., 23.,
26., 30. März 1971
als Beamte der Staatsanwaltschaft,

Rechtsanwälte Scheid und Hentschke
als Verteidiger,

Justizhauptsekretärin Rahn
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

in der Sitzung vom 6. April 1971

für R e c h t erkannt:

Der Angeklagte ist der Beihilfe zum Mord schuldig.

Er wird deshalb unter Einbeziehung der rechtskräftigen Einzelstrafen wegen Beihilfe zum Mord in vier Fällen aus dem Urteil des Schwurgerichts bei dem Landgericht Berlin vom 13. Oktober 1969 - (500) 1 Ks 1/69 (RSHA) (26/68) - zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von

zwölf Jahren

verurteilt.

Dem Verurteilten wird auf die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit aberkannt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Die weiteren Folgen des § 31 Abs. 1 StGB treten nicht ein.

Der Verurteilte hat die Kosten des Verfahrens einschließlich seiner notwendigen Auslagen zu tragen.

Die durch die Revision der Staatsanwaltschaft entstandenen Kosten des Verfahrens werden der Landeskasse Berlin auferlegt, die auch die insoweit erwachsenen notwendigen Auslagen des Angeklagten zu tragen hat.

G r ü n d e :

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat den Angeklagten am 13. Oktober 1969 - 500 - 26/68 - wegen Beihilfe zum Mord in fünf Fällen unter Freisprechung

87

im übrigen zu einer Gesamtstrafe von zwölf Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren aberkannt. Es hat dabei auf folgende Einzelstrafen erkannt:

In den Fällen „Schutzhaftverhängung“ und „Krankenhaus- und Gemeindeaktion“ je sechs Jahre Zuchthaus,
im Fall „Ruth Ellen Wagner“ neun Jahre Zuchthaus,
in den Fällen „Gefälligkeitsspässe“ und „türkische Juden“ je drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus.

Die Revision des Angeklagten hat der Bundesgerichtshof auf seinen Wert verworfen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat der Bundesgerichtshof am 29. September 1970 - 5 StR 320/70 - unter Verwerfung im übrigen das Urteil des Schwurgerichts vom 13. Oktober 1969 mit den Feststellungen aufgehoben,

- a) soweit der Angeklagte im Falle Ruth Ellen Wagner (nur) wegen Beihilfe zum Mord verurteilt worden ist,
- b) im Gesamtstrafausspruch.

Im Umfange der Aufhebung ist die Sache an das Schwurgericht zurückverwiesen worden, das auch über die Kosten der Revision der Staatsanwaltschaft zu entscheiden hat.

Die erneute Hauptverhandlung hat im Falle Ruth Ellen Wagner zu folgenden Feststellungen geführt:

I. Lebenslauf des Angeklagten

Der nicht vorbestrafte Angeklagte wuchs in geordneten Familienverhältnissen in Berlin auf. Zu Ostern 1925 bestand er die Reifeprüfung. Am 1. August 1926 trat er als Polizei- Zivilsupernumerar in den Dienst des Polizeipräsidiums in Berlin. Die Prüfung für den gehobenen Polizeiverwaltungsdienst legte er im August 1929 ab. Ende Juni 1930 wurde er zum Polizeipräsidium Oberhausen versetzt. Dort wurde er mit Wirkung vom 1. April 1930 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Polizeiobersekretär ernannt. Im Zuge der Umbenennung der Polizeidienstgrade erhielt er im Jahre 1932 den Titel "Polizeiinspektor".

Mit Wirkung vom 1. Mai 1933 trat der Angeklagte der NSDAP bei. Mitte Februar 1935 wurde er zum Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin (Gestapa) versetzt. Am 30. Januar 1937 trat er wegen besserer Beförderungschancen der SS bei. Nach seiner Beförderung zum Regierungsoberinspektor erhielt er im August 1938 im Wege der sogenannten Dienstgradangleichung den Rang eines SS-Obersturmführers. Im März 1939 trat er wegen seiner SS-Zugehörigkeit aus der evangelischen Kirche aus.

83

Im Geheimen Staatspolizeiamt war der Angeklagte mit der Erfassung und Überwachung des Freimaurertums, jüdischer Organisationen und Vereine, Auswanderung von Juden und mit der Abwicklung und Auflösung der Logen oder logenähnlichen Verbände befaßt. Ende Oktober/Anfang November 1940 wurde er zu dem inzwischen als selbstständigen Referat geschaffen abgespaltenen "Judenreferat" des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in der Kurfürstenstraße 116 in Berlin versetzt, dem er als Sachbearbeiter bis Kriegsende angehörte. Ende 1941 wurde er zum Regierungsamtmann ernannt. Im Januar 1942 wurde er in Angleichung zum SS-Hauptsturmführer befördert. 1944 wurde er mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet.

Im Januar 1945 wurde der Angeklagte mit dem Rest des "Judenreferats" nach Prag verlegt. Kurz vor der Kapitulation setzte er sich mit seiner Ehefrau und einigen Angehörigen des Referats nach Leitmeritz ab. Beim dortigen Landratsamt beschaffte er sich eine neue, im Ausstellungsdatum zurückdatierte Kennkarte, die zwar den richtigen Namen, aber eine falsche Berufsbezeichnung auswies. Von dort aus begab er sich ins Rheinland. Nachdem er zunächst von der Anfertigung englischer Übersetzungen gelebt hatte, arbeitete er seit 1948 bis zu seiner Festnahme am 26. Juni 1967 als Handelsvertreter in der Elektrobranche mit überdurchschnittlichem Einkommen von zuletzt monatlich ca. 6.000,-- DM.

II. Arbeitsgebiet des Angeklagten im "Judenreferat"

Durch Anordnung Himmlers vom 27. September 1939 waren die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (politische Polizei - Gestapo - und Kriminalpolizei) und des Sicherheitsdienstes (SD), eine Parteieinrichtung, zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammengefaßt worden. Leiter war Heydrich, nach seinem Tode Dr. Kaltenbrunner. Im Referat IV B 4 (Judenreferat) des Amtes IV (Amtsleiter Heinrich Müller) wurden später alle die Juden betreffenden Angelegenheiten zentral zusammengefaßt. Zu Beginn des Jahres 1941 wurde der SS-Obersturmbannführer Eichmann Referatsleiter; sein ständiger Vertreter war der SS-Sturmbannführer Rolf Günther. Das Referat war u.a. für die Erledigung der organisatorischen und technischen Fragen zuständig, die sich im Zusammenhang mit der "Endlösung der Judenfrage", d. h. der physischen Vernichtung der Juden, ergaben. Es war gegenüber allen nachgeordneten Dienststellen der Gestapo, den Stapoleitstellen und Stapostellen, weisungsbefugt.

Der Angeklagte bearbeitete als Sachbearbeiter im Judenreferat seit Anfang 1941 bis Kriegsende sogenannte Einzelfälle und, weil er als sehr befähigt galt, auch "Generalia". Unter anderem gab er zusammen mit den Sachbearbeitern Moes und Kryschak Stellungnahmen in "Schutzhaftsachen" einzelner Juden ab, ~~die in allen Regelmäßigkeiten~~

~~gativ ausfielen und auf Weisung Günthers die härteste Lagerstufe befürworteten.~~ Die Vorwürfe waren, soweit der Angeklagte damit befaßt war, im wesentlichen geringfügig: ^{Witz} Nichttragen, nicht vorschriftsmäßige Anbringung oder Verdecken des Judensterns, Nichtbeisichführen oder Nichtvorzeigen der jüdischen Kennkarte. Bei den "Generalia" ging es um den Entwurf von Erlassen, durch die der Lebensraum der jüdischen Mitbürger immer mehr eingeschränkt wurde.

Außerdem war der Angeklagte mit Personalangelegenheiten der Reichsvereinigung der Juden befaßt. Spätestens bei der sogenannten "Krankenhausaktion" im jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße in Berlin im März 1943 hatte ihm Günther die Dienstaufsicht über das jüdische Krankenhaus übertragen, das unmittelbar dem Judenreferat unterstand.

III. Judenpolitik der NS-Machthaber - diskriminierende Maßnahmen

Entsprechend ihrem Parteiprogramm von 1920 mißbrauchten die Nationalsozialisten nach der sogenannten "Machtübernahme" die Machtmittel des Staates in der Folgezeit dazu, den jüdischen Bevölkerungsteil zu diffamieren, aus dem deutschen Rechts-, Kultur- und Wirtschaftsleben auszuschalten, zu Menschen zweiter Klasse

herabzuwürdigen und die Juden schließlich auf Grund der in der Staatssekretärbesprechung vom 20. Januar 1942, ^(sogenannten) der "Wannsee-Konferenz", festgelegten sogenannten "Endlösung der Judenfrage" physisch zu vernichten.

Durch die sogenannten Nürnberger Gesetze vom September 1935 wurden die jüdischen Mitbürger praktisch aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen. Das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 und die hierzu ergangenen Verordnungen bestimmten, daß Juden keine Reichsbürger mehr sein konnten, ihr politisches Stimmrecht verloren und keine öffentlichen Ämter bekleiden durften. Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Art vom selben Tage verbot die Eheschließung zwischen Juden und "Staatsangehörigen deutschen oder s-artverwandten Blutes" und den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen diesen Personen.

Durch die Verordnung über den Kennkartenzwang vom 23. Juli 1938 und die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen vom 17. August 1938 wurden die jüdischen Mitbürger aus der Anonymität der breiten Bevölkerungsmasse herausgehoben. Sie mußten sich gegenüber Amtsstellen unaufgefordert als "Juden" ausweisen und zusätzlich die Zwangsvornamen "Israel" (Männer) bzw. "Sara" (Frauen) führen.

Ging das Bestreben der NS-Machthaber zunächst dahin, die deutschen Juden möglichst rasch und vollständig zur Auswanderung zu bewegen, zu welchem Zweck im Oktober 1939 der Zusammenschluß aller Juden in der der Dienstaufsicht der Gestapo unterstehenden "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" mit Sitz Berlin angeordnet worden war, so sollten sie nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges und erfolgreichen Abschlusses des Polenfeldzuges, nachdem die Voraussetzungen für eine Auswanderung weitgehend entfallen waren, in das sogenannte "Generalgouvernement" abgeschoben und in G~~e~~ttos zusammengepfercht werden. Ihre geplante Verbringung nach Madagaskar ließ sich aus strategischen Gründen nicht verwirklichen. Deshalb leiteten dann die NS-Machthaber unter der Bezeichnung "Endlösung der Judenfrage" die physische Vernichtung der deutschen und später auch der in ihrem Einflußbereich lebenden ausländischen bzw. staatenlosen Juden ein. In dem Besprechungsprotokoll der Staatssekretärsbesprechung vom 20. Januar 1942 heißt es dazu:

"Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.

Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstel-

88

lend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist...

Im Zug der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa vom Westen nach Osten durchkämmt. Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.

Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangsgettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden."

Nachdem bereits vor der „Wannsee-Konferenz“ zwischen dem 15. Oktober und 8. November 1941 tausende von Juden in Richtung Litzmannstadt "evakuiert", d. h. deportiert worden waren, wurden bis Ende 1942 allein aus dem Altreich über 200.000 Juden nach dem Osten deportiert, d. h. in der ganz überwiegenden Zahl in Vernichtungslagern wie Auschwitz, Treblinka, Sobibor und Izbica bei Lublin getötet. Im Altreich verblieben Anfang 1943 nur noch etwa 75.000 Juden, von denen etwa ein Drittel in deutsch-jüdischer Mischehe verheiratet waren.

Von den "Evakuierungen" genannten Deportationen waren nämlich nach den Erlassen des Judenreferats vom 31. Januar und 21. Mai 1942, 20. Februar und 21. Mai 1943 unter anderem zunächst in Mischehe lebende Juden und Mischlinge ersten Grades (Halbjuden) ausgenommen. Juden über 65 Jahre oder Gebrechliche über 55 Jahre und Inhaber von Verwundetenabzeichen oder hoher Tapferkeits-

auszeichnungen aus dem ersten Weltkrieg sollten in das als "Alters^ghetto" deklarierte Konzentrationslager Theresienstadt gebracht werden.

Unabhängig von den Deportationen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" wurden die jüdischen Mitbürger im Altreich seit 1941 durch eine Kette schikanös-diskriminierender Maßnahmen in Eigentum~~s~~ und Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Die entsprechenden Erlasse wurden im Judenreferat (Referat IV B 4) des RSHA entworfen, waren jedem Sachbearbeiter zugänglich, wurden den nachgeordneten Gestapo-Dienststellen auf dem Dienstwege bekanntgemacht und dem betroffenen jüdischen Bevölkerungs-^gteil durch das Mitteilungsblatt der Reichsvereinigung der Juden übermittelt.

Durch den Erlaß vom 16. Mai 1941 wurden die Juden aufgefordert, alle Radiogeräte abzuliefern; außerdem wurde ihnen die "Hortung" von Textilien, Wirtschaftsgütern und Lebensmitteln untersagt.

Durch den sogenannten "Sternenerlaß", die Reichspolizeiverordnung vom 1. September 1941 - RGB^l I 1941 S. 547 - über die Kennzeichnung der Juden, wurde den jüdischen Mitbürgern vom vollendeten 6. Lebensjahr an auferlegt, in der Öffentlichkeit auf der Bekleidung einen Judenstern zu tragen. Der große, gelbe Davidstern mit der

Aufschrift "Jude" mußte sichtbar, unverdeckt und fest angenäht auf der linken Brustseite über dem Herzen getragen werden.

Durch die Schnellbriefe (eine besondere Erlaßform des RSHA) vom 15. und 30. September 1941 und 24. März 1942 und durch den Erlaß vom 16. Oktober 1941 wurden den Juden Verkehrsmittelbeschränkungen auferlegt; ohne besondere Erlaubnis durften sie weder Eisenbahn, noch Verkehrsmittel der Reichspost noch innerstädtische Verkehrsmittel wie Straßenbahn etc. benutzen.

Durch den Schnellbrief vom 16. Oktober 1941 wurde die Kennzeichnung der "Judenwohnungen" angeordnet.

Der Erlaß vom 24. Oktober 1941 wollte das freundliche Verhalten Deutschblütiger ^(zu) Juden unterbinden.

Durch den Schnellbrief vom 13. November 1941 wurde die Erfassung von Schreibmaschinen, Fahrrädern, Fotoapparaten, Ferngläsern aus jüdischem Besitz angeordnet; die Ablieferung durch einen späteren Erlaß vom 12. Juni 1942.

Durch einen Erlaß vom Dezember 1941 wurde den Juden das Benutzen öffentlicher Fernsprechkabellen untersagt.

Durch den Erlaß vom 5. Januar 1942 wurde die Erfassung von Woll- und Pelzsachen, Skiern und Skischuhen aus

97

jüdischem Besitz angeordnet.

Der Erlass vom 9. April 1942 verbot den außerehelichen Geschlechtsverkehr jüdischer Mischlinge ersten Grades mit Deutschblütigen.

Zwei Erlasse vom Mai 1942 verboten Hamsterkäufe und die Haltung von Haustieren durch Juden.

Nach dem Schnellbrief vom 12. Mai 1942 durften Juden nur noch jüdische Frisöre aufsuchen.

Durch den Erlass vom 3. Juni 1942 wurde die Erfassung aller elektrischen Geräte, Plattenspieler etc. aus jüdischem Besitz angeordnet.

Durch den Erlass vom 1. Juli 1942 wurde den Juden das Betreten von Wankenträumen der Verkehrsmitte und von Gastwirtschaften verboten.

Diese Erlasse bzw. Schnellbriefe ~~waren sämtlich im~~ ^{(sämtlich} ~~den Aktenzeichen IV B 4 (mit Zusätzen) trugen~~ ^{den Aktenzeichen IV B 4 (mit Zusätzen) trugen} das Aktenzeichen IV B 4 (mit Zusätzen). Die Polizeiverordnung vom 1. September 1941 über die Kennzeichnung der Juden war zwar vom Reichsminister des Innern erlassen worden, trug aber das Aktenzeichen Pol S - IV B 4b -, ^{(war also} auch im Judenreferat entworfen worden, genauso wie der ~~die~~ Verordnungsverschärfende Schnellbrief vom 15. September 1941 - IV B 4b -. Sah die Polizeiverordnung bei Verstößen zunächst nur Geldstrafe und Haft vor, so ordnete der Schnellbrief bei vorsätzlichem Verstoß generell die Inschutzhaftnahme an.

Die Anordnung von Schutzhaft war im übrigen die jeweils angedrohte Sanktion bei noch so geringfügigen Verstößen

durch Juden gegen die aufgeführten diskriminierenden Maßnahmen in Form der Erlasse und Schnellbriefe. War die Inschutzhaftnahme vor dem Einsetzen der Deportationen im Rahmen der "Endlösung der Judenfrage" schon ein Mittel, Juden zu eliminieren, wurde es später benutzt dazu gebraucht, die von den Deportationen ausgenommenen Juden gleichwohl in die Konzentrationslager zu bringen.

Dem Angeklagten waren diese Erlasse und Schnellbriefe inhaltlich bekannt. Inwie weit er an Entwürfen mitgearbeitet hatte, bedurfte deshalb in diesem Zusammenhang keiner näheren Aufklärung und Feststellung. Er wußte aus dienstlicher Erfahrung, daß selbst geringste Verstöße, insbesondere gegen den sogenannten "Sternlerlaß" unweigerlich zur Anordnung der Schutzhaft führten.

IV. Schutzhaft - ihre Konsequenzen

Ursprünglich hatte die Schutzhaft den Sinn, einzelne Personen in ihrem eigenen Interesse oder gem. § 15 des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kurzfristig in polizeiliche Verwahrung zu nehmen.

Nachdem diese Regelung kurz nach der "Machtübernahme" durch die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 und die Ver-

ordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 betreffend die Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte Erweiterungen bzw. Einschränkungen der persönlichen Freiheit erfahren hatte, wurde das Institut der Schutzhaft durch den bis Kriegsende gültigen und wirksamen Erlaß des Reichsministers des Innern vom 25. Januar 1938 als Machtmittel des Staates neu gestaltet. Die Schutzhaft konnte danach als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden (§ 1). Für die Anordnung der Schutzhaft war ausschließlich das Geheime Staatspolizeiamt, später das RSHA, Referat IV C 2 zuständig.

Bei Juden hielten sich das sogenannte "Schutzhaftreferat" IV C 2 des RSHA und das jeweils um Stellungnahme anzugehende "Judenreferat" nicht an die genannten Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 1. Sie verhängten und befürworteten Schutzhaft nicht nur, wenn die Betroffenen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährdeten, sondern auch bei jedem geringfügigen Verstoß gegen die zahlreichen Erlasse, die den Lebensbereich der jüdischen Bevölkerung einschränkten. Die örtlichen Stapostellen wurden ermuntert,

auch bei kleinsten Verfehlungen Schutzhaftanträge gegen Juden zu stellen, um die Zahl der von der Deportation Verschonten möglichst zu verringern. Die Schutzhaft wurde auf Grund der von Heydrich, nach seinem Tode von Dr. Kaltenbrunner bzw. im Wege der Delegation vom Amtschef Müller oder dem Leiter des "Schutzhaftreferats" Dr. Berndorff unterschriebenen Schutzhaftbefehle in staatlichen Konzentrationslagern vollstreckt. Handelte es sich um Juden, mußte das "Judenreferat" um Stellungnahme angegangen werden. Diese gewöhnlich formularmäßig abgegebene Stellungnahme war in aller Regel negativ, d. h. die Inschutzhaftnahme des betreffenden Juden wurde für erforderlich gehalten. Auf Grund einer Anweisung Günthers wurde dabei zugleich grundsätzlich die im Erlaß des RSHA vom 2. Januar 1941 vorgesehene Lagerstufe III, die schwerste, an sich für ~~S~~chwerbelastete, insbesondere auch gleichzeitig kriminell ~~vor~~bestrafte und ~~a~~soziale, d. h. kaum noch erziehbare Schutzhaftlinge befürwortet. Die negative Stellungnahme des "Judenreferats" war im Hinblick auf die besondere Stellung dieses Referats im Hinblick auf die Judenpolitik der NS-Machthaber ausschlaggebend; sie bedeutete praktisch die nicht zu umgehende Schutzhaftanordnung durch das Referat IV C 2.

Die Schutzhaft wurde nach ^{vorgeschriebener} ~~angeordneter~~ ^{ärztlicher Untersuchung} vorheriger auf Gesundheitszustand, Haft-, Lager- und Arbeitsfähigkeit

entsprechend der angeordneten Lagerstufe III zunächst für männliche jüdische Schutzhäftlinge im Konzentrationslager Mauthausen und weibliche jüdische Schutzhäftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück vollstreckt.

Unter dem 10. April 1940 war eine allgemeine Entlassungssperre für jüdische Häftlinge in Konzentrationslagern angeordnet worden, es sei denn, ihre Auswanderung hätte nahe bevorgestanden.

Nach einem Erlaß des RSHA vom 10. Juli 1942 durften weibliche jüdische Schutzhäftlinge nach Fertigstellung eines entsprechenden Frauenlagers nur noch in das Konzentrationslager Auschwitz eingewiesen werden. Unter dem 3. Oktober 1942 ordnete das RSHA durch Funkspruch an, daß alle weiblichen jüdischen Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück in das Konzentrationslager Auschwitz zu überführen seien. In dem Bestreben, das Altreich auch in den Konzentrationslagern judenfrei zu machen, ordnete das RSHA durch Erlaß vom 5. November 1942 an, daß alle jüdischen Häftlinge in das Konzentrationslager Auschwitz zu verbringen seien. Unter Hinweis auf die hohe Sterblichkeit weiblicher Häftlinge im KZ Auschwitz wurde durch den Erlaß vom 12. April 1944 angeordnet, daß dorthin keine weiblichen Häftlinge germanischer reichsdeutscher Abkunft mehr eingewiesen werden durften.

Das Schicksal der "Schutzhaftjuden" unterschied sich kaum von dem der "Transport- bzw. Deportationsjuden". Sie durften lediglich nicht bereits an der Rampe selektiert werden, sondern wurden zunächst in das Lager Auschwitz aufgenommen und erkennungsdienstlich behandelt, damit ^(bei ihrem Ableben) ~~in Falle ihres Ablebens~~ den Angehörigen sowie dem RSHA Sterbemitteilungen übersandt werden konnten. Es sollte der Anschein erweckt werden, als handele es sich bei dem Ableben eines jüdischen Schutzhäftlings um einen Ausnahmefall, der trotz ärztlicher Betreuung nicht habe verhindert werden können. In Wirklichkeit wurden die in das KZ Auschwitz aufgenommenen jüdischen Schutzhäftlinge so behandelt, daß sie bis auf wenige Ausnahmen meist schon nach kurzer Zeit den Tod erlitten. Die ihnen ausgesetzten "Hungerrationen", die völlig unzulänglichen sanitären und hygienischen Verhältnisse und ihr Einsatz gleichwohl zu den schwersten körperlichen Arbeiten bewirkte, daß ein großer Teil der Juden kurze Zeit nach der Einlieferung verstarb. Die nicht mehr arbeitsfähigen "Schutzhaftjuden" wurden vergast oder sonstwie zu Tode gebracht, wenn sie nicht in ihrer Verzweiflung den Selbsttod suchten.

Die Konzentrationslager, seit November 1942 nur noch das Konzentrationslager Auschwitz, hatten u.a. das RSHA in jedem Einzelfall vom Ableben eines jüdischen Schutz-

häftlings zu unterrichten, worauf das RSHA unter dem 21. Mai 1942 nochmals hinwies. Wegen der Vielzahl von Todesfällen jüdischer Schutzhäftlinge verlangte das RSHA unter dem 21. November 1942 nur noch eine monatliche Sammeliste der verstorbenen jüdischen Schutzhäftlinge.

Diese Todes- Einzelmeldungen und später die monatlichen Todeslisten wurden vom Schutzhaftreferat IV C 2 dem "Judenreferat" wegen der abgegebenen Stellungnahmen zugeleitet und den Sachbearbeitern, auch dem Angeklagten, zur Kenntnisnahme und Abzeichnung vorgelegt. Solche Einzelmeldungen gingen beim "Judenreferat" seit Anfang 1942 sich häufend täglich ein, täglich zehn und mehr Todesmitteilungen, manchmal ganze Stöße. Die Todesmitteilungen kamen aus den Konzentrationslagern Mauthausen und später Auschwitz und enthielten stereotyp gleichlautende Todesursachen wie Herzinfarkt, Herzschwäche, Lungenembolie, Kreislaufschwäche, Magenleiden oder ähnliche vorgeblich natürliche Todesursachen.

Durch seine Kenntnis der unmenschlichen Praxis des "Judenreferats", die Kenntnis der diskriminierenden Erlasse, seine regelmäßig negativen Stellungnahmen zu Schutzhaftanträgen, sein Wissen um die allgemeine Entlassungssperre jüdischer Schutzhaftlinge und seine Kenntnis der zahlreichen Todesmitteilungen mit stereotyp gleichlautenden, offensichtlich unrichtigen Todes-

ursachen, angesichts vorheriger ärztlicher Untersuchungen auf Gesundheitszustand, Haft- Lager- und Arbeitsfähigkeit war sich der Angeklagte zumindest im Laufe der Zeit, wie alle übrigen Angehörigen des "Judenreferats", Kanzlei- und Registraturpersonal, bewußt geworden, daß die in Schutzhaft genommenen Juden, insbesondere die nach Auschwitz verbrachten nach kürzester Zeit den Tod erlitten; sie hatten wegen der unmenschlichen Lagerbedingungen nicht nur keine reelle Überlebenschance, ihrem Tod wurde nachgeholfen.

V. Die innere Einstellung des Angeklagten.

Der Angeklagte hatte sich, dem nazistischen Rassenwahn verfallen, den Judenhaß der NS-Machthaber Hitler, Himmler etc. und seiner Vorgesetzten Heydrich, Dr. Kaltenbrunner, Eichmann und Günther zu eigen gemacht. Die harten Maßnahmen gegen den jüdischen Bevölkerungsteil billigte und begrüßte er. Er hatte sich davon überzeugen lassen, daß die Juden eine minderwertige Rasse seien, die dem deutschen Volke nur Unrecht brächten und daher ausgerottet werden müßten. Er entwickelte sich zum ausgesprochenen Judenhasser und zeigte seine Einstellung bei jeder sich bietenden Gelegenheit, insbesondere Juden gegenüber.

Als um die Osterzeit 1941 die jüdische Gemeinde an ihn

mit der Bitte herantrat, die Bereitstellung von Mehl für die Bereitung von Matze zu genehmigen, äußerte er in abfälligem Ton, daß man doch "etwas anderes fressen solle", bewilligte aber später die Zutat.

Als die Zeugin Albrecht, seinerzeit Schreibkraft im "Judenreferat", ^(im Jahre 1944) einmal beim Diktat ihr Entsetzen darüber äußerte, daß der Angeklagte aus geringfügigem Anlaß die Inschutzhaftnahme eines Juden für erforderlich hielt, brüllte er sie an und sagte: "Die Juden müssen sowieso ausgerottet werden; wir sind viel zu human; es müsse vielmehr SB (Sonderbehandlung = Einzelanweisung für das Zutodebringen eines einzelnen Juden) und Schutzhaft angeordnet werden; es müssen noch viel mehr Juden umgebracht werden, die können uns dann nicht mehr schaden".

Als er einmal im Jahre 1944 der Zeugin Erler, seinerzeit Schreibkraft im "Judenreferat", diktieren wollte, begann er über die Juden zu schimpfen und bezeichnete sie als "Saujuden" und benutzte weitere gleichlautende Schimpfworte.

Bei seinen wiederholten Inspektionen des jüdischen Krankenhauses in Berlin auf Grund der ihm übertragenen Dienstaufsicht verbreitete er Furcht und Schrecken. Er war der am meisten gefürchtetste SS-Offizier, für viele der Inbegriff des Schreckens, nicht, weil er überhaupt der SS und dem Reichssicherheitshauptamt angehörte, sondern weil er erkennbar von einer antisemitischen Ein-

stellung beseelt war. Er trat forsch auf, zeigte sich geltungstriebig und machtlüstern und hatte erkennbar Freude am Machtbewußtsein. Die jüdischen Krankenhausangestellten mußten strammstehen, wenn er ihre Zimmer inspizierte. Er war ständig auf der Suche nach ihm willkommenen Beanstandungen. Er achtete scharf auf das vorschriftsmäßige Tragen des fest angenähten Judensterns, der nach einer ^(besonderen) Anweisung des "Judenreferats" von allen jüdischen Beschäftigten der Reichsvereinigung der Juden und des jüdischen Krankenhauses auf dem Gelände Iransische Straße auch innerhalb des Hauses getragen werden mußte. Vom festen Sitz pflegte er sich dadurch zu überzeugen, daß er mit einem spitzen Bleistift am Judenstern herumpolkte. Bei kleinsten Verstößen jüdischer Bediensteter war seine stereotyp- übliche Äußerung den jüdischen Krankenhaus - Funktionären gegenüber, man solle dem Betroffenen "in die Fresse" schlagen.

Bei einer Inspektion regte er sich brüllend gegenüber dem Zeugen Kleemann, dem jüdischen Personalreferenten des jüdischen Krankenhauses, über das Brennen einer Glühbirne im Treppenhaus und die dadurch verursachte Lichtverschwendung auf und drohte mit Einweisung in ein Konzentrationslager. Der Zeuge Kleemann konnte den Angeklagten nur mit dem Hinweis darauf beruhigen, daß die Glühbirne extra für ihn eingeschaltet worden sei.

Der Angeklagte benutzte auch die geringsten Vorkommnisse, um beanstanden zu können und seine antisemitische Einstellung zu zeigen. Im Juni 1943 regte er sich dem seinerzeit im jüdischen Krankenhaus beschäftigten 19jährigen Zeugen Rⁱschowsky^{gegenüber} im Garten des Krankenhauses darüber auf, daß die Kartoffeln zu weit auseinander angepflanzt und die Tomaten überhaupt falsch angepflanzt seien und belegte den Zeugen mit üblen Schimpfworten.

Im Jahre 1943 stellte der Angeklagte im jüdischen Krankenhaus einen "arischen" Besucher zur Rede, der den jüdischen Stationsarzt Dr. Windmüller besuchen wollte. Nachdem der Besucher erklärt hatte, er sei von Dr. Windmüller behandelt worden und schulde ihm viel Dank, fing der Angeklagte an zu schimpfen und fragte ihn, ob er sich als Arier nicht schäme, einen Juden besuchen zu wollen.

Bei einer - unangemeldeten - Inspektion im jüdischen Krankenhaus im Oktober 1943 fragte der Angeklagte den Mischling ersten Grades, Kurt Bukofzer, der aushilfsweise Pförtnerdienste tat, ob "Lustig" anwesend sei; gemeint war der jüdische ärztliche Direktor, der ehemalige preußische Obermedizinalrat Dr. Dr. Lustig, der im Jahre 1935 auf Grund der diskriminierenden Gesetze aus dem Dienst entfernt worden war. Bukofzer antwortete dienstfeurig, "Herr Obermedizinalrat Dr. Lustig" sei in

seinem Zimmer. Der Angeklagte tobte und schrie, daß Juden keine Titel hätten. Dem inzwischen herbeigerufenen Dr. Lustig erklärte er in Gegenwart des Zeugen Neumann, des seinerzeitigen jüdischen Verwalters des jüdischen Krankenhauses: "Lustig, der kommt in die Hamburger Straße", gemeint war das unter SS-Verwaltung stehende jüdische Sammellager in der Großen Hamburger Straße. Eine Verbringung dorthin bedeutete im Ergebnis strenge Bestrafung. Der Angeklagte ließ sich auch nicht dadurch besänftigen, daß der Zeuge Neumann später Bukofzer in seiner Gegenwart verabredungsgemäß eine Ohrfeige verabreichte, um den Angeklagten zu besänftigen. Der grinste nur. Bukofzer wurde noch am selben Tage abgeholt und ist in ein Arbeitslager in der Nähe von Berlin verbracht worden. Schwer krank wurde er später in die Haftstation des jüdischen Krankenhauses zurückgebracht, wo Bukofzer am 22. September 1944 starb.

Besonders übel spielte der Angeklagte dem Zeugen Löwenthal, einem Pförtner des jüdischen Krankenhauses, im Sommer 1943 mit. Der Zeuge hatte dem Angeklagten in seinem Dienstzimmer in der Kurfürstenstraße 116 eine Aktentasche mit versiegelten Urkunden zu überbringen. Weil sich eines der drei Papiersiegel ohne Wissen und Zutun des Zeugen abgelöst hatte, schrie ihn der Angeklagte an und machte ihm Vorhaltungen. Er ließ ihn fünf Stunden mit dem Gesicht zur Wand auf dem Flur stehen und erteilte dann zwei jüdischen Greifern den Befehl, Löwenthal

in das unter SS-Verwaltung stehende jüdische Lager in der Schulstraße zu bringen, was Bestrafung oder gar Deportation bedeutete. Dort wurde der Zeuge acht Tage im sogenannten Bunker gefangen gehalten.

Als die Zeugen Zeiler und Hochhaus, Halbbrüder und seinerzeit Mischlinge ersten Grades, den Angeklagten Anfang 1944 in seinem Dienstzimmer aufsuchten, um die Freilassung ihrer verhafteten, für die Deportationen nach Theresienstadt vorgesehenen jüdischen Mutter zu erbitten, machte der Angeklagte aus seiner antisemitischen Einstellung kein Hehl. Er trat arrogant auf und äußerte schnoddrig: "Was wollen Sie denn; seien Sie doch froh, Ihre Mutter kommt nach Theresienstadt, dort gibt es keine Bombenangriffe, wir hätten sie ja auch gleich totschiessen können". Eine Sprecherlaubnis gewährte er den Zeugen nach mehrfachen Bitten nur zu dem Zweck, sie festnehmen zu lassen. Er veranlaßte ihre Inschutzhaftnahme wegen "Judenbegünstigung" und "staatsfeindlichen Verhaltens". Beide kamen bis Kriegsende in das Konzentrationslager Buchenwald.

Nachdem im Februar 1941 der evangelische Pfarrer und Mischling ersten Grades Werner Sylten, ein Mitarbeiter des Probstes Grüber, festgenommen worden war und seine - arische - Ehefrau sich vergeblich um eine Sprecherlaubnis bemüht hatte, versuchte es ihre Schwester, die Zeugin Fischer. Als sie den Angeklagten in seinem Dienstzimmer in der Kurfürstenstraße aufsuchte, behandelte

er sie unhöflich, arrogant und herablassend und bot ihr nicht einmal Platz an. Sein Verhalten änderte sich schlagartig, als die Zeugin erwähnte, daß ihr Ehemann Ortsgruppenleiter der NSDAP gewesen und vor kurzer Zeit als Soldat gefallen sei.

VI. Der Fall Ruth Ellen Wagner

Ruth Ellen Wagner war jüdischer Mischling (ihr Vater war Volljude) und wegen ihrer Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft "Geltungsjüdin" im Sinne des § 5 Abs. 2 der I. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 - RGBL. I S. 1333 -. Seit Anfang März 1943 war sie bei der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", die seinerzeit schon im jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße domizilierte, als Stenotypistin beschäftigt. Sie war damals 22 Jahre alt, ein gesundes, lebenslustiges, hübsches Mädchen. Als Geltungsjüdin war sie nach der Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. September 1941 zum Tragen des Judensterns an der Kleidung verpflichtet. Auf Grund ~~oder~~ besonderen Anweisung des "Judenreferats des RSHA ~~mußten alle bei der Reichsvereinigung oder im jüdischen Krankenhaus beschäftigten jüdischen Mitarbeiter~~ ^{mußte} den Judenstern auch innerhalb des Geländes und des Gebäudes fest angenäht ^{sein} sogar an Kitteln und Bürojacken ~~tragen~~. Fräulein Wagner kam der diskriminierenden

Auflage gewöhnlich überhaupt nicht nach, hatte allerdings Stern und Sicherheitsnadel stets bei sich.

Am 28. Juni 1943 suchte der Angeklagte gegen 9 Uhr allein, ohne Begleitung, das jüdische Krankenhaus zu einer seiner üblichen Inspektionen auf. Er begab sich sogleich in das im 1. Stockwerk gelegene Zimmer des ärztlichen Direktors des jüdischen Krankenhauses, Dr. Dr. Lustig, dem seinerzeitigen Vorstand der "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland". Dabei mußte er ein Vorzimmer durchqueren, indem die seinerzeitige erste Sekretärin ~~des~~ Dr. Lustig, die Zeugin Kahan, arbeitete, die den Angeklagten von zahlreichen Inspektionen her kannte.

Vom Dienstzimmer Dr. Lustig's aus konnte man die Korridorfenster eines Quertraktes des jüdischen Krankenhauses überblicken. Aus einem dieser Fenster, etwa 10m ab, lehnte Fräulein Wagner heraus und sah im Hof spielenden Kindern zu oder sprach zu ihnen. Ob nun der Angeklagte oder Dr. Lustig, der ihn möglicherweise erst darauf hinwies, auf das Mädchen aufmerksam wurde, konnte nicht mehr aufgeklärt werden. Jedenfalls verständigte Dr. Lustig auf des Angeklagten Anweisung die Zeugin Kahan telefonisch: "Bringen Sie das Mädchen her, das da aus dem Fenster guckt".

Die Zeugin Kahan holte Fräulein Wagner, die den Juden-

stern nur mit einer Sicherheitsnadel an ihrem Kleid befestigt hatte, herbei. Spätestens zu diesem Zeitpunkt bemerkte das auch der Angeklagte. Obgleich sie, was für eine Jüdin seinerzeit verpönt war, geschminkte Lippen und lackierte Fingernägel hatte, zog der Angeklagte aus ihrem Verhalten ^(zunächst) noch keine Konsequenzen, sondern befahl ihr, den fest angenähten Judenstern auf ihrer Überbekleidung vorzuzeigen. Möglicherweise hatte sich Fräulein Wagner damit herauszureden versucht, daß der Stern auf ihrem Mantel fest angenäht sei.

Weinend und zitternd verließ sie das Dienstzimmer Dr. Lustig's und sagte zu der Zeugin Kahan: "Ich soll den fest angenähten Stern auf meinem Mantel vorzeigen, habe das aber nicht!". Die Zeugin antwortete: "Gehen Sie, ich bringe Stern und Nähzeug" und schlich sich unbemerkt mit Nadel und Faden hinterher.

Die Zeugin hatte ihr Dienstzimmer gerade wieder erreicht und Platz genommen, als der Angeklagte in Begleitung ~~des~~ Dr. Lustig's eintrat, ~~und durchschritten~~, um nach dem Verbleib des Fräulein Wagner zu forschen. Sie überraschten sie beim Annähen des Judensterns auf dem Mantel. Daraufhin begann der Angeklagte zu brüllen, er schimpfte laut und machte Fräulein Wagner heftige Vorwürfe. Dem wegen des Lärms auf den Korridor getretenen Zeugen Kleemann, dem Personalreferenten des jüdischen Krankenhauses, erteilte der Angeklagte laut brüllend

107

den Befehl, das Mädchen zu ohrfeigen. Kleeman nahm daraufhin Fräulein Wagner mit in sein neben Dr. Lustig's gelegenes Zimmer, schimpfte abredgemäß zum Schein laut mit ihr und tat so, als würde er sie schlagen. Der Zeuge hoffte, den Angeklagten dadurch besänftigen und von Weiterungen abhalten zu können.

Der Angeklagte mißtraute jedoch dem Zeugen Kleemann, durchschaute sein Manöver, blieb erregt und ordnete ihre sofortige Festhaltung in einem eigens für derartige Zwecke vorgesehenen kleinen Raum gegenüber der Pförtnerloge mit dem Bemerkten an, sie werde abgeholt, d. h. förmlich festgenommen werden. Daraufhin veranlaßte er, auf seine Dienststelle zurückgekehrt, ihre Festnahme. Etwa ~~20~~ Stunden nach dem Vorfall wurde Fräulein Wagner von dem SS-Angehörigen Wenzel abgeholt und in das Lager Schulstraße abgeführt.

Sie kam zunächst in ein Lager bei Braunschweig. Es gelang ihr, einige Briefe herauszuschmuggeln und ihre Angehörigen von ihrem Verbleib und Schicksal zu unterrichten. Sie schrieb, daß sie schwere körperliche Arbeit verrichten müsse, die sie wohl körperlich überstehen werde; sie werde eher seelisch zugrunde gehen. Außerdem teilte sie mit, daß sie in absehbarer Zeit in das KZ Auschwitz gebracht werden solle, was dann auch geschah.

In Auschwitz wurde Ruth Ellen Wagner am 8. Dezember 1943

getötet. Einige Zeit später wurden ihr Vater und ihre Stiefmutter, die Zeugin Catharina Wagner, von einem Schutzpolizisten ihres Wohnreviers davon unterrichtet, daß ihre Tochter am genannten Tage im Krankenhaus des KZ Auschwitz an den Folgen von "Angina" gestorben sei.

Der Angeklagte wußte aufgrund seiner dienstlichen Tätigkeit, daß die auf seine Veranlassung hin festgenommene Ruth Ellen Wagner als Schutzhaftjüdin in das Konzentrationslager Auschwitz verbracht wird, daß eine Entlassung ausgeschlossen war und daß auch die eingewiesenen "Schutzhaftjuden" neben den "Deportationsjuden" systematisch getötet wurden, wenn sie nicht schon an den unmenschlichen Lagerbedingungen zu Grunde gingen. Als er ihre Festnahme veranlaßte, rechnete er zumindest mit der Möglichkeit, daß auch Fräulein Wagner in Auschwitz getötet wird oder sonstwie verfolgungsbedingt den Tod findet. Diese Folgen nahm er entsprechend seiner aufgezeigten inneren Einstellung billigend in Kauf.

Es konnte jedoch nicht sicher festgestellt werden, daß er ihre Festnahme "aus eigenem Antrieb" veranlaßte. Möglicherweise hatte ihn Dr. Lustig überhaupt erst auf Fräulein Wagner aufmerksam gemacht und ihm ein scharfes Durchgreifen anempfohlen. Möglich ist auch, daß der Angeklagte annahm, Dr. Lustig werde den Vorfall von sich aus dem Sturmbannführer Günther vom "Judenreferat" mel-

den, so daß eine Inschutzhaftnahme des Fräulein Wagner wegen der dem Angeklagten bekannten Einstellung Günthers ohnehin in Betracht kam und er nur deshalb ~~veranlaßt wurde~~ ~~sofort~~ aktiv wurde und ihre Festnahme veranlaßte.

Dr. Dr. Lustig war eine schillernde Persönlichkeit. Er war wendig und sehr verhandlungsgeschickt, aber auch überheblich und geltungstriebig. Er war für seine jüdischen Mitbürger im jüdischen Krankenhaus und später auch für die Bediensteten der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland gewissermaßen "Herr über Leben und Tod". Er konnte auf die Deportationslisten setzen, wen er wollte, und tat das auch. Zu Günther, dem Stellvertreter Eichmann's im "Judenreferat", hatte er ein gutes Verhältnis. Nicht ausschließbar war er von den vom Angeklagten durchgeführten Inspektionen und besonderen Vorkommnissen dabei durch Dr. Lustig telefonisch schon unterrichtet worden, ehe der Angeklagte zu seinem Dienstsitz in der Kurfürstenstraße zurückgekehrt war und Günther Bericht erstatten konnte. Auch mit dem Angeklagten kam Dr. Lustig gut aus, wenn ihm dieser ^(auch) dieser weisungsgemäß - jedenfalls in Gegenwart Dritter - nur mit "Lustig" anredete. Viele der im jüdischen Krankenhaus und in der Reichsvereinigung tätigen und damit letztlich von ihm abhängigen Juden hatten Angst vor ihm. Es schien, als konspirierte er mit der Gestapo und dem Reichssicherheitshauptamt. Wenn es auch für ihn einfacher war, einen ~~ein~~ mißliebigen jüdischen Mitbürger ein-

110

fach auf die Transportliste zu setzen, konnte doch nicht ausgeschlossen werden, daß er auch Anzeige zu einer Abholung im Einzelfall erstattet hätte. Selbst seiner ersten Sekretärin, der Zeugin Kahan, drohte er wiederholt ernsthaft an, er werde sie auf die "Transportliste" setzen, d. h. zur Deportation melden. Beispielsweise sagte er zu ihr: "Wenn Sie über die Transporte sprechen, sind Sie die erste auf der Liste". Als sie ihn einmal fragte, ob eine bestimmte Schreibarbeit Zeit bis zum nächsten Tag habe, antwortete er zynisch: "Wenn Sie nach Lublin (gemeint war die Deportation in das Konzentrations- und spätere Vernichtungslager Izbica bei Lublin) wollen, können Sie die Arbeit ruhig bis morgen liegen lassen". Dr. Lustig war, obgleich selbst Rassejude, ~~nicht rassenmäßig~~ antisemitisch eingestellt. Nach Kriegsende wurde er von der sowjetischen Besatzungsmacht wegen des Vorwurfes, mit der Gestapo packtiert und eigene Leute "ans Messer geliefert" zu haben, entweder erschossen oder erschlagen.

Dem Angeklagten konnte deshalb nur nachgewiesen werden, vergleichbar seinen negativen Stellungnahmen zu Schutzhaftanträgen auch im Falle der Ruth Ellen Wagner den NS-Machthabern durch die Veranlassung der Festnahme des Mädchens Hilfe geleistet, nicht aber aus eigenem Antrieb gehandelt zu haben.

Der Angeklagte bestreitet zwar, am 28. Juni 1943 im jüdischen Krankenhaus gewesen zu sein und die Festnahme des Fräulein Wagner veranlaßt zu haben. Er habe keine Kenntnis vom Schicksal der in Schutzhaft genommenen Juden gehabt und sei auch nicht antisemitisch eingestellt gewesen.

Diese Einlassung ist unglaublich.

Durch die Vernehmung der Zeugen Hilda Kahan, Kleemann, Pagel, Coper und Stella Borchert und die verlesenen Aussagen der Zeugen Rischowski und Wolffsky ist zur Überzeugung des Schwurgerichts der im Fall Wagner festgestellte Sachverhalt erwiesen worden. Dem Zeugen Kleemann hatte Dr. Lustig später erklärt, der Angeklagte habe die Festnahme veranlaßt.

Durch die Vernehmung der Zeugen Hilda Kahan, Herta Fischer, Pagel, Hochhaus, Zeiler, Löwenthal, Erika Albrecht, Lisbeth Baesecke und Erna Erler und die verlesenen Aussagen der Zeugen Sylten - Lehder und Goldstein ist die aufgezeigte innere Einstellung des Angeklagten erwiesen worden.

Daß der Angeklagte vom allgemeinen Schicksal, d. h. dem Zutodebringen der in das KZ Auschwitz verbrachten jüdischen Schutzhäftlinge wußte, ergab sich zur Überzeugung des Schwurgerichts schon aus seiner Dienststellung im "Judenreferat" als Sachbearbeiter. Darüberhinaus ist seine Kenntnis durch die Aussagen der seinerzeit im "Judenreferat" beschäftigt gewesenen Zeugen Hanke, Eli-

sabeth Marks, Krauße, Ilse Borchert, Marie Knispel, Lisbeth Baesecke, Erika Albrecht und Luise Hering erwiesen.

Als wahr konnte gem. § 244 Abs. 3 StPO unterstellt werden, daß sich der Angeklagte bei früherer Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt bei Behandlung der Abwicklung von Logenangelegenheiten korrekt gezeigt hat (Beweisantrag der Verteidigung auf Vernehmung des Freiherrn von Stein) und einen seinerzeit in der Verwaltung des Zoologischen Gartens Berlin beschäftigt gewesenen weiblichen jüdischen Mischling vom Zwangsarbeitseinsatz freistellte (Beweisantrag der Verteidigung auf Vernehmung des Prof. Lutz Heck²). Des Angeklagten festgestellte antisemitische Einstellung ist dadurch nicht ausgeräumt worden.

Den Hilfsbeweisanträgen der Verteidigung auf Vernehmung der Frau Hildegard Henschel und des Staatssekretärs a.D. Dr. Globke als Zeugen brauchte nicht nachgegangen zu werden. Die in das Wissen der Frau Henschel über die Persönlichkeit des Dr. Lustig und seine antisemitische Einstellung gestellten Behauptungen sind bereits durch die Aussagen der Zeugen Hilda Kahan und Kleemann im Sinne des § 244 Abs. 3 StPO erwiesen worden. Desgleichen ist erwiesen, daß Dr. Globke als Oberregierungsrat des früheren Reichs- und preußischen Ministeriums des Innern an der Ausnahmegesetzgebung ge-

113

gen jüdische Bürger mitgewirkt und einen Kommentar zu den sogenannten Nürnberger Gesetzen mitverfaßt hat. Ob diese Ausnahmegesetze gültige, auch für die dienstliche Tätigkeit des Angeklagten verbindliche Rechtsformen waren, ist eine Rechtsfrage, die nicht dem Beweis unterliegt. Soweit in das Wissen des Dr. Globke die Behauptung gestellt wird, dem Angeklagten habe bei dienstlicher Anwendung der diskriminierenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gefehlt und ihm sei das Schicksal der in die Konzentrationslager verbrachten "Deportationsjuden" und "Schutzhaftjuden" unbekannt gewesen, ist er ein völlig ungeeignetes Beweismittel im Sinne des § 244 Abs. 3 StPO. Der Angeklagte hatte mit Dr. Globke nie gesprochen noch dienstlich zu tun noch war er mit ihm dienstlich je zusammengetroffen. Über welche Erkenntnisquellen der Angeklagte verfügte, kann deshalb Dr. Globke nicht wissen und sich zum Beweisthema auch nicht sachlich äußern. Im übrigen wußte der Angeklagte zur Überzeugung des Schwurgerichts, welchem Schicksal u.a. die in Schutzhaft genommenen Juden in den Konzentrationslagern ausgesetzt waren.

Der Angeklagte hat sich damit auch im Fall Wagner der Beihilfe zum Mord gem. §§ 211, 49 StGB schuldig gemacht.

Ruth Ellen Wagner ist im Konzentrationslager Auschwitz als Schutzhaftjüdin getötet worden. Die angegebene Todesursache ist zur Überzeugung des Schwurgerichts nur eine vorgebliche. Abgesehen davon war der Tatbestand der Tötung nicht nur in den Fällen erfüllt, in denen die in die Konzentrationslager verbrachten Juden systematisch vergast, exekutiert oder sonstwie umgebracht wurden, sondern auch dann, wenn sie wegen der unmenschlichen Lagerbedingungen infolge körperlichen oder seelischen Zusammenbruchs starben. Denn von den NS-Machthabern war auch diese Art der Tötung vorgesehen, um die Juden auszurotten bzw. durch das Institut der Schutzhaftnahme die zunächst von der Deportation freigestellten Juden zu dezimieren. Haupttäter im Sinne des § 47 StGB waren zumindest Hitler, Göring, Goebbels, Himmler und die Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, Heydrich und sein Nachfolger Dr. Kaltenbrunner.

Die Tötung der Ruth Ellen Wagner ist nach § 211 StGB (n.F.) Mord, weil sie nicht nur mit Überlegung (§ 211 StGB a.F.), sondern auch aus niedrigen Beweggründen geschah, d. h. von Vorstellungen bestimmt war, die nach allgemeinem Empfinden sittlich verachtenswert sind und auf tiefster Stufe stehen. Die in Schutzhaft genommenen Juden, wie Fräulein Wagner, wurden wegen "läppischer", geringfügiger Verstöße gegen die diskriminierenden Anordnungen letztlich allein wegen ihrer Rassen- bzw.

Glaubenszugehörigkeit zu Tode gebracht, ohne daß ein Anlaß bestand, der eine solch extreme Bestrafung gegen sie gerechtfertigt hätte. Fräulein Wagner wurde ohne Verfahren und ohne Gehör in den Tod geschickt und damit aller Rechte beraubt, die nach übereinstimmender Auffassung aller Kulturvölker auch dem gebühren, der schwerste Straftaten begangen hat.

Zu dem organisierten Verbrechen der Judenvernichtung hat der Angeklagte durch Veranlassung der Festnahme der Ruth Ellen Wagner Beihilfe im Sinne des § 49 StGB geleistet. Sein Tatbeitrag bewirkte ihre Verbringung in das KZ Auschwitz und war damit ursächlich für ihren Tod. Da er nicht ausschließbar auch in diesem Fall nicht aus "eigenem Antrieb" handelte, konnte er nicht als Mittäter, sondern nur als Gehilfe verurteilt werden. Möglicherweise sah er sich wegen der Persönlichkeit des Dr. Lustig und dessen guten Beziehungen zu seinem Vorgesetzten Günther veranlaßt, gleich einer negativen Stellungnahme in einer Schutzhaftsache die Festnahme zu bewirken. Er hatte sich nicht in das "Judenreferat" gedrängt, sondern war in diese Stellung hineinbefohlen worden. Die Verbrechensantriebe gingen von der höchsten Staatsgewalt aus, an deren Grundplanung der Angeklagte nicht beteiligt war. Wenn er auch, im Rassenwahn verfangen, im Amt eifrig war, forsch auftrat, sich geltungstriebig zeigte, Machtgelüste und Freude am Machtbewußtsein hatte, so konnte doch nicht

M6

festgestellt werden, daß er die Juden, insbesondere Fräulein Wagner aus eigenem Interesse ermorden wollte. Er war ein höriges, gut zu gebrauchendes Werkzeug seiner Vorgesetzten.

Der Angeklagte handelte, wie aufgezeigt, mit bedingtem Tötungs- Gehilfenvorsatz und selbst gem. § 50 Abs. 2 StGB aus niedrigen Beweggründen im Sinne des § 211 StGB. Aus seiner Tätigkeit im "Judenreferat" des Reichssicherheitshauptamtes kannte er die nazistische Judenpolitik und die diskriminierenden Maßnahmen. Er billigte und begrüßte sie, wie er auch mit den Motiven der Ausrottung der Juden einverstanden war. Aus seiner antisemitischen Einstellung machte er, wie aufgezeigt, kein Hehl. Er machte sich den Judenhaß seiner Vorgesetzten zu eigen und entwickelte sich zum ausgesprochenen Judenhasser, der die Juden für eine minderwertige und deshalb auszurottende Rasse hielt.

Daß der Angeklagte auch im Fall Wagner rechtswidrig und schuldhaft handelte, bedurfte angesichts des offensbaren Unrechts keiner weiteren Ausführung. Er war sich der schuldhaften Rechtswidrigkeit seiner Beihilfehandlung in Erkenntnis der Unrechtmäßigkeit der nazistischen Judenverfolgung und -vernichtung bewußt. Ein Nötigungsstand (§ 52 StGB) oder Notstand (§ 54 StGB) oder die Voraussetzungen des § 47 RMStGB lagen nicht vor.

VII. Strafzumessung

Bei der Strafzumessung wurde zu Gunsten des Angeklagten im Fall Wagner berücksichtigt, daß die Verbrechensantriebe von der Staatsspitze ausgingen, die Tat letztlich durch das Unrechtssystem des Nationalsozialismus bedingt war, der Angeklagte sich nicht in das "Judenreferat" gedrängt hatte, sondern dorthin versetzt wurde, daß sein Gefühl für die eigene Verantwortlichkeit durch seine Tätigkeit im "Judenreferat" getrübt war, und daß er, nicht vorbestraft, ohne seine Bindung an das NS-Regime durch Partei- und SS-Zugehörigkeit und seine Tätigkeit im "Judenreferat", wenn auch durch eigene Willfährigkeit, kaum zum Rechtsbrecher geworden wäre. Allerdings vermochte das Schwurgericht ~~auch~~ nicht festzustellen, daß sich der Angeklagte von seiner Tat innerlich distanziert hat.

Straferschwerend mußte sich demgegenüber der erhebliche Unrechtsgehalt der Tat auswirken. Aus läppischem, geringfügigem Anlaß hat der Angeklagte dazu beigetragen, daß Fräulein Wagner den Tod fand.

Unter Abwägung der für und gegen den Angeklagten sprechenden Umstände, wobei der erhebliche Unrechtsgehalt überwog, war zur Überzeugung des Schwurgerichts eine Freiheitsstrafe von neun Jahren schuldangemessen und unbedingt erforderlich.

18

Zusammen mit den durch das Urteil des Schwurgerichts vom 13. Oktober 1969 in den Fällen "Schutzhaft", "Krankenhaus- und Gemeinde-Aktion" (je sechs Jahre Zuchthaus), "Gefälligkeitspässe" und "Türkische Juden" (je drei Jahre sechs Monate Zuchthaus) erkannten, rechtskräftig gewordenen Einzelstrafen mußte gemäß § 74 StGB eine Gesamtstrafe gebildet werden. Unter Berücksichtigung des ungeheuren Ausmaßes aller Straftaten und unter Berücksichtigung aller Umstände, die den Angeklagten zu seiner Teilnahme an den Taten bewogen haben, war eine solche von zwölf Jahren Freiheitsstrafe als schuldangemessen unbedingt erforderlich.

Es bestand keine Veranlassung im Sinne des § 60 StGB, die Untersuchungshaft nicht anzurechnen.

Nach Art. 89 Abs. 1 des ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts mußte dem Angeklagten für die Dauer von fünf Jahren die Fähigkeit aberkannt werden, öffentliche Ämter zu bekleiden.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 465, 473 StPO.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens, also auch der wiederholten jetzigen Schwurgerichtshauptverhandlung, einschließlich seiner notwendigen Auslagen; denn das gesamte Verfahren vor dem Landgericht ist gemäß § 465 StPO kostenrechtlich eine Einheit (vgl. BGH in NJW 1963, 724; Löwe-Rosenberg, § 473 StPO, Anm. 6 d).

119

Die im Revisionsrechtszug durch die zu Ungunsten des Angeklagten eingelegte und erfolglos gebliebene Revision der Staatsanwaltschaft entstandenen ~~und~~-ausscheidbaren-Gerichtskosten und notwendigen Auslagen des Angeklagten dagegen fallen der Landeskasse Berlin zur Last. >

Palluff

Zastrow

Kayser

Beschluß in der Sitzung v. 16.3.71
bekündet

16. MRZ 1971

120

Nach Anhörung der Prozeßbeteiligten
b.u.v.

- Der Zeuge Adolf Wolffky, Berlin 31,
Pfalzbürger St. 60, soll durch das
Landesinstitut für gerichtliche und
soziale Medizin in Berlin-Obermedizinal-
rat Dr. Stephan - auf seine Teilnahme-
fähigkeit untersucht werden

Ausfertigung insbesondere
an Landesinstitut
zu 249/69/ste.

5 Ausg. ges.
1. ab am
2. d. 8. u. 5. 71.

16. 3. 71

Lamm

15. 10. 1971

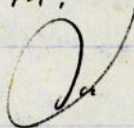
Vfy

1) Umschlags Beside. Aufstufung übersenden
an: Landesinstitut f. gerichtl. u. soz. Medizin
2. Hol. OMR Dr. Ghepau

2) Beside 27
Invalidenstr.

2) L. d. A.

16/3.77.



1209

S t r a f s a c h e

g e g e n den Handelsvertreter
Fritz Oskar Karl W ö h r n,
geboren am 12. März 1905 in Berlin,
wohnhaft in Bad Neuenahr, Hemmiser Str. 4,
z.Zt. in Untersuchungshaft in der
Untersuchungshaftanstalt Moabit,
Gef.-Buch-Nr. 1983/67,

w e g e n Mordes

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Berlin hat in der
Sitzung vom 16. März 1971

beschlossen und verkündet:

Der Zeuge Adolf W o l f f s k y,
1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 60,

soll durch das Landesinstitut für gerichtliche
und soziale Medizin in Berlin

- Obermedizinalrat Dr. Stephan - auf seine Vernehmungsfähigkeit untersucht werden.

P a l h o f f
Landgerichtsrat

Ausgefertigt:



[Handwritten signature]
(Sann) Justizangestellte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
des Landgerichts Berlin

Wilbnocker
RSHA

Vollzugsanstalt
Strafanstalt Tegel

Buchnummer

1037/71 III

Aufnahmemitteilung

124

Familienname (bei Frauen auch Geburtsname)

W ö h r n

Vornamen (Rufname unterstreichen)

Fritz

Bekenntnis*)—Staatsangeh.—Fam.—Stand u. Kinderzahl

ev. d. verh.

Wohnung

Bad "euenahr, Bachstr. 14

Name und Wohnung der nächsten Angehörigen (Eltern, Ehegatten usw.)

Ehefrau: Emmi W., Adr. W.O.

Letzte Entlassung (Anstalt-Tag-Art und Höhe der Strafe oder Maßnahme)

Tatgenossen

ja

Vorstrafen u. a.: Zuchthaus Gefängnis Einschließung Strafarrest Haft Jugendstrafe Geldstrafe

mal: **angebl. keine**

Sicherungsverwahrung Arbeitshaus Unterbringung in Heil- oder Pflegeanstalt Unterbringung in Trinkerheilanstalt oder Entziehungsanstalt Jugendarrest Fürsorgeerziehung

I. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

Sta. Bln. 6.4.71

500-51/70

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Beih. z. Mord Freih. Strf. 12 Jahre

Strafzeit: Beginn Ende Neues Ende (vgl. Vermerke)

II. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

Ag. Tgt. 348 Gb 292/67

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Mord U.-Haft

Strafzeit: Beginn Ende Neues Ende (vgl. Vermerke)

III. Einweisungsbehörde-Art und Tag der Entscheidung-Geschäftsnummer

Tat (Tatverdacht)-Art der Freiheitsentziehung-Strafmaß-Anzurechnende Untersuchungshaft

Strafzeit: Beginn Ende Neues Ende (vgl. Vermerke)

Geburtstag—Geburtsort—Kreis

12.3.05 Berlin

Erlerner Beruf-Ausgeübte Tätigkeit

kfm. Angest. Handelsvertreter

Zuletzt polizeilich gemeldet

dito

Übersendung der Vollstreckungs-
Saplere wird gebeten. 26. 4. 71
Stratanstalt Tegel, den 19.

Verteidiger
Anwaltskanzlei

Zugeführt (Gestellt) am-von Festgenommen am

22.4.71 (11) Moabit 27.6.67

An
Amtsgericht Tiergarten
Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht Berlin
Der Polizeipräsident
in Berlin Abt. K
Soziale Gerichtshilfe

in
zu

(Tag)
Auf Anordnung
Unterschrift, Amtsbezeichnung

500 - 57/70

~~Wach~~
Hr.

~~Recht~~

Bitte Zettel beenden.

122

1, Vermutl. Das Urteil v. 13. Okt. 63 - Rg. 3/98 Bd. ~~++viii~~ ist nicht züßig in Verbindung mit dem Urteil v. 28. Sept. 70 - Rg. 204/203 Bd. ~~++ix~~ - v. 6. Apr. 71 - Rg. 73/113 Bd. Protokollband -

Rechtskraftvermerk erteilt.

Vollstreckungsbescheid züßig ist bereits erteilt (vgl. Rg. 70)

2, Lo begh. Abschriften in ~~in~~ einfache Abschriften des Urteils v. 6. Apr. 71 - Rg. 73/113 -

~~Leistungen.~~

3. ~~3.~~ die zugehörige Urteilsabschrift dem Verurteilten
Fritz Wölven, Strafanstalt Tegel, Gef. Bd. Nr.
1037/71 übergeben.

4.

U. m. Bd. Akten u. Bd. BA.

der Staatsanwaltschaft

b. d. LG. Bln. - im Hause -
zurückgesandt.

Berlin 21, den 25. 5. 71
Landgericht Berlin

Justiz-ober-Inspektor

30. JUNI 1971

Eingef.
4. JUNI 1971

Bd. XXXVIII

Bd. XXXIX

u. Protokollbd.
u. Urteilsabschr.

N.

6. JULI 1971

1 Stenogramm
1 Protokollbd.
1 Urteilsbd.

Be

2 in 2 gef.
2 in 3/ ab
2/6. 71

Bd. XXXVIII